

**„Don't hate the media...“: Protestkommunikation,  
Massenmedien und das Internet**

Masterarbeit

im Studiengang Kommunikation und Sprache mit dem Schwerpunkt  
Medienwissenschaft

Technische Universität Berlin

Erstprüfer: Prof. Dr. Norbert Bolz

Zweitprüfer: Stephan Frühwirt

vorgelegt von Sarah Schaefer

Abgabe: 2. März 2015



## Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Definition: Protest und soziale Bewegung .....	2
3. Luhmanns „Theorie sozialer Systeme“ .....	5
3.1 Die Unterscheidung von System und Umwelt .....	5
3.2 Soziale Systeme.....	6
3.3 Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft .....	7
3.3.1 Was ist Gesellschaft? .....	7
3.3.2 Folgeprobleme funktionaler Differenzierung .....	9
3.4 Soziale Bewegungen und die Systemtheorie .....	11
3.4.1 Funktionen sozialer Bewegungen.....	11
3.4.2 Soziale Bewegungen als Systeme.....	14
3.4.3 Öffentlicher Druck mithilfe der Massenmedien .....	16
3.5 Das System der Massenmedien.....	20
4. „Don’t hate the media...“: Protestkommunikation und die Massenmedien .....	26
4.1 Strukturelle Kopplung.....	26
4.2 Protestkommunikation und die Massenmedien.....	28
4.3 Framing .....	29
4.4 Protestkommunikation und die Selektoren .....	32
4.5 Die expressive Funktion von Protest.....	39
4.6 Kritik oder: Gründe, die Massenmedien zu „hassen“ .....	40
5. „...become the media“ – Protestkommunikation und das Internet .....	42
5.1 Was ist das Internet?.....	44
5.2 Mehr Demokratie durch das Internet?.....	45
5.3 Die „Wahlverwandtschaft“ .....	47
5.4 Neue Möglichkeiten .....	50
5.4.1 Information.....	52
5.4.2 Interaktive Kommunikation .....	53

5.4.3 Ein Beispiel: Indymedia.....	54
5.5 Das „Mediendispositiv Internet“ oder: Gibt es eine internetspezifische Protestkommunikation?.....	56
5.5.1 Intern und extern.....	56
5.5.2 Connective action.....	59
5.5.3 Eine neue Form von Protestkommunikation.....	65
5.6 Protestkommunikation zwischen Massenmedien und Internet.....	67
9. Fazit.....	70
10. Literaturverzeichnis.....	72

## 1. Einleitung

„Don't hate the media, become the media“ – dies ist der Slogan der alternativen Online-Plattform Indymedia. ‚Alternativ‘ meint hier: eine Alternative zu den Massenmedien. Auf dieses Verhältnis spielt der Slogan an: Anstatt die Massenmedien zu hassen (wofür es zahlreiche Gründe gibt, wie sich im Verlauf dieser Arbeit zeigen wird), solle man selbst „zu den Medien werden“. Das Internet, so der Gedanke, macht es möglich, unabhängig von den Massenmedien Informationen zu verbreiten. Zudem sei man dort nicht nur Konsument, sondern auch Produzent von Medieninhalten.

Um diese Entwicklung soll es im zweiten Teil dieser Arbeit gehen, der sich mit dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und dem Internet beschäftigt. Die Aussage „Don't hate the media“ bietet den gedanklichen Rahmen für den ersten Teil – allerdings in einem anderen als dem von Indymedia gemeinten Sinn: Die Massenmedien waren und sind zentral für soziale Bewegungen, wenn diese von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wollen. Diese Bindung ist so eng, dass Luhmann (1998: 855) davon spricht, dass ein „heimliches Bündnis“ zwischen sozialen Bewegungen und Massenmedien existiert. Vor diesem Hintergrund wird die Aussage „Don't hate the media“ für die Feststellung geborgt, dass soziale Bewegungen häufig nicht gegen die, sondern mit den Massenmedien arbeiten, und zwar, indem sie ihre Kommunikation auf sie ausrichten.

In der Literatur, die sich mit dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und Massenmedien beschäftigt, ist es breiter Konsens, dass soziale Bewegungen auf die Massenmedien angewiesen sind (s. z.B. Baringhorst 2009; Rucht 2004; Schmitt-Beck 1998, Raschke 1987) und sich daher an die „Mechanismen der Nachrichtengebung“ (Schmitt-Beck 1998: 477) anpassen müssen. So zutreffend diese Feststellung auch ist: Warum dies der Fall ist, wird meist eher oberflächlich behandelt. Noch weniger deutlich setzt sich die Bewegungsforschung mit der Frage auseinander, was die „Mechanismen der Nachrichtengebung“ überhaupt sind. Und warum kann man davon sprechen, dass Massenmedien eigene „Mechanismen“ entwickelt haben?

Diese Fragen können mit Luhmanns Theorie sozialer Systeme beantwortet werden. Nicht nur erlaubt diese Theorie eine umfassende Analyse des Massenmediensystems und seiner Funktionsweise – sie bietet auch wertvolle Hinweise auf das Verständnis des Phänomens ‚soziale Bewegung‘ und ihrer Funktion innerhalb des Gesellschaftssystems. Auf dieser Grundlage lässt sich zeigen, wie sich die Beziehung zwischen sozialen Be-

wegungen und den für sie relevanten Funktionssystemen – vor allem den Massenmedien – gestaltet.

„Protest“, so schreibt Sigrid Baringhorst, „ist kommunikatives Handeln“ (1998: 327). Will man das Phänomen ‚Protest‘ angemessen erfassen, so gilt es zu untersuchen, wie er kommuniziert wird.

Die vorliegende Analyse des Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und alten sowie neuen Medien legt dementsprechend den Fokus auf die Kommunikation sozialer Bewegungen – insbesondere in Bezug auf das für die Bewegungsforschung zentrale Konzept des ‚Framing‘. Wie gestaltet sich die Kommunikation sozialer Bewegungen, wenn sie auf die Massenmedien ausgerichtet ist?

Eine Gegenüberstellung der von Luhmann formulierten „Selektoren“ der Massenmedien mit der Kommunikation sozialer Bewegungen soll zeigen, wie stark Protestkommunikation an die Logik der Massenmedien angepasst ist. An diese Betrachtung schließt sich die Frage an, inwiefern ein grundlegender Wandel in den Kommunikationsmöglichkeiten, wie er mit der Verbreitung des Internets stattgefunden hat, auch eine Veränderung in der Protestkommunikation nach sich zieht. Dazu sollen zunächst die Potenziale der digitalen Protestkommunikation vorgestellt werden: Inwiefern eröffnet das Internet neue Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe? Welche konkreten Vorteile bietet es sozialen Bewegungen? Welche Aktionsformen haben sich im Internet herausgebildet?

Anders als in einem Großteil der Forschungsliteratur soll es bei der Betrachtung dieser Aspekte nicht belassen werden: Eine Analyse von Online-Protestkommunikation muss auch ihre inhaltliche Ebene, das Framing, berücksichtigen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang vor allem Bennetts und Segerbergs Konzept der *connective action*, das eine neue Form der Protestkommunikation beschreibt. Mithilfe dieses Konzepts soll schließlich untersucht werden, ob und inwiefern von einer internetspezifischen Protestkommunikation die Rede sein kann.

## **2. Definition: Protest und soziale Bewegung**

‚Soziale Bewegung‘ – dieser Begriff beschreibt ein Gebilde, das analytisch schwer zu fassen ist. Van de Donk u.a. (2004b: 3) beschreiben soziale Bewegungen als „fuzzy and fluid phenomena often without clear boundaries“, und fügen hinzu: „In sum, a social

movement is a ‚moving target‘, difficult to observe.“ Dennoch soll im Folgenden der Versuch einer Definition vorgenommen werden.

Der Begriff ‚Protest‘ wird häufig gleichgesetzt mit dem der ‚sozialen Bewegung‘. Schlägt man im „Lexikon der Politikwissenschaft“ den Begriff ‚Protest/Protestbewegung‘ nach, wird man verwiesen auf den Artikel ‚soziale Bewegungen‘. Dessen Autor Rucht beschreibt sie als „auf gewisse Dauer gestellte Versuche von netzwerkförmig verbundenen Gruppen und Organisationen, sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“

Laut Rucht besitzen soziale Bewegungen „eine organisatorische Basis und können auch Parteien und Interessengruppen einschließen.“ Sie unterscheiden sich von Organisationen jedoch dadurch, dass sie keine „verbindliche[n] Kriterien zur Regelung von Mitgliedschaft, interner Kompetenzaufteilung und Entscheidungsfindung“ aufweisen (Rucht 2005, 902 f.).

Schmitt-Beck (1998: 473) definiert soziale Bewegungen als

kollektive Handlungssysteme der gesellschaftlichen Interessenartikulation. [...] Als „*Herausforderer*“ machen sie Anliegen geltend, die im Prozess der politischen Willensbildung systematisch ausgeblendet werden. Sie stehen daher in konflikthafter Interaktion mit etablierten Akteuren – Institutionen und Organisationen – aus dem politisch-administrativen System (Hervorhebung im Original).

Er greift Neidhardts (1985: 197) Definition sozialer Bewegungen als „Netzwerke von Netzwerken“ auf, die seiner Einschätzung nach eine „komplex gegliederte, dezentrale und allenfalls begrenzt hierarchische“ Struktur aufweisen (Schmitt-Beck 1998: 473). Diese Netzwerke reichten von „informellen Alltagsgruppen bis zu formalisierten Bewegungsorganisationen“ (ebd.).

Besonders die ‚neuen sozialen Bewegungen‘ zeichnen sich durch eine solche Struktur aus. Diese Bezeichnung beschreibt – in Abgrenzung zur Arbeiterbewegung – jene Bewegungen, die sich seit den 60er Jahren herausgebildet haben, u.a. die Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Anti-Atomkraft-Bewegung (Rucht 2005: 903 ff.) Wenn im Folgenden von ‚sozialen Bewegungen‘ die Rede ist, sind damit diese ‚neuen‘ sozialen Bewegungen gemeint.

Soziale Bewegungen, darauf verweisen auch andere Autoren (van de Donk u.a. 2004b: 3; Luhmann 1998: 850), sind keine Organisationen – können aber, wie Rucht und Schmitt-Beck feststellen, Organisationen einschließen. Diese Feststellung wird hier betont, da in der Forschungsliteratur häufig verschiedene Protestakteure und ihre Aktionen ne-

beneinandergestellt werden, ohne auf die deutlichen Unterschiede zwischen diesen Akteuren einzugehen (Wall 2003: 34). Etablierte und professionell agierende Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Greenpeace haben völlig andere Möglichkeiten der Protestkommunikation als informelle Zusammenschlüsse von Protestierenden. Dieser Unterschied darf bei einer Betrachtung von Protestkommunikation nicht aus dem Blick geraten. Zugleich sind derartige Organisationen auf den ‚Protest von der Straße‘ angewiesen – ihr Einfluss basiert auf der Voraussetzung, dass zahlreiche Menschen gegebenenfalls bereit sind, für ein bestimmtes Anliegen zu protestieren (Luhmann 2009: 850). Die professionelle Protestkommunikation etablierter Akteure soll in dieser Arbeit ausdrücklich zur Sprache kommen. Zwar bezieht sich die Hoffnung auf verbesserte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger durch die neuen Medien vor allem auf informelle Protestbewegungen, die aufgrund geringer eigener Ressourcen und einer lockeren Struktur stärker auf die neuen Kommunikationstechnologien angewiesen sind als NGOs. Allerdings bieten NGOs wertvolle Hinweise für eine Analyse der Möglichkeiten von Protestkommunikation, gerade in Zusammenarbeit mit den Massenmedien, die sie zum Teil bereits seit Jahrzehnten professionell pflegen.

In dieser Arbeit geht es um die Frage, wie soziale Bewegungen Kommunikation in Bezug auf bestimmte Medien einsetzen, um die Öffentlichkeit und das politische System von ihren Anliegen zu überzeugen. Interessant sind in diesem Zusammenhang sämtliche Formen von Protestkommunikation, auch jene kurzfristigen und zeitlich begrenzten Aktionen, die Rucht (2005: 902 f.) als „Protestkampagnen“ von dem Begriff der sozialen Bewegung abgrenzt – nicht zuletzt, weil gerade der aktuelle, globale Aktivismus sich durch langfristige Kampagnen auszeichnet, die in ihrem Potenzial, Menschen miteinander zu vernetzen und zu mobilisieren, laut Bennett (2004: 130) selbst als Organisationen angesehen werden können. So werden auch Kampagnen als Beispiel für die Kommunikation von Protest zur Sprache kommen.

Nach dieser einleitenden Definition soll das Phänomen ‚soziale Bewegung‘ aus der Perspektive von Luhmanns Systemtheorie näher beleuchtet werden. Dies erfordert zunächst eine Einführung in diese Theorie.



### **3. Luhmanns „Theorie sozialer Systeme“<sup>1</sup>**

#### **3.1. Die Unterscheidung von System und Umwelt**

Luhmanns Ausgangspunkt ist die Differenz von System und Umwelt (Luhmann 1984: 242). Sein Interesse gilt nicht dem System als Objekt, sondern er legt den Fokus auf die Stelle, an der es sich von seiner Umwelt unterscheidet (Luhmann 1998: 60 ff.). Diese Unterscheidung ist die Form des Systems (ebd.: 79). Umwelt ist zur Herausbildung eines Systems notwendig: Es entsteht dann, wenn durch seine spezifische Operationsweise eine Grenze definiert wird, die es von seiner Umwelt unterscheidet. Nur innerhalb dieser Grenze kann das System operieren (Baraldi u.a. 1999: 195). Die Differenz zwischen System und Umwelt verläuft systemrelativ, d.h. Umwelt ist immer die Umwelt aus der Perspektive eines bestimmten Systems (Luhmann 1984: 244). Luhmann betont jedoch, dass Umwelt und System gleichwertig sind: „[B]eides ist das, was es ist, nur im Bezug auf das jeweils andere“ (ebd.).

Die Differenz von System und Umwelt ist also jene durch systemeigene Operationen festgelegte Grenze, die das System von seiner Umwelt unterscheidet. Zugleich tritt diese Differenz ein zweites Mal auf, nämlich dann, wenn das System diese Differenz beobachtet. Mit der Beobachtung kopiert es die System-Umwelt-Differenz in sich hinein und verwendet sie als Maßstab für seine Operationen. In Anlehnung an George Spencer Brown bezeichnet Luhmann diesen Prozess als „re-entry“ (Luhmann 1998: 45). Die Unterscheidung, die das System bei dieser Beobachtung trifft, ist die zwischen Selbstreferenz und Fremdreferenz – es unterscheidet zwischen sich selbst und seiner Umwelt. Diese Unterscheidung findet intern statt, sie ist systemspezifisch (Luhmann 2009: 19 ff.; Berghaus 43 ff.).

Weist ein System eine einzigartige Operationsweise auf, handelt es sich um ein autopoietisches System (Baraldi u.a. 1999: 29). Der Begriff ‚Autopoiesis‘ geht zurück auf den Biologen Humberto Maturana, der ihn entwickelte, um die Organisation von Organismen zu beschreiben. Er setzt sich zusammen aus ‚auto‘ (selbst) und ‚poiein‘ (schaffen, organisieren, produzieren; Berghaus 2011: 51) und meint den Umstand, dass ein System jedes Element, aus dem es besteht, selbstständig (re)produziert. Autopoietische Systeme sind operativ geschlossen, d.h. alle Operationen eines Systems basieren ausschließlich auf seinen vorherigen Operationen und sind wiederum Grundlage für seine anschließenden Operationen. Aufgrund dieser Schließung sind autopoietische Sys-

---

<sup>1</sup> Luhmann 1984: 32.

teme autonom; sie können sich von ihrer Umwelt unterscheiden (Baraldi u.a. 1999: 29). Diese Autonomie ist konstitutiv für die beschriebene Art von Systemen: Eingriffe von außen zerstören die Autopoiesis eines Systems (Hellmann 1996: 52).

Systeme sind operativ geschlossen und umweltoffen zugleich. Oder anders: Weil Systeme operativ geschlossen agieren, können sie sich für die Umwelt öffnen. Indem das System eine Grenze zur Umwelt und damit einen Bereich festlegt, innerhalb dessen es nach eigenen Regeln operieren kann, ist es in der Lage, „Irritationen“ aus der Umwelt zu verarbeiten. Das System selbst legt fest, ‚wie viel Umwelt‘ es an sich heranlässt: Bestimmten Ereignissen in der Umwelt schreibt es einen Informationswert zu; diese Informationen kann es dann systemintern verarbeiten (Baraldi u.a. 1999: 32; Berghaus 2011: 59).

Dieser Vorgang erfolgt mithilfe von binärer Codierung und Programmierung. Der Binärcode reduziert Kommunikationen auf einen bestimmten Wert und seinen Gegenwert – er trifft eine Unterscheidung, die das System als Information verarbeiten kann (Baraldi u.a. 1999: 35). So orientiert sich beispielsweise das Wissenschaftssystem an dem Code wahr/unwahr, das Rechtssystem an Recht/Unrecht (Baraldi u.a. 1999: 36), das Massenmediensystem an Information/Nichtinformation (Luhmann 2009: 28). Die positive Seite des Codes beschreibt „die im System gegebene Anschlußfähigkeit der Operationen: das, womit man etwas anfangen kann“ (Luhmann 2009: 27). Die negative Seite dient dazu, die Anwendung des positiven Werts zu reflektieren. Anhand des Binärcodes kann ein System erkennen, welche Kommunikationen der Reproduktion des Systems dienen und welche nicht (Luhmann 2009: 27 f.). Seine Kommunikationen verarbeitet ein System ausschließlich auf Grundlage seines eigenen Codes (Baraldi u.a. 1999: 36). Mithilfe der Codes gelingt die Autopoiesis eines Systems – dies wiederum ist Voraussetzung für seine Ausdifferenzierung (Luhmann 1998: 752).

Die Programme legen Kriterien fest, anhand derer die Unterscheidung des Binärcodes zutrifft. So bestimmen z.B. die Programme des Rechtssystems (Gesetze und Verfahren), wie über Recht und Unrecht zu entscheiden ist (Baraldi u.a. 1999: 139).

### **3.2 Soziale Systeme**

Es gibt drei Typen von Systemen: Biologische, psychische und soziale Systeme (Berghaus 2011: 38). Jeder dieser drei Systemtypen operiert auf der Grundlage der System-Umwelt-Differenz und der Autopoiesis.

Zentral für Luhmanns Theorie ebenso wie für die vorliegende Arbeit sind soziale Systeme.

Soziale Systeme sind autopoietisch geschlossen und selbstreferentiell (Baraldi u.a. 1999: 176). Die spezifische Operationsweise sozialer Systeme (im Gegensatz zu psychischen und biologischen Systemen) ist Kommunikation; überall da, wo kommuniziert wird, handelt es sich um ein soziales System (Berghaus 2011: 63). Luhmann unterscheidet zwischen drei sozialen Systemen: Interaktionen, Organisationen und Gesellschaft, wobei Interaktionen und Organisationen Teilsysteme der Gesellschaft sind (Luhmann 1984: 16; Berghaus 2011: 62 f.).

Das „komplexeste, dauerhafteste und umfassendste“ (Berghaus 2011: 62) soziale System ist das Gesellschaftssystem. Gesellschaft besteht dementsprechend aus Kommunikation, nicht aus Menschen (Luhmann 1998: 744); das menschliche Bewusstseinssystem ist Voraussetzung für soziale Systeme, aber nicht deren Bestandteil (Berghaus 2011: 67).

Die Ausführungen haben gezeigt, dass soziale Systeme autonom und ausschließlich aufgrund systemspezifischer Verfahren operieren. Dies ist relevant für das Verständnis der Form der modernen Gesellschaft: der funktionalen Differenzierung. Ein Gesellschaftssystem, das aus autonom operierenden Systemen besteht, birgt Probleme und Risiken – darum soll es im Folgenden gehen.

### **3.3 Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft**

#### **3.3.1 Was ist Gesellschaft?**

Luhmanns systemtheoretische Betrachtung der Gesellschaft ist „die Theorie des umfassenden sozialen Systems, das alle anderen sozialen Systeme in sich einschließt“ (Luhmann 1998: 78).

Die moderne Gesellschaft ist laut Luhmann eine funktional differenzierte Gesellschaft (Luhmann 1998: 743). Sie ist entstanden durch die „Ausdifferenzierung von Funktionssystemen“ (Luhmann 1998: 707). Beispiele für Funktionssysteme sind das Wirtschaftssystem, das politische System oder das System der Massenmedien (Berghaus 1998: 62). Funktionale Differenzierung ist der „Primat“ (Luhmann 1998: 776) der modernen Gesellschaft. Dies bedeutet nicht, dass innerhalb der modernen Gesellschaft nicht auch andere Differenzierungsformen auftreten können, z.B. die Unterscheidung nach Schich-

ten. Sie sind allerdings nicht mehr grundlegend für die Ordnung des Gesellschaftssystems – das ist nur die funktionale Differenzierung (Luhmann 1998: 739; 772 f.).

Die Ausdifferenzierung eines Funktionssystems innerhalb dieser Gesellschaft geschieht in Bezug auf seine spezifische Funktion – entlang dieser Funktion verläuft die system-spezifische Differenz von System und Umwelt:

Funktionale Differenzierung besagt, daß der Gesichtspunkt der *Einheit*, unter dem eine *Differenz* von System und Umwelt ausdifferenziert ist, die *Funktion* ist, die das ausdifferenzierte System (also nicht: dessen Umwelt) für das Gesamtsystem erfüllt (Luhmann 1998: 745 f., Hervorhebungen im Original).

Funktionssysteme machen ihre „Funktion zum unverwechselbaren Bezugspunkt der Selbstreferenz“ (Luhmann 1998: 748) – dieser Fokus auf ihre Funktion sowie die Verwendung eines systemspezifischen Binärcodes ermöglichen die operative Schließung eines Funktionssystems (ebd.). Der Binärcode spezifiziert die Funktion eines Systems – er ermöglicht die Autopoiesis des Systems, indem er zu jedem Wert einen Gegenwert liefert, mit dem das System seine eigenen Kommunikationen ausmachen und sich von der Umwelt unterscheiden kann (Luhmann 1998: 749; Luhmann 2009: 28). Programme legen die Bedingungen für die Anwendung des Codes fest (Luhmann 1998: 750). Auf diese Weise bilden Funktionssysteme ihre spezifische Operationsweise – sie sind in der Lage, ihre Autopoiesis von der Umwelt abzugrenzen und zu unterscheiden, welche Kommunikationen zum System gehören und welche nicht (ebd.: 748).

Ein Funktionssystem ist spezialisiert auf ‚seine‘ Funktion, deren Erfüllung zugleich im Dienst der gesamten Gesellschaft stattfindet (Luhmann 1998: 746). Die Zuständigkeit für bestimmte Probleme, von denen die ganze Gesellschaft betroffen ist, liegt also auf der Ebene der einzelnen Teilsysteme. Das politische System beispielsweise ist dafür zuständig, Entscheidungen zu treffen, die gesamtgesellschaftlich bindend sind (Hellmann 1996: 36 ff.).

Jedes Funktionssystem kann auf dem erforderlichen Niveau nur seine spezifische Funktion erfüllen und verlässt sich darauf, dass die übrigen gesellschaftsrelevanten Funktionen von den anderen Funktionssystemen übernommen werden. Ein Funktionssystem kann nicht für ein anderes einspringen – fällt ein System aus, gibt es keinen Ersatz (Luhmann 1998: 753; 762 f.; Hellmann 1996: 42).

Funktionssysteme operieren aufgrund ihrer operativen Geschlossenheit autonom. Ihre Operationen richten sich an ihrer spezifischen Funktion aus. Durch diese Spezialisierung sind sie höchst komplex und leistungsfähig. Zugleich zeigen sie sich jedoch indif-

ferent gegenüber allem, das aus ihrem Funktionsbereich herausfällt (Hellmann 1996: 39 ff.).

Dies betrifft auch die Folgen funktionaler Differenzierung: Die Operationsweise der Funktionssysteme führt dazu, dass „die Funktionsfolgenabschätzung strukturell vernachlässigt wird, was wiederum schwerwiegende Funktionsprobleme zur Folge haben kann“ (Hellmann 1996: 41).

### **3.3.2 Folgeprobleme funktionaler Differenzierung**

Die funktionale Differenzierung birgt verschiedene Risiken. Dies beginnt mit dem Problem der Komplexität. Die Umwelt ist chaotisch und komplex – um diese Komplexität zu reduzieren, treffen Systeme Unterscheidungen (Luhmann 2009: 28). Das Problem: Die Mechanismen eines bestimmten Systems sind *eine* Möglichkeit der Reduktion von Komplexität; es gibt auch andere: „Komplexität [...] heißt Selektionszwang, Selektionszwang heißt Kontingenz, und Kontingenz heißt Risiko“ (Luhmann 1984: 47). Folgeprobleme sind also unvermeidbar (Hellmann 1996: 43).

Zudem produzieren die Funktionssysteme selbst Folgeprobleme. Hellmann (1996: 44 ff.) unterscheidet zwischen vier verschiedenen Arten dieser von Funktionssystemen erzeugten Probleme:

1. Probleme, die den Funktionssystemen bekannt sind, ihnen aber nicht als beachtenswert erscheinen und darum ignoriert werden. Dazu gehören Umweltverschmutzung durch Industrieanlagen oder Armut.
2. Probleme, die zwar als Folgeprobleme eines Funktionssystems ausgemacht wurden, deren Bearbeitung jedoch auf andere Systeme ausgelagert wird. Die Ursache des Problems bleibt bestehen. Ein Beispiel für Systeme, die Folgeprobleme anderer Systeme auszugleichen suchen, sind soziale Einrichtungen, die sich z.B. um arbeitslose Menschen kümmern.
3. Probleme, die nicht abzusehen waren, wie die Problematik um die Endlagerung von Atommüll. Erst wenn sie auftreten, werden sie als Folgeprobleme eines Funktionssystems erkannt.
4. Probleme, die aus dem Operationsbereich von Systemen herausfallen und daher nicht von ihnen wahrgenommen werden. Nur außerhalb des jeweiligen Systems wird erkannt, dass es sich um ein Folgeproblem dieses Systems handelt. So kann eine Entscheidung des politischen Systems große Probleme nach sich ziehen – die Politik selbst wird sich

diesen Problemen gegenüber jedoch blind zeigen, solange sie sich nicht politisch instrumentalisieren lassen.

Die Gleichgültigkeit der Funktionssysteme gegenüber allem, das aus ihrem Operationschema herausfällt, stellt ein großes Risiko für die moderne Gesellschaft dar und lässt den Schluss zu, dass „die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft ebenso leistungsfähig wie überfordert erscheint angesichts ihres primären Differenzierungsprinzips“ (Hellmann 1996: 53).

Diese Gesellschaftsform weist ein weiteres Problem auf: Durch die funktionale Differenzierung zergliedert sich die Gesellschaft in autonome Teilbereiche. Es gibt keine übergreifende Instanz mehr, die gesellschaftliche Einheit repräsentieren kann (Hellmann 1996: 51 f.). Die einzelnen Systeme beanspruchen zwar für sich, eine Beschreibung der Gesellschaft zu geben – dies können sie aber nur aus ihrer jeweiligen Perspektive leisten. Dementsprechend gibt es viele nebeneinander bestehende Deutungen der Gesellschaft, aber eben keine übergeordnete Instanz, die eine einheitliche Abbildung der gesamten Gesellschaft vorlegen kann. Hellmann (1996: 53) folgert daraus, dass „die moderne Gesellschaft sich selbst gefährdet und zugleich unfähig ist, darauf einheitlich zu reagieren, vielleicht sogar unfähig, überhaupt adäquat darauf zu reagieren [...]“

Schließlich nennt Hellmann einen dritten Aspekt, der als Folgeproblem funktionaler Differenzierung angesehen werden kann. Er betrifft die „Unterscheidung von Funktion und Inklusion“ (Hellmann 1996: 53). Funktion meint die Ausdifferenzierung von Systemen, die für ein bestimmtes Problem zuständig sind. Inklusion hingegen bezieht sich auf die „Rollenspezifität“ (Hellmann 1996: 53), nach der sich richten muss, wer an funktionaler Differenzierung, also der Gesellschaft, teilnehmen möchte. Dem Individuum werden Rollen zugeschrieben, die notwendig sind zur Anpassung an die Funktionsspezifität der Systeme. Problematisch ist dies, weil das Individuum dabei von seinen „Primärbindungen“ (Hellmann 1996: 54) getrennt wird, denn die funktionspezifische Inklusion unterscheidet prinzipiell nicht nach Faktoren wie dem Alter, der Persönlichkeit oder der sozialen Herkunft eines Menschen: Entscheidend sind „Leistung und Nutzenmaximierung“, nicht „die sich aus dem Rollengesamt ergebende ‚Qualität‘ der Person“ (Luhmann 1998: 739). Dies wiederum führt dazu, dass das moderne Individuum sein Leben weitgehend selbstbestimmt gestalten kann (oder muss). Es sieht sich einer nahezu unbegrenzten Auswahl an Möglichkeiten gegenüber, die allerdings zu einer

Überforderung führen kann, da ihm – beispielsweise durch die fehlende Kontrolle der Familie oder der Kirche – identitätsstiftende Kategorien fehlen (Hellmann 1996: 54 ff.). Luhmann (1992: 202) spricht auch von „Identitätssorge“.

Ein ähnliches Problem besteht in der Unterscheidung von „Leistungs- und Publikumsrollen“ (Hellmann 1996: 56). Leistungsrollen werden innerhalb eines Systems beispielsweise von Lehrern, Ärzten oder Politikern eingenommen. Publikumsrollen sind demgegenüber Schüler, Patienten oder Wähler – Rollen, die generalisiert sind und das Individuelle einer jeden Person weitgehend unberücksichtigt lassen. Das moderne Individuum, das einerseits von einem Versprechen auf zahlreiche Lebensmöglichkeiten ausgeht, muss andererseits die starre Rolle beispielsweise des Wählers einnehmen, von der aus es kaum Möglichkeiten hat, Einfluss zu nehmen. Diese Diskrepanz zwischen gefühlten Möglichkeiten und tatsächlichen Chancen auf individuelle gesellschaftliche Teilhabe ist eine Folge funktionaler Differenzierung.

Ein weiterer Effekt dieser Unterscheidung zwischen Leistungs- und Publikumsrollen ist der folgende: Leistungsträger der Gesellschaft treffen Entscheidungen, die für andere zu einer Gefahr werden können. Träger von Publikumsrollen müssen ertragen, dass sie Gefahren ausgesetzt sind, die sie selbst nicht zu verantworten haben (Hellmann 1996: 57 f.).

Eine Möglichkeit, sich gegen diese Situation zu wehren, ist politischer Protest.

### **3.4 Soziale Bewegungen und die Systemtheorie**

#### **3.4.1 Funktionen sozialer Bewegungen**

Der Versuch, eine Grenze zu ziehen, um von der anderen Seite aus Gott und seine Schöpfung zu beobachten, galt in der alten Welt als Fall des Engels Satan. [...] In der heutigen Welt ist dies Sache der Protestbewegungen. Aber sie fallen nicht, sie steigen auf. [...] Aber die Beobachtungstechnik des Teufels, das Ziehen einer Grenze *in* einer Einheit *gegen* diese Einheit, wird copiert; und auch die Folgewirkung tritt ein: das unreflektierte Sich-für-besser-halten. Entsprechend wird mit Schuldzuweisungen gearbeitet. [...] Das Schicksal der Gesellschaft – das sind die anderen. Daß die Protestbewegungen nicht fallen, sondern aufsteigen, mag mit der Umstellung der Gesellschaft auf funktionale Differenzierung zusammenhängen“ (Luhmann 1998: 847 f., Hervorhebungen im Original).

An die oben beschriebenen Folgeprobleme funktionaler Differenzierung schließt sich die Funktionsbestimmung neuer sozialer Bewegungen an. Hellmann (1996: 60 ff.) geht davon aus, dass sich die neuen sozialen Bewegungen funktional auf diese Folgeprobleme funktionaler Differenzierung beziehen. Entsprechend gibt es verschiedene Aspekte, an denen die Funktionsbestimmung neuer sozialer Bewegungen ansetzen kann: An der

Indifferenz sozialer Systeme gegenüber selbsterzeugten Folgeproblemen, an der fehlenden einheitlichen Repräsentation der Gesellschaft sowie an den Folgen der Unterscheidung zwischen Funktion und Inklusion.

Soziale Bewegungen weisen auf Probleme hin, die von den verantwortlichen Systemen nicht erkannt oder gezielt beiseite gedrängt werden:

Mit diesen besonderen Merkmalen leistet die protestierende Reflexion etwas, was sonst nirgends geleistet wird. Sie greift Themen auf, die keines der Funktionssysteme, weder die Politik noch die Wirtschaft, weder die Religion noch das Erziehungswesen, weder die Wissenschaft noch das Recht als eigene erkennen würden. Sie stellt sich quer zu dem, was auf Grund eines Primates funktionaler Differenzierung innerhalb der Funktionssysteme an Selbstbeschreibungen anfällt (Luhmann 1991: 153).

Soziale Bewegungen erzeugen Aufmerksamkeit für jene Risiken und Probleme, die Folgeprobleme von Funktionssystemen sind, gegenüber denen sich die Funktionssysteme jedoch indifferent zeigen (Hellmann 1996: 61 f.). Luhmann (1996: 159) spricht in Bezug auf Protestbewegungen auch von einem „Frühwarneffekt“.

Was Luhmann als „Schuldzuweisungen“ bezeichnet, ist eine Reaktion auf funktionale Differenzierung: Wenn die Bearbeitung von gesamtgesellschaftlich relevanten Problemen in einzelne Teilsysteme ausgelagert wird, dann bedeutet dies, dass die Teilnehmer dieser Gesellschaft damit leben müssen, in hohem Maße abhängig zu sein von Entscheidungen, die sie nicht selbst getroffen haben – und damit auch Risiken ausgesetzt sind, die sie nicht zu verantworten haben: „Dieser Unterschied [...] prägt das Problembewusstsein moderner Gesellschaft mehr als alles andere [...]“ (Hellmann 1996: 48 f.). Eine solche „Schuldzuweisung“ richtet sich an jene, die verantwortlich sind für Entscheidungen, die als negativ empfunden werden, beispielsweise an ein Wirtschaftssystem, dessen Verfahrenslogik hohe Arbeitslosenzahlen nach sich zieht. Protest richtet sich für gewöhnlich zudem an das politische System, dem die Verantwortung zugeschrieben wird, diese Probleme zu lösen.

Wie oben beschrieben, gibt es innerhalb der modernen Gesellschaft keine übergreifende Instanz, die die Gesellschaft als Ganzes beschreiben kann. Protestbewegungen nähern sich dieser Funktion jedoch an, indem sie innerhalb der Gesellschaft eine Grenze zur Gesellschaft ziehen und sie auf diese Weise als Einheit betrachten können – auch wenn dies nur in der Form von Protest geschehen kann, der lediglich die spezifische Perspektive der Protestierenden ist. Protestbewegungen haben weder ein besseres Urteilsvermögen noch eine bessere Kenntnis der Gesellschaft als andere Systeme. Allerdings



handeln sie, als sei dies der Fall. Sie erlauben es sich, die internen Perspektiven der Funktionssysteme außer Acht zu lassen, um eine Beschreibung der Gesellschaft vornehmen und auf ihre Risiken hinweisen zu können (Hellmann 1996: 64 f.; Hellmann/Luhmann 1996: 191):

Es kommt nicht darauf an, wer recht hat; aber es kommt darauf an, in welchen Formen bei dieser Art von Widerstand von Kommunikation gegen Kommunikation Realität in die Kommunikation eingeführt wird und in ihr weiterwirkt (Luhmann 1998: 865).

Hellmann unterscheidet im Rahmen der Funktionsbestimmung neuer sozialer Bewegungen zwischen einer instrumentellen und einer expressiven Funktion. In seiner instrumentellen Funktion macht Protest auf gesamtgesellschaftlich relevante Probleme aufmerksam, die von den Funktionssystemen unbeachtet bleiben.

Die expressive Funktion neuer sozialer Bewegungen bezieht sich auf die Protestierenden selbst. Protest dient auch einem Selbstzweck (Hellmann 1996: 125 ff.). Zuvor wurden bereits die Effekte funktionaler Gesellschaft auf den Menschen beschrieben. Da der spätmoderne Mensch aufgrund funktionaler Differenzierung aus seinen ursprünglichen Bindungen herausgerissen wird, ist er stets auf der Suche nach „neuen Formen der Vergemeinschaftung“ (Hellmann 1996: 65) und „Identitätsbildung“ (ebd.: 66) – beides findet er in sozialen Bewegungen durch das Protestieren gegen einen spezifischen Gegner. Identitätsbildung geschieht heute nicht mehr auf Grundlage der „Primärbindungen“, sondern durch eine Orientierung an Lebensstilen (Baringhorst 1998: 336 f.; Bennett 2004: 126). Hellmann (1996: 145 ff.) nimmt an, dass Anhänger neuer sozialer Bewegungen in der Regel einem bestimmten Milieu angehören, das sich auszeichnet durch einen hohen Bildungsgrad, der Abkehr von materiellen Werten und der Betonung eines Lebensstils, bei dem es vorrangig um Selbstverwirklichung geht – dem „Selbstverwirklichungsmilieu“ (ebd.: 147).

Für dieses Milieu stellt die Unterscheidung zwischen Leistungs- und Publikumsrollen ein besonderes Problem dar, legt es doch großen Wert auf eine individuelle Lebensführung. Angehörige dieses Milieus wollen selbstbestimmt leben und sich aktiv in gesellschaftliche Prozesse einbringen – ein Anspruch, dem die passive Publikumsrolle nicht gerecht wird (Hellmann 1996: 159). Protest ist eine Möglichkeit, die starre Aufteilung zwischen Leistungs- und Publikumsrollen aufzubrechen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzufordern (Hellmann 1996: 65 ff.). Dabei stellt bereits der Akt des Protestierens eine Loslösung von der passiven Publikumsrolle (z.B. des Wählers) dar; die Pro-

testierenden werden aktiv, sie *handeln*, und kommen so ihrem Bedürfnis nach einer autonomen, individuellen Lebensgestaltung nach (Hellmann 1996: 211 f.).

Einschränkend muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass nicht alle sozialen Bewegungen sich aus Menschen zusammensetzen, die diesem eher ‚linken‘ Selbstverwirklichungsmilieu zuzuordnen sind. Gegenbeispiele sind die konservative Tea Party oder rechtsradikale Gruppierungen. Das Spektrum an Bewegungen lässt sich schwer auf das von Hellmann beschriebene Milieu reduzieren.

Dennoch bieten Hellmanns Annahmen wertvolle Hinweise darauf, dass die Funktionen sozialer Bewegungen nicht auf die instrumentelle Ebene beschränkt werden sollten. So kann man annehmen, dass die genannten Aspekte – der Wunsch nach Vergemeinschaftung, die Suche nach Identität, das Bedürfnis zu Handeln – prinzipiell für jeden Protestierenden eine Motivation darstellen können, unabhängig von der politischen Verortung des Protests.<sup>2</sup>

### **3.4.2 Soziale Bewegungen als Systeme**

Die obigen Ausführungen bieten verschiedene Ansätze für eine Funktionsbestimmung neuer sozialer Bewegungen aus der Perspektive der Systemtheorie. Hellmann (1996: 75 ff.) schließt daran den Versuch an, den „Systemstatus“ der neuen sozialen Bewegungen zu ermitteln, indem er verschiedene Vorschläge zur Bestimmung neuer sozialer Bewegungen als System diskutiert. Dies gelingt nach eigener Aussage nur zum Teil. So wurde versucht, Angst bzw. Mobilisierung als spezifische Operationsweise sozialer Bewegungen zu definieren (Hellmann 1996: 78 ff.). Auch wenn die autopoietische Geschlossenheit hier deutlich wird (Angst erzeugt Angst, nur durch Mobilisierung entsteht Mobilisierung), lässt sich anzweifeln, dass Angst und Mobilisierung Phänomene darstellen, die spezifisch für soziale Bewegungen sind und daher jeweils als ihre distinkte Operationsweise angesehen werden können (Hellmann 1996: 80 ff.).

Aufschlussreicher ist in diesem Zusammenhang die Bestimmung von Protest als autopoietisches System, wie Luhmann sie vorgenommen hat (Luhmann 1998: 860 ff.; Hellmann/Luhmann 1996: 176 ff.). Soziale Bewegungen sind keine Funktionssysteme, da sie nicht funktional differenziert sind (Hellmann 1996: 86). Sie lassen sich jedoch als

---

<sup>2</sup> Diese Annahme muss mit Blick auf rechtsradikale Gruppen allerdings unter Vorbehalt geäußert werden. Dieses Milieu ist stark durch hierarchische Strukturen geprägt, „im Extremfall durch das Verhältnis von Führer und Gefolgschaft“ (Rucht 1994: 352) – individuelle Perspektiven sind in diesem Umfeld eher unerwünscht. Allein dieser Unterschied offenbart die Notwendigkeit, rechtsradikale Gruppen im Rahmen der vorliegenden Arbeit auszuklammern.

autopoietische Systeme verstehen. Diese Annahme wird möglich, wenn man davon ausgeht, dass es sich bei sozialen Bewegungen in der Regel um Protestbewegungen handelt. Über den Protest begeben sich soziale Bewegungen in Distanz zur Gesellschaft, und zwar, indem sie aus ihrer Umwelt bestimmte Themen beziehen und mit diesen kommunikativ auf eine spezifische Weise verfahren. Dadurch entwickelt sich eine spezielle Form der Protestkommunikation, die sich von anderen Kommunikationen unterscheidet (Hellmann/Luhmann 1996: 174 ff.).

Die Form ‚Protest‘ ist in ihrer Funktion den binären Codes der Funktionssysteme vergleichbar – auch hier gibt es zwei Seiten: „die Protestierenden auf der einen Seite und das, wogegen protestiert wird (einschließlich die, gegen die protestiert wird), auf der anderen“ (Luhmann 1998: 854 f.).

Im Gegensatz zu den Binärcodes der Funktionssysteme dient die Seite ‚kein Protest‘ jedoch nicht der Reflexion des Protests (Hellmann/Luhmann 1996: 177). Damit tut sich das folgende, „mit dieser Form nicht zu überwindende Problem“ (Luhmann 1998: 855) auf:

Die Protestbewegung ist nur ihre eigene Hälfte – auf der anderen Seite befinden sich jene, die anscheinend ungerührt oder allenfalls leicht irritiert das tun, was sie sowieso wollen. Der Protest negiert, schon strukturell, die Gesamtverantwortung. Er muß andere voraussetzen, die das, was verlangt wird, ausführen. Aber wieso wissen die anderen, daß sie sich auf der anderen Seite der Protestform befinden? Wie können sie dazu gebracht werden, diese Situationsdefinition zu akzeptieren, statt ihren eigenen Konstruktionen zu folgen? Offenbar nur durch drastische Mittel, durch alarmierende Kommunikation, auch durch den massenhaften Einsatz von Körpern, die sich selbst als Protest demonstrieren, vor allem aber durch ein heimliches Bündnis der Protestbewegungen mit den Massenmedien (Luhmann 1998: 855).

Diese Feststellung ist zentral für den Zusammenhang dieser Arbeit und wird an späterer Stelle nochmals aufgegriffen werden.

Die autopoietische Schließung findet statt über das Thema des Protests, beispielsweise die Ablehnung von Atomkraft oder die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit: „Die Themen entsprechen der Form des Protestes wie Programme einem Code. Sie verdeutlichen, weshalb man sich als Protestierender auf der einen Seite der Form befindet“ (Luhmann 1998: 857). Dies ermöglicht die Abgrenzung von einer Gesellschaft, die sich mit diesen Themen nicht auseinandersetzt (Hellmann/Luhmann 1996: 178).

### 3.4.3 Öffentlicher Druck mithilfe der Massenmedien

Soziale Bewegungen können als autopoietisch geschlossene Systeme angesehen werden, die innerhalb der modernen Gesellschaft bestimmte Funktionen erfüllen. In ihrer instrumentellen Funktion machen Bewegungen durch Protest auf bestimmte gesellschaftliche Probleme aufmerksam. Dieser Feststellung schließt sich nun die Frage an: *Wie* gelingt es sozialen Bewegungen, Aufmerksamkeit zu erzeugen? Um diese Frage zu beantworten, muss zunächst geklärt werden, an *wen* sie sich zu diesem Zweck richten. Oder anders: Wie ist das Verhältnis sozialer Bewegungen zu den für sie relevanten Funktionssystemen?

Ob Protest gegen den Bau eines Bahnhofs, Umweltverschmutzung oder Kriegseinsätze: Protest hat in der Regel das Ziel, konkrete politische Entscheidungen zu beeinflussen oder das politische System zu überzeugen, in einer bestimmten Angelegenheit einzugreifen:

In modernen Gesellschaften, in denen soziale Ordnung einer politisch-rechtlichen Kodifikation und deren autoritativer Umsetzung kraft des staatlichen Gewaltmonopols bedarf, geht fast nichts am Staat vorbei [...]. Es ist nur konsequent, wenn politische Öffentlichkeit und soziale Bewegungen im Staat ihren wichtigsten Adressaten sehen. Um Gesellschaft zu verändern, müssen staatliche Entscheidungsträger unter Druck gesetzt werden (Rucht 1994: 347).

Protestbewegungen können ihre Forderungen selbst nicht umsetzen. Luhmann erklärt diesen Umstand mit der „Differenz von Zentrum und Peripherie“ (Luhmann 1998: 853). Dies ist eine Form gesellschaftlicher Differenzierung – allerdings betrifft sie nicht mehr das gesamte Gesellschaftssystem, denn in modernen Gesellschaften gibt es kein einheitliches Zentrum mehr. Gewisse Funktionssysteme können jedoch Zentren ausbilden; dies ist vor allem im politischen System der Fall. Dort bilden soziale Bewegungen die Peripherie, die gegen den Staat – das Zentrum – protestiert und zugleich Forderungen an ihn stellt. Ohne diese Differenz wäre politischer Protest überflüssig, „denn es gäbe dann keine soziale (sondern nur noch eine sachliche oder zeitliche) Grenze zwischen Desiderat und Erfüllung“ (ebd).

Protestbewegungen machen nicht nur ‚die anderen‘ (z.B. das Wirtschaftssystem) für Probleme verantwortlich. Sie handeln auch unter der Prämisse, dass andere (v.a. das politische System) ihre Forderungen umsetzen (Baringhorst 1998: 328).

Soziale Bewegungen sind Teil des politischen Systems, aber sie sind keine Organisation – dazu ist die Teilnahme an ihnen zu unverbindlich und unberechenbar (Luhmann 1998:

850 f.). Anders als andere Akteure des politischen Systems, beispielsweise politische Parteien oder Verbände, besitzen soziale Bewegungen nur sehr begrenzte Mittel, um ihre Überzeugungen durchzusetzen: Mitglieder von Parteien werden durch Wahlen legitimiert, bestimmte Ämter auszuüben und in dieser Funktion an politischen Entscheidungen teilzuhaben. Etablierte politische Organisationen wie z.B. Verbände pflegen häufig den direkten Kontakt zu Politikern und haben verschiedene Möglichkeiten, die Politik unter Druck zu setzen, beispielsweise durch die Androhung, die Kooperation zu verweigern.<sup>3</sup> Soziale Bewegungen hingegen haben weder einen institutionalisierten Platz im politischen System, noch die finanziellen und personellen Ressourcen, im großen Stil Einfluss auszuüben. Ihnen bleibt meist nur die Option, eine bedeutende Anzahl an Menschen für ihr Anliegen zu gewinnen. Dazu brauchen sie die Öffentlichkeit, sie müssen ihre Themen zur öffentlichen Meinung machen (Rucht 1994: 347 f.).

Luhmann (2009: 126) definiert Öffentlichkeit „als gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme, also aller Interaktionen und Organisationen, aber auch der gesellschaftlichen Funktionssysteme und der sozialen Bewegungen.“ Systeme können ihre Grenzen nicht übertreten, sie können aber wahrnehmen, dass es ein ‚Außen‘ gibt, das sie beobachtet. Diese Beobachtungen können sie wiederum beobachten und gegebenenfalls – wenn Irritationen entstehen – ihre Handlungen darauf ausrichten. Vor diesem Hintergrund bezeichnet Luhmann Öffentlichkeit auch als „Reflexionsmedium“ (2009: 127). Repräsentiert wird die Öffentlichkeit von den Massenmedien (Luhmann 2009: 125 ff.; Berghaus 2011: 260 ff.) – diese erstellen „Realitätskonstruktionen“ (Luhmann 2009: 128), die für alle Teilsysteme und alle Menschen gelten (ebd.: 128). Auf diese Weise dienen die Massenmedien der Gesellschaft als „Gedächtnis“ (ebd.: 83); ihre Funktion ist es, die Gesellschaft mit Wissen zu versorgen, das die Basis für sämtliche Kommunikationen darstellt. So ist es möglich, „daß man bei jeder Kommunikation bestimmte Realitätsannahmen als bekannt voraussetzen kann, ohne sie eigens in die Kommunikation einführen und begründen zu müssen“ (Luhmann 2009: 83, s.a. Berghaus 2011: 246).

Die oben genannte Definition von Öffentlichkeit wendet Luhmann auch auf die einzelnen Funktionssysteme an. So ist öffentliche Meinung „Öffentlichkeit aus Sicht des poli-

---

<sup>3</sup> Dies trifft in gewissem Maße natürlich auch auf bestimmte NGOs zu; Akteure wie Greenpeace, WWF oder Amnesty International haben längst einen festen Platz in der politischen Landschaft und betreiben ebenso Lobbyismus wie andere Interessengruppen. Dennoch sind diese Organisationen – wie bereits erwähnt – darauf angewiesen, dass Menschen gegebenenfalls für ihre Anliegen auf die Straße gehen.

tischen Systems“ (Berghaus 2011: 262). Öffentliche Meinung ist – wie Öffentlichkeit – ein Medium, das seine Form durch die Massenmedien erhält (Berghaus 2011: 263). Massenmedien und öffentliche Meinung sind dementsprechend eng miteinander verbunden. Luhmann (2009: 128) geht davon aus, dass erst durch die Erfindung der Druckpresse die Idee „einer öffentlichen Meinung als Letztinstanz der Beurteilung politischer Angelegenheiten“ entstanden ist. Diese Beurteilungen allein sind keine politischen Entscheidungen; damit diese getroffen werden können, wird die öffentliche Meinung in das politische System „hinein kopiert“ (ebd.) – natürlich, um daraus politischen Nutzen zu ziehen (ebd.).

Es wurde bereits gesagt, dass Protestkommunikation sich vor allem an das politische System richtet. Damit Protestbewegungen Entscheidungen von Politikern erzwingen können, bemühen sie sich, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Massenmedien bilden die öffentliche Meinung ab, was wiederum von den politischen Teilsystemen beobachtet wird. Je nach Sachlage kommt es dort zu Irritationen. Wenn die Parteien systematisch Themen ignorieren, die in der öffentlichen Meinung vertreten sind, kann sich dies im Verhalten der Wähler niederschlagen (Rucht 1994: 48; Baringhorst 1998: 328; Luhmann 1998: 766 f.) – die Politik ist gezwungen zu reagieren.

Um Systeme zu erreichen, muss also zunächst die Öffentlichkeit erreicht werden, die wiederum öffentliche Meinung für das politische System bereitstellt (Gerhards/Neidhardt 1990: 48 f.). Was als öffentliche Meinung gilt, wird festgelegt durch die Massenmedien – und, „mit mehr oder weniger starken Auswirkungen“ durch soziale Bewegungen (Luhmann 2009: 1128). Protestkommunikation ist also durchaus in der Lage, öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zugleich bescheinigt Luhmann (1998: 855) sozialen Bewegungen ein „heimliches Bündnis“ mit den Massenmedien (Berghaus 2011: 264). Daraus lässt sich schließen, dass der Einfluss von Protestbewegungen auf die öffentliche Meinung sich aus eben jenem Bündnis speist. Die Machtverhältnisse innerhalb dieses Bündnisses sind jedoch ungleich verteilt – die Massenmedien allein entscheiden, ob sie über die Anliegen von Bewegungen berichten oder nicht. Soziale Bewegungen sind also auf die Massenmedien angewiesen, wollen sie in der Öffentlichkeit abgebildet werden. Zugespitzt lässt sich mit Raschke (1987: 343) sagen: „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt.“

Ausgeklammert wird bei diesen Überlegungen eine neue Medientechnologie – das Internet, das, wie sich zeigen wird, nach Luhmanns Definition kein Massenmedium ist. Sind diese Aussagen bezüglich des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Massenmedien also noch aktuell?

Mit dem Aufkommen und der allgemeinen Verbreitung des Internets ändern sich auch die Zugangsvoraussetzungen der Bürger zum öffentlichen Diskurs. Informationen werden nun nicht mehr ausschließlich von den Massenmedien bereitgestellt; auch im Internet können die Bürger sich informieren und selbst zu Produzenten und Diskussionsteilnehmern werden. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hält in ihrem Bericht aus dem Jahr 2013 fest:

Seit etwa einem Jahrzehnt kann von einer Netzöffentlichkeit gesprochen werden, die sich in Blogs und Foren herausgebildet hat und sich derzeit auf soziale Netzwerke und Kollaborationsplattformen ausdehnt. Ihr Entstehen wurde dadurch ermöglicht, dass jeder, der über die entsprechende Hardware und einen Internetzugang verfügt, potenziell Zugang zu einer theoretisch unbegrenzten Öffentlichkeit erlangen kann. [...] An die Stelle der one-to-many-Kommunikation der Massenmedien trat eine many-to-many-Kommunikation unterschiedlicher, nicht zuletzt auch zivilgesellschaftlicher Akteure (Enquete-Kommission 2013: 92).

Diese „Netzöffentlichkeit“ nehme gegenüber den etablierten Massenmedien sowie politischen Parteien und Organisationen eine „dezidiert kritisch[e]“ Haltung ein (ebd.) – diese Form der Öffentlichkeit betrachtet sich offenbar als ein Gegenpol zu den Massenmedien.

Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass die Massenmedien nach wie vor eine zentrale Position in der Repräsentation von Öffentlichkeit einnehmen – dies liegt nicht zuletzt daran, dass die etablierten Medien mit ihren digitalen Angeboten im Internet äußerst präsent sind. Die Massenmedien seien auch hier die Agenda-Setter, weil professioneller Journalismus generell bevorzugt werde (Enquete-Kommission 2013: 93). Dies gilt laut Rucht (2004: 30) auch für die ‚Offline-Welt‘: Massenmedien stellten eine Auswahl an Informationen bereit, auf deren Glaubwürdigkeit man sich für gewöhnlich verlassen könne, und fungierten zudem als politische Kommentatoren – aus diesem Grund sei ihr zentraler Stellenwert für die breite Bevölkerung unbestritten.

In einer ständig wachsenden Menge an Informationen kommt dem Gatekeeping eine äußerst wichtige Funktion zu: Informationen müssen sortiert, überprüft und gefiltert und auf eine Weise aufbereitet werden, die sie verständlich machen und kontextuell verorten. Diese Aufgabe wird im Internet – wie das Beispiel Wikipedia zeigt – nicht mehr ausschließlich von Journalisten übernommen. Dennoch besteht nach wie vor großes

Vertrauen in die Auswahlmechanismen der Massenmedien, die diese Aufgaben übernehmen (Schönberger 2004: 19).

Das Internet hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für soziale Bewegungen – dies wird sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit zeigen. Allerdings gilt (noch): Wer breite, öffentliche Resonanz sucht, kommt in der Regel nicht an den Massenmedien vorbei. Protestbewegungen sind darauf angewiesen, dass die Massenmedien ihre Themen in der Öffentlichkeit abbilden. Damit dies geschieht, muss Protestkommunikation sich auf die Operationsweise der Massenmedien einstellen. Wie diese sich gestaltet, soll im Folgenden erläutert werden.

### **3.5 Das System der Massenmedien**

Luhmann sieht die Ursache für die Ausdifferenzierung des Massenmediensystems in der Einführung von „Verbreitungstechnologien [...], die eine Interaktion unter Anwesenden nicht nur einsparen, sondern für die eigenen Kommunikationen der Massenmedien wirksam ausschließen“ (Luhmann 2009: 26). Entscheidend für die Definition eines Massenmediums ist demzufolge, dass keine Interaktion zwischen Sender und Empfänger möglich ist – der Kontakt zwischen Massenmedien und Rezipienten wird durch die zur Verbreitung der Medieninhalte notwendigen Technik unterbrochen. Begonnen hat diese Form der Verbreitung mit dem Buchdruck: „Erst der Buchdruck multipliziert das Schriftgut so stark, daß eine mündliche Interaktion *aller* an Kommunikation Beteiligten wirksam *und sichtbar* ausgeschlossen wird“ (Luhmann 2009: 26, Hervorhebungen im Original). Dementsprechend zählen solche Geräte zu den Massenmedien, die Technik gebrauchen, um ihre Inhalte zu vervielfältigen, und die sich nicht an eine einzelne Person richten, sondern öffentlich zugänglich sind. Dies betrifft unter anderem Erzeugnisse der Druckpresse wie Zeitungen und Bücher, „photographische oder elektronische Kopierverfahren jeder Art, sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen“ sowie „die Verbreitung der Kommunikation über Funk, sofern sie allgemein zugänglich ist [...]“ (Luhmann 2009: 10).

Versuche der Massenmedien, Kontakt zum Publikum herzustellen, beispielsweise in Form von Höreranrufen im Radio oder Leserbriefen, sind lediglich Inszenierungen, die der Reproduktion des Systems und nicht der Interaktion mit der Umwelt dienen (Luh-



mann 2009: 26). Auch mündliche Reaktion auf massenmediale Inhalte bleibt möglich – sie ist aber für eine gelingende Kommunikation nicht mehr nötig.

Da Massenmedien und Publikum aufgrund der technisch bedingten Unterbrechung keinen direkten Kontakt zueinander haben, entstehen auf beiden Seiten Freiräume in der Kommunikation: Die Massenmedien sind frei in der Gestaltung ihrer Angebote, die potenziellen Rezipienten in ihrer Reaktion auf sie.

Auf diese Weise entsteht ein „Überschuß an Kommunikationsmöglichkeiten, der nur noch systemintern durch Selbstorganisation und durch eigene Realitätskonstruktionen kontrolliert werden kann“ (Luhmann 2009: 11). Gleichzeitig sind beide Seiten in ihren Selektionsentscheidungen aufeinander angewiesen: Die Massenmedien brauchen Rezipienten, die Menschen möchten informiert werden. Dabei können die Medienanbieter nur (mit Unterstützung von Quoten und Verkaufszahlen) vermuten, was das Publikum imstande und Willens ist, durch die Medien aufzunehmen. Dieser Unsicherheit begegnen die Massenmedien, indem sie sich systematisch organisieren: Medieninhalte werden in Form von Programmen oder Genres standardisiert, zugleich werden die Angebote ausdifferenziert. Was in den Massenmedien zu finden ist, ist nicht individuell auf die Personen abgestimmt, das Angebot ist vereinheitlicht (Berghaus 2011: 193 ff.).

Auf diese Weise haben sich die Massenmedien zu einem operativ geschlossenen System entwickelt, das sich ausschließlich an der systemspezifischen Unterscheidung von Selbstreferenz und Fremdreferenz orientiert und nicht an der Interaktion mit der Umwelt (Luhmann 2009: 26 f.).

Luhmanns Schrift über das Massenmediensystem trägt den Titel „Die Realität der Massenmedien“. Dies meint zum einen die reale Existenz der Massenmedien – die Realität erster Ordnung. Gleichzeitig spielt der Titel an auf die systemspezifische Realität, die von den Massenmedien konstruiert wird, die Realität zweiter Ordnung. Dabei ist die grundlegende Frage, *wie* Massenmedien diese Realität konstruieren (hier und im Folgenden: Berghaus 2011: 195 ff.).

*Dass* sie dies tun, steht laut Luhmann außer Frage. Im Sinne des operativen Konstruktivismus geht er davon aus, dass eine Umwelt existiert, allerdings als Horizont, der unerreichbar bleibt. Realität kann daher nur innerhalb des Systems als vom System konstruierte Realität auftreten (Luhmann 2009: 15).

Wie alle Systeme erlangen die Massenmedien Erkenntnis, indem sie zwischen Selbstreferenz und Fremdreferenz unterscheiden. Diese Unterscheidung existiert in der Umwelt nicht, sondern nur innerhalb des Systems – da die Massenmedien jedoch auf dieser Grundlage operieren, konstruieren sie so ihre eigene Realität.

Der häufig geäußerte Vorwurf, Massenmedien verzerrten die Realität, ist irreführend, denn er geht davon aus, dass es *die* eine für Menschen objektiv greifbare Realität gibt (Luhmann 2009: 14 ff.). Vielmehr stellt sich die Frage, welche systemspezifischen Unterscheidungen den Realitätskonstruktionen der Massenmedien zugrunde liegen. Die fundamentale Unterscheidung der Massenmedien ist ihr Code, ihr Kriterium dafür, „wie die Differenz von System und Umwelt produziert und laufend reproduziert wird“ (Luhmann 2009: 27). Der Code des Massenmediensystems ist Information/Nichtinformation. Indem Massenmedien entscheiden, was für sie informativ oder nicht informativ ist, können sie sich von der Umwelt abgrenzen und Komplexität reduzieren (Luhmann 2009: 28).

Der Code Information/Nichtinformation ist eng gebunden an die Zeit: Information ist das, was neu ist. Zwar können auch Wiederholungen inhaltlich sinnvoll sein, einen Informationswert besitzen sie jedoch nicht. Dies führt zu dem Umstand, dass Massenmedien, indem sie Informationen verbreiten, ständig Informationen vernichten, also in Nichtinformation umwandeln: „Das System veraltet sich selber“ (Luhmann 2009: 32). Auf diese Weise erzeugen die Massenmedien einen anhaltenden Bedarf nach immer mehr Informationen.

Der Code allein ist nicht ausreichend für die Selektionen von Massenmedien; es muss ein weiteres Unterscheidungskriterium in der Fülle von Ereignissen geben, die prinzipiell als Information verstanden werden können. Diese Unterscheidung, ob etwas eine Information für das System ist oder nicht, geschieht mit Hilfe der Programme. Sie legen Bereiche fest (beispielsweise Sport oder Kunst), die einen Rahmen für die Auswahl von Informationen geben. So kann ein Ereignis für den Bereich Kunst als berichtenswerte Information gelten, für den Bereich Politik nicht (Luhmann 2009: 29; Berghaus 2011: 204). Luhmann (2009: 37) unterscheidet zwischen drei Programmbereichen: Nachrichten und Berichte, Werbung und Unterhaltung. Der Code Information/Nichtinformation ist grundlegend für die Unterscheidungen aller drei Programmbereiche; allerdings wen-

den sie unterschiedliche Kriterien an, um zu entscheiden, was als Information gilt und was nicht.

Im Rahmen dieser Arbeit ist vor allem der erste Programmbereich entscheidend: Nachrichten und Berichte. Der Begriff ‚Nachrichten‘ beschreibt die tagesaktuelle Berichterstattung. Berichte hingegen haben keinen so starken Zwang zur Aktualität; sie betten die Nachrichten in einen Kontext und versorgen das Publikum mit zusätzlichen Informationen (Luhmann 2009: 52). Das gemeinsame Merkmal von Nachrichten und Berichten ist, dass sie den Anspruch erheben, wahr zu sein. Dieser Anspruch muss natürlich vor dem Hintergrund gesehen werden, dass kein System ‚die eine Wahrheit abbilden‘ kann, Konstruktionen von Realität sind unvermeidlich. Dennoch können diese Konstruktionen einen Wahrheitsanspruch erheben, wenn sie ihre Informationen aus dem „realen Weltpotential“ (Berghaus 2011: 207) selektieren. Es liegt im Interesse des Programmbereichs Nachrichten und Berichte, dass die verbreiteten Informationen wahr sind, denn sonst würde dieser Bereich seine Daseinsberechtigung verlieren (Luhmann 2009: 41).<sup>4</sup> Innerhalb dieses wahren „Weltpotentials“ entscheiden die Massenmedien jedoch nach eigenen Kriterien und können so nur ihre eigene Realität vermitteln. Sie wählen gezielt Ausschnitte von Ereignissen aus, heben bestimmte Aspekte hervor, vernachlässigen andere. Aus diesem Grund müssen sie sich den „Manipulationsverdacht“ (Berghaus 2011: 210) gefallen lassen. Der Code Information/Nichtinformation beinhaltet zudem den paradoxen Effekt, dass jede Information zugleich ein Hinweis auf die Nichtinformation ist und damit die Frage aufwirft, worüber die Massenmedien stattdessen hätten berichten können. Zweifel an der Medienberichterstattung sind also unvermeidbar (Luhmann 2009: 57; Berghaus 2011: 210).

Zusätzlich zur Unterscheidung wahr/unwahr werden für die Selektion von Informationen für diesen Programmbereich spezifische Kriterien angelegt. Es wurde bereits gesagt, dass durch die Kontaktunterbrechung zu den Rezipienten „Überschüsse“ in der Kommunikation entstehen, denen die Massenmedien begegnen, indem sie sich selbst Begrenzungen schaffen – und zwar in Form von Kriterien, anhand derer sie entscheiden, was eine Information ist und was nicht. Luhmann benennt mit den „Selektoren“ zehn

---

<sup>4</sup> Dies erklärt, weshalb der Bereich Nachrichten/Berichte der bedeutendste für Protestkommunikation ist: Sie kann zwar auch in Form von (kostspieliger) Werbung stattfinden. Doch Bewegungen müssen die Bevölkerung von der Wichtigkeit ihres Anliegens überzeugen. Voraussetzung ist dabei, dass der von ihnen angemahnte Sachverhalt wahr ist, dass er einen faktischen Bezug aufweist (s. Kapitel 4.3). Diese ‚Tatsächlichkeit‘ lässt sich glaubwürdiger vermitteln über Nachrichten, für die vorausgesetzt werden kann, dass sie wahr sind, als über Werbung, die gezielt mit Täuschung und Manipulation arbeitet (Luhmann 2009: 60 f.).

dieser Kriterien für die Auswahl von Informationen, die für Nachrichten und Berichte relevant sind (im Folgenden: Luhmann 2009: 42 ff.; Berghaus 2011: 211 ff.):

### 1. Neuigkeiten

Dieser Selektor nimmt im Wesentlichen die folgenden vorweg: Innerhalb eines dem Publikum bekannten Kontextes sind solche Informationen für die Medien Neuigkeiten, die „mit bestehenden Erwartungen brechen oder einen offen gehaltenen Raum begrenzter Möglichkeiten [...] determinieren“ (Luhmann 2009: 42). Neuigkeiten können als Typen auftreten (z.B. Umweltkatastrophen), als zeitlich begrenzte Ereignisse (z.B. Affäre um Politiker) oder in Serie, wie beispielsweise beim Sport.

### 2. Konflikte

Massenmedien berichten vorzugsweise über Konflikte, da deren noch ausstehende Lösung nicht nur für Spannung sorgt, sondern auch für weiteres Nachrichtenmaterial.

### 3. Quantitäten

Quantitative Daten, wie beispielsweise über die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, garantieren Aufmerksamkeit, denn sie bieten immer eine Information – in Form einer Zahl, die einzigartig ist. Tiefergehende Informationen können geschaffen werden über Vergleichszahlen, die die quantitativen Daten in einen Kontext setzen, also z.B. erklären, ob sich ein Wert verbessert oder verschlechtert hat. Auf diese Weise schwingt der Vergleich mit der Vergangenheit stets mit.

### 4. Lokaler Bezug

Informationen gewinnen an Wert, wenn sie sich auf das Lebensumfeld der Adressaten beziehen – die Einwohner eines Ortes haben meist ein umfassendes Wissen über die dortigen Ereignisse, so dass für sie auch solche lokalen Ereignisse eine Information darstellen, die für die Bewohner anderer Orte nicht informativ sind.

### 5. Normverstöße

Lohnend für Massenmedien ist die Berichterstattung über abweichendes Verhalten in Form von Verstößen gegen Recht, Moral und ‚political correctness‘. Derartige Vorfälle werden meist als Skandal präsentiert – dies schafft Aufmerksamkeit und legt zugleich die Richtung der Diskussion fest: So können Äußerungen, die in diesem Zusammen-

hang getätigt werden, ebenfalls zum Skandal stilisiert werden. Nachrichten über Normverstöße schaffen den Eindruck von Zusammenhalt; man ist gemeinsam empört über den Skandal. Massenmedien festigen so jene Normen, deren Nichteinhaltung sie skandalisieren.

## 6. Moralische Bewertungen

Die Berichterstattung über Normverstöße geht meist mit moralischen Bewertungen einher, d.h. mit Urteilen (Achtung/Missachtung) über Personen. So kommt Massenmedien „eine wichtige Funktion in der Erhaltung und Reproduktion von Moral“ (Luhmann 2009: 46) zu. Dies bedeutet nicht, dass Massenmedien die moralischen Standards einer Gesellschaft beeinflussen können. Vielmehr verweisen sie auf die Notwendigkeit dieser Regeln, indem sie den Code der Moral, die Unterscheidung zwischen gutem und bösem Handeln, anwenden und damit ihrem Publikum Täter und Opfer, Helden und Schurken präsentieren können.

## 7. Personen

Massenmedien reduzieren die Komplexität von Sachlagen, indem sie ihre Darstellungen auf Handlungen und auf Personen verengen. Massenmedien konstruieren ‚die‘ eine Handlung oder handelnde Person – tatsächlich sind diese Einheiten jedoch keine empirische Tatsache, da niemals genau geklärt werden kann, was alles zu einer Handlung gehört, d.h. wo ihre „Grenzen“ (Luhmann 2009: 47) liegen. Wenn die Massenmedien über die Entscheidung eines Politikers berichtet, blenden sie den komplexen Hintergrund dieser Entscheidung aus, wie z.B. den Einfluss weiterer Personen. Der Bezug zu einzelnen Personen ist ebenfalls ein Konstrukt; denn in der massenmedialen Darstellung bleiben die komplexen „biochemischen, neurophysiologischen oder psychischen Abläufe“ (Luhmann 2009: 48) dieser Personen außen vor; dennoch oder gerade deswegen erscheint sie dem Publikum als bekannt. Mit diesem Fokus auf Handlungen und Personen gelingt es den Massenmedien, an die Alltagskommunikation anzuschließen; insbesondere dient diese Strategie dazu, „Systemgrenzen und damit Unterschiede des Operationsmodus verschiedener Systeme zu verschleiern“ (ebd).

## 8. Einzelfälle

Da Nachrichten aktuell sein müssen, beschränken sich Medien auf die Darstellung von Einzelfällen. Rekursiv werden diese Einzelfälle mit Bedeutung gefüllt oder in einen

größeren Kontext gesetzt, an den die weitere Berichterstattung anknüpfen kann. Dies geschieht mit Hilfe von Schemata, die vielmehr der Logik der Medien geschuldet sind als den tatsächlichen Ereignissen. Durch die Auswahl von Einzelereignissen legen die Massenmedien fest, welche Ereignisse wichtig und es wert sind, erinnert zu werden.

## 9. Meinungen

Die Massenmedien berichten über Meinungen in Form von Ereignissen. Auf diese Weise erzeugen Massenmedien selbst die Ereignisse, die lediglich stattfinden, weil es die Massenmedien gibt. Damit eine Meinung zur Nachricht wird, müssen weitere Selektionskriterien erfüllt sein: Die Meinung muss sich auf einen berichtenswerten Sachverhalt beziehen und die meinungsäußernde Person muss bekannt sein.

## 10. „All diese Selektoren werden verstärkt und durch weitere ergänzt [...]“<sup>5</sup>

Innerhalb des Systems der Massenmedien haben sich eigene Verfahrensweisen zur Selektion von Nachrichten herausgebildet. Durch sie sind „Rubriken und Schablonen“ (Luhmann 2009: 51) entstanden, die vorgeben, was als Information gilt und was nicht. Zu einer Nachricht wird nur, was sich in diesen festgelegten Rahmen einfügen lässt. Die beschriebenen Selektoren verstärken sich auf diese Weise selbst – je nach Medienbereich sind es die immer gleichen Kriterien, nach denen eine Nachricht ausgewählt wird.

## **4. „Don’t hate the media...“: Protestkommunikation und die Massenmedien**

Wie sich gezeigt hat, bilden die Massenmedien – wie soziale Bewegungen – ein autopoietisches System, das operativ geschlossen, also unabhängig von seiner Umwelt agiert. Wie fügt sich die Annahme, dass diese Systeme ein „heimliches Bündnis“ (Luhmann 1998: 855) bilden, in diese Erkenntnis ein? Luhmann geht davon aus, dass zwischen Protestbewegungen und Massenmedien eine strukturelle Kopplung besteht (Luhmann 1998: 862).

### **4.1 Strukturelle Kopplung**

Autopoietische Systeme sind operativ geschlossen und umweltoffen zugleich. So ist es möglich, dass sie Bindungen zu ihrer Umwelt unterhalten – sind diese Bindungen stabil

---

<sup>5</sup> Luhmann 2009: 51.

und auf Dauer angelegt, handelt es sich um strukturelle Kopplungen. Zwar basieren sämtliche Operationen eines autopoietischen Systems auf systemeigenen Strukturen – ein Eingriff von außen ist nicht möglich, ohne das System zu zerstören. Dennoch ist ein System angewiesen auf bestimmte Voraussetzungen in seiner Umwelt, die es nicht selbstständig hervorbringen kann. Die strukturelle Kopplung beschreibt diese Beziehung eines Systems zu jenen Umweltgegebenheiten, die es für die Aufrechterhaltung seiner Autopoiesis benötigt (Baraldi u.a. 1999: 186). Sie findet nur auf der strukturellen Ebene, nicht innerhalb der Operationen des Systems statt. Die Autopoiesis des Systems bleibt unangetastet, während Systeme ihre Strukturen miteinander koordinieren (Baraldi u.a.: 189). Dies geschieht in Form von Irritationen, die das jeweilige System wahrnimmt und durch eigene Operationen zu Informationen verarbeitet. (Luhmann 2009: 130).

Massenmedien und Protestbewegungen sind strukturell aneinander gekoppelt; sie profitieren wechselseitig von der Existenz des anderen. Die Massenmedien berichten über Protestaktionen und verschaffen diesen damit Aufmerksamkeit. Protestbewegungen hingegen bieten den Massenmedien wertvolles Nachrichtenmaterial. Laut Luhmann (1998: 862) ist diese Kopplung so eng, dass sie langfristig zu einer Veränderung in der Darstellung der öffentlichen Meinung geführt hat – diese werde nur noch in Form von Konflikten ausgetragen. Dennoch ist diese strukturelle Kopplung keine völlig gleichberechtigte; die Massenmedien würden auch ohne die Existenz von Protestbewegungen ausreichend Material aus ihrer Umwelt filtern können, das sich zu Medieninhalten verarbeiten lässt. Soziale Bewegungen hingegen sind auf die Massenmedien angewiesen, wenn sie die Öffentlichkeit erreichen wollen (Schmitt-Beck 1998: 477); sie leben mit der Gefahr, für die Massenmedien uninteressant zu werden. Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, muss Protestkommunikation der Logik des Massenmediensystems entgegenkommen. Schmitt-Beck (ebd.: 478) geht davon aus, dass soziale Bewegungen zu diesem Zweck „Nachrichtenfaktoren gezielt herstellen.“

Mit Blick auf die Massenmedien hat bereits vor einiger Zeit eine Professionalisierung von Protestkommunikation stattgefunden (Steiner/Jarren 2009: 254). Schon die Studentenbewegung der 1960er Jahre plante ihren Protest in der Absicht, von den Massenmedien wahrgenommen zu werden (Baringhorst 1998: 328). Dies ist bis heute üblich und schlägt sich in den Kommunikationsstrategien der Protestbewegungen nieder.

Protestbewegungen müssen die Öffentlichkeit, aber auch ihre ‚Gegner‘ dazu bringen, ihre Definition einer bestimmten Sachlage zu übernehmen. Dieser Umstand wurde bereits mit Luhmann angesprochen, der das Fehlen der „anderen Seite der Protestform“ (1998: 855) problematisiert: Wie kann man die Menschen auf der Seite des ‚Nicht-Protests‘ dazu bewegen, sich auf die Situation einzulassen? Luhmanns Antwort:

Offenbar nur durch drastische Mittel, durch alarmierende Kommunikation, auch durch den massenhaften Einsatz von Körpern, die sich selbst als Protest demonstrieren, vor allem aber durch ein heimliches Bündnis der Protestbewegungen mit den Massenmedien (1998: 855).

Wie diese auf die Massenmedien ausgerichtete „alarmierende Kommunikation“ aussieht, soll im Folgenden untersucht werden.

## **4.2 Protestkommunikation und die Massenmedien**

In der Forschungsliteratur zum Thema Protestkommunikation besteht Uneinigkeit darüber, was der Kommunikationsbegriff abdeckt. Unter Stichwörtern wie „media and communication practices“ (Cammearts u.a. 2013: 3), „communication tactics and frames“ (Wall 2003: 33), „action repertoires“ (van Laer/van Elst 2010), „tactical repertoires“ (Taylor/van Dyke 2007) und weiteren Bezeichnungen werden Verfahren untersucht, die allesamt als Kommunikation von Bewegungen gelten können. Insgesamt werden hierbei jedoch unterschiedliche Ebenen angesprochen, die zusammengenommen die Gesamtheit der Kommunikation einer Protestbewegung ausmachen. Zunächst ist zu unterscheiden zwischen interner und externer Kommunikation (Schönberger 2004: 10): Interne Kommunikation meint alle Prozesse, die zwischen Mitgliedern einer Bewegung stattfinden (Koordination von Aktionen, Mobilisierung der Mitglieder, Bereitstellung von Informationen, etc.). Relevant für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Protestbewegungen und Massenmedien ist die externe Kommunikation, also jene Kommunikationen, die sich an die Öffentlichkeit richten und damit an potenzielle Unterstützer, Gegner und Entscheidungsträger. Externe Kommunikationsstrategien lassen sich wiederum grob in folgende Ebenen aufteilen: Zum einen hat Protestkommunikation eine inhaltliche Ebene. Dazu gehören das Thema des Protests, die Frames, mit denen die Bewegung arbeitet und weitere Diskursstrategien (Kavada 2013: 81; Baringhorst 1998: 330 ff.). Diese Inhalte vermitteln Protestakteure mit bestimmten Aktionen: Demonstrationen, Sit-Ins, Petitionen, Märsche, Pressekonferenzen, Blockaden, Streiks, Straßenper-



formances, Lichterketten, Culture Jamming usw. sowie in Form von Slogans, Symbolen und Logos (Baringhorst 1998).

Der Umgang von Protestakteuren mit den Massenmedien, also die Strategie, mit den Massenmedien zusammenzuarbeiten oder nicht, soll hier als Medienstrategie bezeichnet werden. Neben einer Kooperation mit den Massenmedien können Bewegungen weitere Strategien verfolgen: Sie können sich – beispielsweise aufgrund anhaltender Nichtbeachtung – von den Massenmedien zurückziehen, sich auf alternative Medien konzentrieren oder die Massenmedien attackieren (Rucht 2004: 36 f.).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kommen solche Bewegungen zur Sprache, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie ein Interesse daran haben, von den Massenmedien wahrgenommen zu werden und die aus diesem Grund bereit sind, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Ein markantes Beispiel für eine solche Zusammenarbeit ist die NGO Greenpeace, die ausgewählte Journalisten aus nächster Nähe zu ihren Protestaktionen quasi ‚aus dem Schlauchboot heraus‘ berichten lässt (Baringhorst 1998: 337).

Es wurde bereits gesagt, dass Protestbewegungen auf die Zusammenarbeit mit den Massenmedien angewiesen sind – sie sind strukturell an diese gekoppelt. Wie eng diese Kopplung von Seiten der Protestbewegung tatsächlich ist, lässt sich anhand von Kommunikationsstrategien nachweisen, die üblich sind für Protestbewegungen.

### **4.3 Framing**

Soziale Bewegungen positionieren sich mithilfe ihres Themas. In der Auswahl dieses Themas liegt bereits der erste Schritt der mediengerechten Aufbereitung des Protests, denn das Thema selbst ist eine Konstruktion:

Erst die Autopoiesis der sozialen Bewegung konstruiert das Thema, findet die dazugehörige Vorgeschichte, um nicht als Erfinder des Problems auftreten zu müssen, und schafft damit eine Kontroverse, die für die andere Seite im Routinegeschäft des Alltags zunächst gar keine Kontroverse ist (Luhmann 1998: 860).

Der von Protestbewegungen angestrebte Konflikt entsteht also bereits mit der Konstruktion eines Themas und dessen Vorgeschichte. Damit hat die Protestkommunikation bereits eine Situationsdeutung entwickelt, die sie ihrem Umfeld anbieten kann – sie hat einen Frame geschaffen.

Das Konzept des Framing geht auf die Frage zurück, wie Menschen ihre Wahrnehmung von Ereignissen und Erfahrungen organisieren. Es beschreibt einen kognitiven Prozess, bei dem der Mensch Informationen so verarbeitet, dass sie ihm sinnvoll erscheinen

(Wall 2003: 35). Goffman (1977: 19) beschreibt den Begriff des ‚Frame‘ (in der deutschen Übersetzung: ‚Rahmen‘) wie folgt:

Ich gehe davon aus, daß wir gemäß gewissen Organisationsprinzipien für Ereignisse – zumindest für soziale – und für unsere persönliche Anteilnahme an ihnen Definitionen einer Situation aufstellen; diese Elemente [...] nenne ich ‚Rahmen‘.

Frames bieten einen „Verständigungshintergrund“ (ebd. 32); sie vermitteln, was von einer Situation erinnert werden sollte und was vergessen werden kann (Luhmann 2009: 131 f.).

Der Framingbegriff ist zentral für das Verständnis von Protestkommunikation, denn er bietet Aufschluss darüber, wie diese Kommunikation gestaltet wird. Er wurde insbesondere von Snow und Benford im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen erforscht. Protestbewegungen liegen „*collective action frames*“ zugrunde, die Snow und Benford (2000: 615) wie folgt definieren:

Collective action frames are constructed in part as movement adherents negotiate a shared understanding of some problematic condition or situation they define as in need of change, make attributions regarding who or what is to blame, articulate an alternative set of arrangements, and urge others to act in concert to affect change.

Dementsprechend unterscheiden Snow und Benford (2000: 615 ff.) hinsichtlich ihrer Funktion zwischen drei Arten von Framing: Im Rahmen des „*diagnostic framing*“ wird ein Sachverhalt als entscheidendes Problem identifiziert. Schuldige und Verantwortliche werden ausgemacht. Das „*prognostic framing*“ schlägt eine Lösung für dieses Problem vor beziehungsweise formuliert den Plan für weiteres Vorgehen. Es gibt an, was getan werden muss. Mit dem „*motivational framing*“ sollen potenzielle Protestanhänger mobilisiert werden, indem die Gründe für die Teilnahme an Protesten genannt werden.

Das Mobilisierungspotenzial von Frames hängt von verschiedenen Faktoren ab, die im Folgenden kurz dargestellt werden (Snow/Benford 1992: 140; Snow/Benford 2000: 619 ff.; Gerhards/Neidhardt 1990: 39 ff.; Baringhorst 1998: 330 ff.): Zum einen sollten die Annahmen, auf die ein Frame sich bezieht, einen realen Bezug aufweisen – sie sollten nachweisbar sein. Wichtig ist auch die Glaubwürdigkeit jener, die einen Frame verwenden; dazu gehört die Annahme, dass Protestbewegungen vor allem dann Unterstützung erfahren, wenn der von ihnen formulierte Frame zu ihrem Verhalten und ihren Aktionen passt. Frames haben weiterhin ein hohes Mobilisierungspotenzial, wenn sie einen Bezug zur Lebenswelt sowie zu den Überzeugungen und Werten der potenziellen Protestanhä-

nger aufweisen – diese Aspekte sollen im weiteren Verlauf dieser Arbeit vertieft werden.

*Collective action frames* dienen Protestbewegungen dazu, eine Situation für die Durchschnittsbevölkerung greifbar zu machen und Eindeutigkeit innerhalb eines komplexen Zusammenhangs herzustellen:

Gegen Komplexität kann man nicht protestieren. Um protestieren zu können, muss man die Verhältnisse plattschlagen. Dazu dienen Schemata und vor allem die Skripts, die sich in der öffentlichen Meinung mithilfe der Massenmedien durchsetzen lassen (Luhmann 1998: 861).<sup>6</sup>

Gemäß der Logik der Massenmedien bietet Protestkommunikation dem Publikum mithilfe von „Kausalattributionen“ (Luhmann 1998: 861) eine klare Struktur an, innerhalb derer Täter und Opfer, Problem und Lösung vorgegeben werden. Rucht (2001: 9) fasst die Framing-Strategie von sozialen Bewegungen wie folgt zusammen: „Das Problem muss als dringlich, die Kritik als gerechtfertigt, der Angeklagte als schuldig, die Lösung als realistisch erscheinen [...]“

Ziel des Framing ist, Sympathisanten zu mobilisieren und den Gegner zu schwächen (Snow/Benford 2000: 614). Dies gelingt, wie Luhmann feststellt, über die Massenmedien. Zugleich geben Frames den Massenmedien bei der Interpretation eines Sachverhalts Orientierung (Wall 2003: 35). Soziale Bewegungen können nicht beeinflussen, ob bzw. in welcher Form die Massenmedien ihre Frames aufgreifen; mit öffentlichen Aktionen gehen sie immer auch das Risiko ein, dass die Massenmedien negativ über sie berichten. Indem soziale Bewegungen ihre Aktionen und ihre Frames auf die Logik des Massenmediensystems abstimmen, verbessern sich jedoch ihre Chancen darauf, dass die von ihnen gewünschten Botschaften ihren Platz in der Berichterstattung finden (Schmitt-Beck 1998: 477 ff.).

Laut Baringhorst (1998: 333) ist es für jene Protestakteure, die sich in dem Konkurrenzkampf um öffentliche Aufmerksamkeit durchsetzen wollen, wichtig, ihre Botschaften eng an die eigene Organisation oder Gruppe zu knüpfen; es soll deutlich werden, wem ein öffentliches Problem sowie dessen Lösungsvorschlag ‚gehört‘. Dies gelingt durch eine klare Framingstrategie, die beispielsweise die bisherigen Erfolge der Gruppe und deren Glaubwürdigkeit hervorhebt.

---

<sup>6</sup> Luhmann bevorzugt in diesem Zusammenhang die Begriffe „Schemata“, bzw. im Falle kausaler Zuweisungen „Skripts“ (Luhmann 2009: 131 ff.). Insgesamt hat sich jedoch der Begriff des Framing – vor allem in Bezug auf soziale Bewegungen – durchgesetzt. Dieser Bezeichnung folgt die vorliegende Arbeit.

Die bereits angesprochenen, für Protestkommunikation üblichen Frames offenbaren eine deutliche Nähe zu den von Luhmann angeführten Selektoren: Die Welt ist komplex, durch Unterscheidungen wird sie geordnet – Frames sind derartige Unterscheidungen, die einer Situation ihre Komplexität nehmen und sie für das Publikum leicht zugänglich machen.

#### **4.4 Protestkommunikation und die Selektoren**

Im Folgenden sollen wesentliche Frames und weitere Strategien der Protestkommunikation den von Luhmann angeführten Selektoren gegenübergestellt werden – hier wird sich zeigen, dass sich die für soziale Bewegungen übliche Kommunikation nahtlos an die Selektionskriterien der Massenmedien anpasst.

##### 1. Neuigkeiten

Ein Frame, so mediengerecht er auch konstruiert sein mag, ist nicht per se eine neue Information. Er muss geknüpft sein an unerwartete Ereignisse, Personen, Skandale, die ihn berichtenswert machen. Dieser Logik folgt die Protestkommunikation. Sie konstruiert zunächst ihr Thema, das sie kommunikativ auf eine Weise aufbereitet, die ihm den Charakter einer Neuigkeit verleiht. Dies geschieht beispielsweise durch sogenannte Pseudoereignisse.

##### 2. Konflikte

Laut Steiner und Jarren (2009: 254) haben soziale Bewegungen aufgrund ihrer Form, dem Protest, bereits „von Natur aus“ eine Nähe zu den Selektionskriterien der Medien. Das Ziel von Protestkommunikation ist „die Thematisierung von Widerspruch, Konflikt und Ablehnung“ (Baringhorst 1998: 327). Bewegungen bedienen sich unterschiedlicher Strategien, um Ablehnung und Konflikte zu kommunizieren. Eine davon ist eine konfliktgeladene Sprache – Slogans wie „We kick the ass of the ruling class“ (Occupy Wall Street) signalisieren – wenn auch im übertragenen Sinn – Kampfbereitschaft gegenüber einem bestimmten Gegner. Wie Baringhorst (1998: 333) feststellt, ist Protestkommunikation zudem häufig sehr emotional: „Dominierende Strategien der Protestkommunikation sind weniger rational argumentierende als emotional aufgeladene Angst-, Wut- und Schuldkommunikationen.“ Auch hier zeigt sich das Konfliktpotenzial von Protestkommunikation.

Eine weitere Kommunikationsstrategie, die den Konfliktcharakter von Protest deutlich offenbart, sind Pseudoereignisse wie Demonstrationen, Menschenketten, Kundgebungen, Sitzblockaden, Märsche, etc. – die „wichtigste und typischste“ (Schmitt-Beck 1998: 478) Strategie von Protestbewegungen. Die Bezeichnung gibt an, dass es sich um keine ‚echten‘ Ereignisse handelt, sondern lediglich um Inszenierungen, die darauf ausgerichtet sind, die Aufmerksamkeit der Massenmedien zu erregen (Pfetsch 1998: 713). Pseudoereignisse inszenieren den Konflikt als Handlung: Indem Menschen Plätze besetzen oder sich der Polizei entgegenstellen, benutzen sie ihre Körper, um ihrem Widerspruch gegen einen Sachverhalt Ausdruck zu verleihen. Dies ist nicht zuletzt für die Massenmedien aus dem Grund reizvoll, da der Konflikt in diesen Situationen visuell eindeutig erfasst werden kann: auf der einen Seite die Protestierenden, auf der anderen die Polizei als Repräsentant der Staatsgewalt, mit Atommüll beladene Züge oder Baumaschinen, die jahrhundertealte Bäume fällen sollen. Perfektioniert haben diese Form der Konfliktdarstellung die Aktivisten von Greenpeace, die bekannt dafür sind, die Konfrontation mit dem Gegner auf hoher See aus einem Schlauchboot heraus zu suchen – ein gezielt inszeniertes Spektakel, das die Überlegenheit des Gegners und die Auflehnung mutiger Aktivisten in einer deutlichen Bildsprache veranschaulicht (Baringhorst 1998: 336). Eines der aufsehenerregendsten Beispiele für eine derartige Aktion waren die wiederholten Besetzungen der Ölplattform Brent Spar durch Greenpeace-Aktivisten im Jahr 1995. Das Thema gewann ab dem Moment an Publizität, als Shell begann, mit Wasserwerfern gegen die Aktivisten vorzugehen. Aufgezeichnet wurde diese Auseinandersetzung von Fernsehkameras.

Shell lässt mit Wasserwerfern auf die Umweltschützer und sogar den Hubschrauber schießen, der durch die Luft torkelt. Drei Männer fallen in die Nordsee, als ein Shell-Schiff ein Schlauchboot rammt (Gunkel 2010).

Diese Ereignisse beschreibt Gijs Thieme, der Ideengeber für die Aktion, wie folgt: „Die Szenerie war perfekt [...], Hollywood pur“ (zit.n. Gunkel 2010). Shell erleidet durch diese Aktion einen beträchtlichen Imageschaden, während das Thema es auf die Agenda des Weltwirtschaftsgipfels schafft (ebd.). Das Beispiel zeigt, welche immense Auswirkungen Proteste haben können, wenn sie erfolgreich die Selektionsfilter der Massenmedien passieren. Es zeigt aber auch, dass die Medien eine Art von Spektakel bevorzugen, die ressourcenschwache Protestakteure kaum in der Lage sind zu inszenieren.

### 3. Quantitäten

Weniger spektakulär sind Daten und Zahlen, dennoch haben sie einen hohen Informationswert. Laut Wall (2003: 39 ff.), die die Protestkommunikation während der Ministerkonferenz der World Trade Organisation 1999 in Seattle untersuchte, sind es vor allem etablierte Protestakteure wie NGOs, die u.a. in Form von Pressekonferenzen die Medien gezielt mit professionell aufbereiteten Informationen und empirischen Daten versorgen. Diese dienen u.a. der empirischen Absicherung des von diesen Gruppen formulierten Frames. Auch wenn diese Form der Protestkommunikation sich deutlich von den oben beschriebenen Strategien unterscheidet: Sie wird bewusst den Mechanismen des Massenmediensystems angepasst. Pressekonferenzen sind ebenfalls Pseudoereignisse, die abgehalten werden, um einen Anlass zur Berichterstattung zu bieten (Pfetsch 1998: 713). Zu diesem Zweck sind sie für gewöhnlich auf die Bedürfnisse der Massenmedien ausgerichtet, u.a. was den Termin und die Aufbereitung der Informationen betrifft.

### 4. Lokaler Bezug

Menschen interessieren sich für Ereignisse in ihrer unmittelbaren Umgebung – daher lohnen sich Nachrichten mit einem konkreten Bezug zur Lebenswelt des Publikums. Hier setzt auch Protestkommunikation an. Ihre Aufgabe ist es, dem Publikum bezüglich des problematisierten Sachverhalts Orientierung zu bieten. Dies geschieht in der Regel mit Hilfe zweier Framing-Strategien: „Konkretisierung“ und „Abstraktion“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 40 f.; s.a. Snow/Benford 1992: 141 f. und 2000: 621 ff.). Letzteres meint die Einbettung eines Themas in einen größeren Wertezusammenhang – diese Strategie wird an späterer Stelle näher erläutert. Die zweite Strategie ist „die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zwischen dem Problem und den alltäglichen Erfahrungen der Bürger“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 40). Seine Dringlichkeit erhält das von den Bewegungen ausgemachte Problem, indem seine negativen Konsequenzen für den Einzelnen hervorgehoben werden. Teilweise wird dabei bewusst ‚Angst gemacht‘ (Baringhorst 1998: 331). Der lokale Bezug kann dabei gegeben sein, wie im Fall der Proteste gegen das Bauprojekt Stuttgart 21, die sich u.a. an der Abholzung der Bäume des angrenzenden Schlossgartens entzündeten. Die Gegner dieses Projekts fürchteten zudem Beeinträchtigungen des Klimas und der Mineralwasserquellen sowie finanzielle Konsequenzen für die Bürger der Stadt (Initiative Leben in Stuttgart).

Auch internationale Themen können auf einen persönlichen oder lokalen Bezug hin konkretisiert werden, beispielsweise wenn plausibel gemacht werden kann, dass be-

stimmte Vorfälle auch in der lokalen Umgebung möglich wären. So führte der Atomunfall in Fukushima zu Anti-Atomkraft-Demonstrationen in Deutschland, die zum Teil in der Umgebung deutscher Atomkraftwerke stattfanden (Spiegel Online: 2013). Die Botschaft: Ein Vorfall wie in Fukushima ist auch in Deutschland möglich, so lange es Atomkraft gibt.

Der Text zu einer Petition der NGO Campact gegen das Freihandelsabkommen TTIP zeigt, wie ein relativ abstrakter Sachverhalt über einen Bezug zum Alltag der Adressaten vermittelt wird. So warnt der Petitionstext: „TTIP gefährdet unsere Gesundheit“ (Campact: Stoppt TTIP!) und nennt mit „Chlorhühner[n]“, „Gen-Essen und Hormonfleisch“ konkrete Beispiele für die alltägliche Bedrohung jedes Einzelnen im Falle eines Gelingen dieses Abkommens.

## 5. Normverstöße

Normverstöße sind beliebte Themen der Massenmedien, die zu einem Skandal stilisiert werden können. Protestkommunikation macht sich diese Logik zu eigen, wenn sie gezielt gegen Regeln verstößt – dies ist nach Schmitt-Beck (1998: 478) ihr Zugang zu den Massenmedien. Aktionen des zivilen Ungehorsams wie die oben genannten Platzbesetzungen oder Sitzblockaden sind Beispiele für dieses Vorgehen. Diese gezielten Regelverstöße sind jedoch riskant: Zum einen besteht die Gefahr, dass Bewegungen ihre Sympathien verspielen, wenn potenziellen Unterstützern die Protestaktionen als nicht angemessen erscheinen, beispielsweise, wenn die Aktivisten Gewalt einsetzen. Zudem kann es passieren, dass die Inszenierung von Regelverstößen sich abnutzt – Demonstrationen gehören heute zum politischen Alltag in Deutschland und sind (im Falle einer vorherigen Anmeldung) ausdrücklich erlaubt. So unterliegen auch Protestaktionen dem Zwang, sich ständig neu zu erfinden (Schmitt-Beck 1998: 478). Schließlich besteht das Risiko, dass die Massenmedien zwar über die spektakulären Aktionen von Protestgruppen berichten, nicht aber über den Anlass des Protests (ebd.).

Protestkommunikation kann gezielt gegen Regeln verstoßen, sie kann diese Verstöße aber auch zu ihrem Thema machen. Es wurde bereits auf die Framing-Strategie der „Abstraktion“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 40) verwiesen. Hierbei erfährt das Protestthema eine „normative Aufladung“ (ebd.: 41), indem es in Bezug zu allgemeinen Wertvorstellungen gesetzt wird. Je deutlicher sich ein bestimmter Sachverhalt von diesen Werten abhebt, desto größer sind die Möglichkeiten zur Skandalisierung. Auch hier

bietet die Campact-Petition gegen das TTIP-Abkommen ein Beispiel: Mit dem Appell stellen die Initiatoren dieser Aktion nicht nur einen konkreten Bezug zur Lebenswelt der Menschen her; ihnen gelingt mit Aussagen wie „TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus“ oder „TTIP untergräbt die Freiheit“ (Campact: Stoppt TTIP!) auch die „Abstraktion“, indem sie TTIP als Bedrohung für allgemein geteilte Werte darstellen. Häufig werden Protestthemen auch mit dem Wert der Menschenrechte verknüpft – beispielsweise wenn es um die Lage von Flüchtlingen geht. So sieht das Netzwerk mit dem Namen ‚kein mensch ist illegal‘ seine Aufgabe darin „Geflüchtete in ihrem Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde“ (kein mensch ist illegal: Über uns) zu unterstützen.

Gelingt es einer Bewegung, ihre Themen nachhaltig an diese Werte zu knüpfen, stehen ihre Gegner automatisch auf der Seite jener, die gegen diese Werte verstoßen oder sich nicht für ihren Schutz einsetzen. Diese Verfehlungen können sodann moralisch angeprangert werden.

## 6. Moralische Bewertungen

Der Skandalisierung von Normverstößen folgen moralische Bewertungen über Personen – mit dem Code der Moral unterscheiden die Massenmedien zwischen gutem und bösem Handeln. So auch Protestkommunikation: Zur Framing-Strategie sozialer Bewegungen gehört es, wie Baringhorst (1998: 332) mit Bezug auf Snow und Benford feststellt, Täter und Opfer zu benennen – ein solche Unterscheidung in ‚gut‘ und ‚böse‘ ist für Massenmedien und Publikum besser greifbar als eine komplexe Auseinandersetzung mit den Ursachen eines Problems. Luhmann (1998: 763) nimmt an, dass undifferenzierte Schuldzuweisungen eine der wichtigsten Strategien sind, um komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen. Protestierende empfinden sich selbst als Opfer oder sie identifizieren sich mit einer bestimmten Opfergruppe. Die Täter – als Verursacher des Problems, als ihre (mehr oder weniger direkten) Unterstützer oder als untätige Verantwortliche – befinden sich auf der anderen und damit der moralisch fragwürdigen Seite des Protests. Der Slogan der Occupy-Wall-Street-Bewegung „We are the 99 percent“ soll Solidarität unter den „99 Prozent“ der Bevölkerung der USA schaffen – gegen das eine Prozent der Vermögenden und Einflussreichen, die aus Sicht der Aktivisten von der sozialen Ungleichheit des Landes profitieren und diese weiter verschärfen.



Die Greenpeace-Aktivisten wiederum inszenieren gezielt das „David-Goliath-Klischee“ (Schießl 1995: 37), um die Verfehlungen mächtiger Konzerne anzuprangern (Baringhorst 1998: 336).

Für den Erfolg von Protestkommunikation ist zugleich entscheidend, ob es den Protestierenden gelingt, in der Öffentlichkeit als ‚die Guten‘ wahrgenommen zu werden und – wie oben erwähnt – einen allgemeingültigen Wert für sich zu vereinnahmen. Wer möchte schon als Gegner der Friedensbewegung gelten? (Gerhards/Neidhardt 1990: 43.) Zudem müssen Protestakteure ihre Vertrauenswürdigkeit unter Beweis stellen, indem sie zeigen, dass sie im Sinne der Allgemeinheit handeln und nicht, um sich persönlich zu bereichern (ebd).

Nicht selten spielt die Codierung ‚gut – böse‘ eine entscheidende Rolle bei den Protesten selbst; vor allem dann, wenn friedliche Protestanten Opfer von unverhältnismäßigen Gewaltanwendungen von Seiten der Polizei werden. Eine derartige Eskalation führt häufig zu einer verstärkten Unterstützung der sozialen Bewegungen durch die Öffentlichkeit (Schmitt-Beck 1998: 479) – dies beweist u.a. das Beispiel der Greenpeace-Aktion gegen ‚Brent Spar‘. Für große Aufmerksamkeit sorgte auch das aggressive Vorgehen der Polizisten gegen Schüler und ältere Menschen, die gegen das Projekt Stuttgart 21 protestierten (s. z.B.: Bild.de 2010). Generell lässt sich festhalten, dass derartige Vorfälle den Protestakteuren eher nützen als schaden und ihnen Sympathien einbringen. Dementsprechend ist es durchaus möglich, dass bestimmte Aktivisten derartige Eskalationen gezielt provozieren.

## 7. Personen

Die Reduktion eines komplexen Sachverhalts auf ‚die‘ eine Handlung oder handelnde Person durch die Massenmedien stellt eine Vereinfachung dar, die auch in der Protestkommunikation Anwendung findet. Einzelne Personen (oder vermeintlich homogene Gruppen) werden zu Tätern bzw. Verantwortlichen stilisiert. Ziel ist es, Personen zu benennen, die die kritisierte Lage verschuldet haben – diese Rolle kommt im Falle der Occupy-Bewegung den Vermögenden des Landes zu – und/oder jene, die verantwortlich für die Lösung dieses Problems sind. In einem sozialstaatlichen System wird diese Verantwortlichkeit für gewöhnlich den Politikern zugeschrieben (Gerhards/Neidhardt 1990: 42). Dabei wird suggeriert, dass ein Politiker allein verantwortlich ist für eine bestimmte Situation bzw. dass er bestimmte Entscheidungen eigenständig treffen kann. So stehen einzelne Politiker häufig im Zentrum bestimmter Proteste. Ein Beispiel hier-

für ist George W. Bush: Proteste gegen den Irakkrieg wurden von Seiten der Protestierenden als Proteste gegen den ehemaligen US-Präsidenten verstanden – davon zeugen Plakate mit Aussagen wie „Lasst Bush fallen statt Bomben“ (zit. n. Spiegel Online 2004). Dass die Massenmedien diese Zuspitzung übernommen haben, zeigt die Überschrift des hier zitierten Artikels, in der von „Bushs Irak-Krieg“ (ebd.) die Rede ist.

Der Fokus der Massenmedien auf Einzelpersonen kann für eine Bewegung auch insofern von Bedeutung sein, als es den Vertretern der Massenmedien entgegenkommt, einen bestimmten Ansprechpartner bzw. einen Repräsentanten der Bewegung kontaktieren zu können. Für Protestbewegungen kann es daher von Vorteil sein, Sprecher zu ernennen, an die sich die Journalisten wenden können (Rucht 2013: 262). Dies erfordert allerdings einen gewissen Grad an Professionalisierung und hierarchischem Aufbau. Hier lässt sich die Vermutung anschließen, dass eine enge Zusammenarbeit mit den Massenmedien einen eher formalen und organisierten Aufbau von Bewegungen fördert. Vor allem netzwerkartig organisierte Bewegungen mit flachen Hierarchien lehnen diese Art der internen Organisation jedoch ab – dieser Umstand soll an späterer Stelle vertieft werden.

## 8. Einzelfälle

Massenmedien beschränken sich auf die Darstellung von Einzelfällen, die rekursiv in einen größeren Kontext eingewoben werden können. Es wurde bereits auf Pseudoereignisse als wesentliches Element der Protestkommunikation eingegangen. Diese Ereignisse kommen auch deswegen der Logik der Massenmedien entgegen, weil durch sie Protestthemen als Einzelfälle ‚serviert‘ werden: Demonstrationen, Straßenschlachten, Aktivist:innen, die sich an Gleisen festketten, das Werfen von Torten – all dies sind nicht nur Spektakel, sondern greifbare Themenportionen, über die die Massenmedien anschaulich berichten und die sie im Nachhinein kontextuell verorten können.

Wie auch die Kritik an Einzelpersonen ist der Bezug zu einzelnen Ereignissen innerhalb der Protestkommunikation ein Mittel der Reduktion von Komplexität. Aus diesem Grund finden Proteste häufig im Zusammenhang mit bestimmten Ereignissen statt. Besondere Einzelfälle mit hoher Symbolkraft sind Politik- und Wirtschaftsgipfel – dass sich Protestbewegungen dieser Symbolik bewusst sind, beweist die stetig zunehmende Zahl an Protesten im Umfeld solcher Treffen (Teune 2011: 87). Auf diese Weise kann die Kritik an komplexen globalen Verhältnissen heruntergebrochen werden auf die Ab-

lehnung eines Treffens beispielsweise der G8 – soziale Bewegungen nutzen so die Anschaulichkeit eines konkreten Ereignisses für ihre Proteste.

Einzelne Ereignisse können schließlich auch Protestbewegungen Auftrieb verleihen. Die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl war ein solches Ereignis, ebenso der Vorfall in Fukushima im Jahr 2011. In beiden Fällen nahmen die bereits vorher bestehenden Proteste gegen Atomkraft zu und die Aktivisten konnten ihren Argumenten mit Verweis auf tatsächliche Ereignisse Gewicht verleihen (Radkau 2011).

## 9. Meinungen

Durch die Massenmedien werden auch Meinungen zu Ereignissen, wenn die Person, die diese Meinung vertritt, bekannt ist und der Sachverhalt berichtenswert erscheint. Protestbewegungen können von diesem Verfahren profitieren, wenn es ihnen gelingt, prominente Unterstützer für sich zu gewinnen. Vertrauenswürdig zu erscheinen ist lebensnotwendig für soziale Bewegungen. Befürwortende Aussagen von Wissenschaftlern, moralischen Instanzen oder anderen angesehenen Personen sichern die Argumente der Bewegung ab und verleihen ihnen Glaubwürdigkeit (Gerhards/Neidhardt 1990: 43).

10. „All diese Selektoren werden verstärkt und durch weitere ergänzt [...]“

Protestbewegungen werden von Massenmedien nur wahrgenommen, wenn ihre Kommunikationen in die „Rubriken und Schablonen“ (Luhmann 2009: 51) der Massenmedien passen. Können sie keine der oben beschriebenen Selektionskriterien bieten, tauchen sie nicht auf dem Bildschirm der Massenmedien auf.

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie sehr Protestkommunikation auf die Operationsweise der Massenmedien eingestellt ist. Zugleich bietet diese Analyse eine Grundlage, mit der die Betrachtung der internetbasierten Protestkommunikation abzugleichen sein wird.

## 4.5 Die expressive Funktion von Protest

In den vorangehenden Passagen wurde davon ausgegangen, dass Protestkommunikation strategisch eingesetzt wird, um über die Massenmedien in der Öffentlichkeit Resonanz zu erzeugen. Doch dies beschreibt nur die instrumentelle Funktion von Protest. Wie mit Bezug auf Hellmann beschrieben, erfüllt Protest auch eine expressive Funktion. Diesen Umstand macht sich Protestkommunikation zunutze:

Betrachtet man etwa die studentischen Protestaktionen des Herbstes/Winters 1997, die antirasistischen Lichterketten der frühen neunziger Jahre oder den beträchtlichen Erfolg von Green-

peace-Aktionen, so scheinen in den letzten Jahren [...] vor allem expressive, ästhetische Anreizmomente bei der Erzeugung individueller Unterstützungsbereitschaft an Bedeutung gewonnen zu haben (Baringhorst 1998: 333f).

Protest hat nicht nur den Zweck, das politische System aufzuschrecken. Er erfüllt auch einen Selbstzweck: Den Protestierenden verschafft er ein besonderes Erlebnis. Außergewöhnliche Protestaktionen knüpfen an den Lebensstil einer jungen Generation an, die Spaß haben und sich persönlich entfalten möchte.

Zum Symbol der oben angesprochenen Studentenproteste wurde eine Verfremdung des Logos der Zigarettenmarke Lucky Strike in ‚Lucky Streik‘ – dieser Streik sollte offensichtlich Spaß machen (Frogier de Ponlevoy 2007). Bei der Silent Climate Parade, die in verschiedenen deutschen Städten stattfindet, tragen die Demonstranten Kopfhörer und tanzen zu ihrer eigenen Musik durch die Stadt (climateparade.org: News). In Amsterdam protestierten im September 1500 Menschen mit einer Tomatenschlacht gegen das russische Importverbot für westliche Agrarerzeugnisse (welt.de 2014).

Diese expressive Komponente von Protest ist nicht zu unterschätzen – wie sich zeigen wird, spielt sie auch eine wichtige Rolle im Rahmen der internetbasierten Protestkommunikation.

#### **4.6 Kritik oder: Gründe, die Massenmedien zu „hassen“**

Beispiele wie die erfolgreiche Brent-Spar-Kampagne von Greenpeace zeigen, dass Protestkommunikation und -aktionen durchaus eine große Resonanz erzeugen können. Mit ihrem Protest machen Bewegungen auf jene Probleme aufmerksam, die von dem politischen System nicht erkannt oder gar ignoriert werden. Manchmal gelingt es den Protestbewegungen sogar, Politik und Wirtschaft so sehr in Bedrängnis zu bringen, dass diesen nichts anderes übrig bleibt, als den Forderungen der Protestierenden nachzukommen. Soziale Bewegungen kommt auf diese Weise die wichtige Rolle zu, ‚blinde Flecken‘ der Politik sichtbar zu machen. Allerdings wird immer wieder hinterfragt, inwiefern ein nicht demokratisch gewählter Akteur berechtigt ist, Entscheidungen des politischen Systems zu erzwingen (Baringhorst 1998: 338 ff.). Zudem – und dies ist relevant für den vorliegenden Zusammenhang – stellt sich die Frage, inwiefern die Mittel der Protestkommunikation tatsächlich ihrem Anliegen gerecht werden können.

Protestbewegungen nehmen eine Sonderstellung innerhalb des gesellschaftlichen Systems ein: Sie ziehen innerhalb der Gesellschaft eine Grenze zu ihr und sind so in der Lage, sie quasi von außen zu beobachten. Aus diesem Grund ist es ihnen möglich, Prob-

leme wahrzunehmen, für die die Funktionssysteme blind sind. Zugleich sind sie strukturell an das Funktionssystem Massenmedien gekoppelt. Sie müssen „Lärm machen“, wenn sie eine breite Öffentlichkeit für ihre Überzeugungen gewinnen wollen. Dies gelingt mit einer plakativen Kommunikation, die sich an den massenmedialen Selektoren orientiert. Dies ist keinesfalls eine Besonderheit von Protestkommunikation – die etablierte Politik beispielsweise arbeitet mit ähnlichen Mitteln der „symbolischen Politik“ (Baringhorst 1998: 341). Diese Form der Kommunikation erleichtert dem breiten Publikum den Zugang zum Thema. Zugleich nimmt sie jedoch in Kauf, dass ein in der Regel sehr komplexer Sachverhalt „sachfremden Nachrichtenfaktoren“ (Baringhorst 1998: 341) angeglichen und dementsprechend stark vereinfacht wird.

Indem sich Protestbewegungen auf ein derart enges Bündnis mit den Massenmedien einlassen, geben sie ihre Sonderstellung, ihren „radikalen, gegenöffentlichen Charakter“ (Baringhorst 1998: 341) ein Stück weit auf. Dies zeigt sich auch an dem Umstand, dass Protest, der die Öffentlichkeit sucht, stets bemüht sein muss, dem Massenmediensystem selbst nicht zu nahe zu treten. Massenmedien sind ein Teil der Gesellschaft, die von Bewegungen kritisiert wird. Aus diesem Grund sind vor allem jene Proteste erfolgreich, deren Kritik gemäßigt, also insgesamt mit der bestehenden Gesellschaftsordnung vereinbar ist und nur auf die Veränderung konkreter Teilbereiche abzielt (Schmitt-Beck 1998: 480).

Ein weiterer Effekt der Zusammenarbeit mit Massenmedien auf Protestbewegungen wurde bereits erwähnt: Protestgruppen, die auf eine enge Kooperation mit den Massenmedien setzen, sind oft recht hierarchisch aufgebaut. Der Wunsch der Massenmedien nach offiziellen Ansprechpartnern kann ein Grund dafür sein. Ein anderer möglicher Grund ist der Folgende, den Baringhorst (1998: 342) in Bezug auf NGOs betont, der jedoch auch für Bewegungen allgemein gelten dürfte: Mediengerechte Aktionen erfordern häufig schnelles Handeln und Reagieren – langfristige Abstimmungsprozesse unter den Anhängern sind vor diesem Hintergrund eher hindernd. Die Meinung der Basis bleibt unter Umständen ungehört.

Protestbewegungen können ihre eigene Perspektive nicht mit allen dazugehörigen Konsequenzen verfolgen – sie müssen immer die Logik des Massenmediensystems mitdenken. Ihr gar nicht so „heimliches Bündnis“ mit den Massenmedien mildert ihre Kritik ab und verkürzt sie. Es fördert die Betonung des Spektakulären und hat einen Einfluss auf ihre internen Strukturen. Dabei besteht die Gefahr, dass die Aktionen der Protestierenden ihre Kritik überlagern; die Massenmedien berichten dann eventuell über Sitzblo-

ckaden auf Bahngleisen, aber nicht – oder nur am Rande – über den Anlass der Blockaden.

Die Operationsweise der Massenmedien erfordert Unterscheidungen nach den genannten Kriterien; gelingt es der Protestkommunikation nicht, ihre Kritik an medienrelevante Aktionen zu knüpfen, fällt diese aus der Berichterstattung heraus. Möglich ist auch, dass sich die Protestinszenierungen abnutzen. Da die Massenmedien aber einen anhaltenden Bedarf nach immer mehr Informationen erzeugen, können Protestaktionen oder gar ganze Bewegungen durch das Raster der Operationsweise der Massenmedien fallen – ganz abgesehen von jenen Bewegungen, die erst gar nicht auf dem Bildschirm der Massenmedien aufgetaucht sind.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Kopplung zwischen Protestbewegungen und Massenmedien stellt sich schließlich die Frage, ob Protestbewegungen nicht auch selbst der Gefahr unterliegen, blind zu werden gegenüber bestimmten Problemen funktionaler Differenzierung; nämlich dann, wenn sie nicht mediengerecht mit ihnen verfahren können.

Die obige Analyse hat beispielhaft anhand einiger Protestakteure und -aktionen gezeigt, dass Protestkommunikation häufig auf die Funktionsweisen der Massenmedien ausgerichtet ist – ein Vorgehen, das sich für beide Seiten als äußerst fruchtbar erweisen kann. Zugleich gibt es zahlreiche Kritikpunkte, die dieser Zusammenarbeit entgegengebracht werden können und die teilweise erklären, weshalb es für soziale Bewegungen im Sinne des titelgebenden Zitats dieser Arbeit erstrebenswert ist, selbst „zu den Medien zu werden“.

## **5. „...become the media“ – Protestkommunikation und das Internet**

Da politische Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften vor allem medial hergestellte Öffentlichkeit ist, sind Veränderungen der medialen Umwelt, wie etwa [...] die Einführung digitaler Medien für Charakter und Erfolg politischer Protestaktionen von außerordentlicher Bedeutung (Baringhorst 2009: 609 f.).

In der Analyse der Parallelen zwischen der Logik der Massenmedien und Protestkommunikation sind mit Occupy oder Campact auch solche Bewegungen oder Organisationen zur Sprache gekommen, die sich stark auf digitale Technologien stützen. Dies zeigt, dass Kommunikationsstrategien – Frames sowie Protestformen wie Demonstrationen –, die sich in Hinblick auf die Wahrnehmung durch die Massenmedien bewährt haben,

auch durch den Medienwandel nicht ‚ausgestorben‘ sind. Denn Massenmedien sind nach wie vor von zentraler Bedeutung für Protestbewegungen, auch für solche, die stärker mit digitalen Medien arbeiten.

In Rahmen einer Analyse von Webseiten von Anti-Corporate-Campaigns im deutschsprachigen Raum stellt Baringhorst (2009: 628) fest: „Offline-Aktivitäten bilden noch immer die zentrale Voraussetzung für die Erwähnung netzgestützter Kampagnen in den Massenmedien.“ Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass ein Mix aus Online- und Offline-Kommunikationen die übliche Praxis der heutigen sozialen Bewegungen ausmacht (Cammearts u.a. 2013: 3). So ist es möglich, dass potenziell Interessierte über das Internet für Straßendemonstrationen mobilisiert werden oder Protestgruppen sowohl Beiträge für ihre eigenen Webseiten als auch Pressemitteilungen für die Massenmedien veröffentlichen.

Zugleich ist zu beobachten, dass viele der klassischen Protestformen wie Sit-Ins oder Petitionen auf das Internet übertragen wurden. Auch wenn Protestgruppen das Internet für ihre Kommunikationen einsetzen – viele Formen der Protestkommunikation sind noch der Logik der ‚Offline-Welt‘ verhaftet. Dennoch wird hier davon ausgegangen, dass im Zusammenhang mit Internettechnologien Veränderungen oder Tendenzen zu einer ‚neuen‘ Form von Protestkommunikation zu beobachten sind.

Die Vielzahl der Publikationen zu der Frage nach dem Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und dem Internet belegt das große Forschungsinteresse an diesem Thema. Erklären lässt sich dieses Interesse zum Teil mit der Hoffnung, die dem Internet als demokratisierendem und partizipatorischem Medium entgegengebracht wird. In diesem Kontext rücken soziale Bewegungen in den Vordergrund, denn sie bilden ein System, innerhalb dessen Bürger sich aktiv in politische Prozesse einmischen können. Ihnen wird zugetraut, ein Gegengewicht zu den Strukturen des etablierten Politikbetriebs zu bilden und sich ‚von unten‘ für die Anliegen der Menschen einzusetzen.

Wie Cammearts u.a. (2013: 3) beklagen, bleibt es in der Forschungsliteratur jedoch häufig bei einer Betrachtung dieser neuen Möglichkeiten, die das Internet sozialen Bewegungen bietet – seltener geht es dabei um den Themenbereich Kommunikation. Um zu verstehen, wie soziale Bewegungen das Internet nutzen und welche Veränderungen diese Nutzung nach sich ziehen kann, ist es allerdings wichtig, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie soziale Bewegungen dieses Medium für ihre Kommunikation einsetzen.

Protestbewegungen brauchen Medien, um die Öffentlichkeit auf ihre Sache aufmerksam zu machen. In den vorangehenden Ausführungen ging es um das Verhältnis von Protestbewegungen und Massenmedien – eine für beide Seiten lukrative Beziehung, bei der allerdings das Machtgefüge zugunsten der Massenmedien verschoben ist. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurden und werden neue Medientechnologien im Zusammenhang mit Protestbewegungen mit großem Interesse betrachtet.

## **5.1 Was ist das Internet?**

Das Internet ist ein „weltweiter Verbund von Computernetzwerken, an den Millionen von Rechnern angeschlossen sind, die mithilfe eines einheitlichen Übertragungsstandards miteinander kommunizieren“ (Schweiger 2013a: 134), also ein ‚Netz der Netze‘. Diese Dezentralität ergibt sich aus dem Kontext der Entwicklung des ARPAnet in den 1960er Jahren – durch seine dezentrale Struktur sollte es auch im Falle eines Ausfalls einzelner Elemente aufrechtzuerhalten sein. Umgangssprachlich wird das Internet mit dem *World Wide Web* gleichgesetzt. Vielmehr ist es jedoch so, dass das Internet die technische Infrastruktur für Mediendienste wie das World Wide Web, aber auch für E-Mail oder Chat bereitstellt (ebd.). Der Begriff ‚World Wide Web‘ beschreibt ein System von über Hyperlinks miteinander verknüpften Webseiten, in die verschiedene digitale Inhalte wie Text, Bild und Video eingebettet werden können (Schweiger 2013b: 379). Jüngere Entwicklungen in diesem Bereich werden mit den Schlagworten *Web 2.0*, *Social Media* oder *Social Web* beschrieben. Das Web 2.0 zeichnet sich durch seine interaktiven Nutzungsmöglichkeiten aus. Bekannte Formate des Web 2.0 sind Social-Networking-Webseiten wie Facebook oder Twitter, das Videoportal YouTube, Blogs oder Podcasts (Neuberger 2013: 368).

Im Titel dieser Arbeit wurde der übergeordnete Begriff ‚Internet‘ gewählt, da er auch Dienste wie E-Mail oder Newsrooms umfasst, die durchaus relevant sind für soziale Bewegungen. Generell ist hier dieser Begriff jedoch auch im umgangssprachlichen Sinn gemeint. Eine besondere Bedeutung kommt in dieser Arbeit den Technologien des Web 2.0 zu.



## 5.2 Mehr Demokratie durch das Internet?

In Bezug auf neue Medientechnologien wurde immer wieder das Ideal eines partizipatorischen Mediums formuliert, eines, das dem Bürger die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs ermöglicht. So entwickelte Brecht im Rahmen seiner Radiotheorie die Idee, dass das Radio so umfunktioniert werden solle, dass es in der Lage ist „den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen“ (Brecht 1986: 129).

Mit dem Internet ist diese Idee möglich geworden: Der Empfänger ist zugleich Sender. Dementsprechend war mit der zunehmenden Verbreitung dieser Medientechnologie stets die Hoffnung auf eine Stärkung demokratischer Ideale verbunden – dies meint im Wesentlichen verbesserte Partizipationschancen der Bürger. Partizipation wird hier definiert als „die Möglichkeit, die eigenen Präferenzen zu formulieren und in den Entscheidungsprozeß einzubringen“ (Schultze 2005: 129). Dies setzt zum einen eine „aufgeklärte Öffentlichkeit“ (ebd.) voraus, zu der die verbesserten Möglichkeiten der Informationsversorgung durch das Internet, das einen kostengünstigen, schnellen und umfassenden Zugang zu Informationen jeder Art bietet, prinzipiell beitragen können. Eine weitere Voraussetzung ist die Möglichkeit zur wechselseitigen Kommunikation, die im Internet – im Gegensatz zur einseitigen Kommunikation der Massenmedien – gegeben ist (Grunwald u.a. 2005: 57).

Entsprechend dieser Erwartungen wurde das Internet als „global electronic agora“ (Castells 2003: 138) gepriesen; durch die Möglichkeiten der ‚many-to-many-Kommunikation‘ soll dieses Medium als „demokratischer Marktplatz“ (Grunwald u.a. 2005: 60) die Bürger zu einer aktiven Teilhabe am politischen Diskurs befähigen (Lindner 2005: 414).

Diese Überlegungen gipfelten teilweise in einer geradezu euphorischen Haltung zum Stellenwert digitaler Medien. So titelte die Zeitschrift *The Atlantic* in Bezug auf die Proteste in Iran 2009: „The Revolution Will Be Twittered.“ In dem Artikel hieß es: „You cannot stop people any longer. You cannot control them any longer. They can bypass your established media; they can broadcast to one another; they can organize as never before“ (Sullivan 2009). Der Begriff *Twitter Revolution* ist mittlerweile so geläufig, dass die englischsprachige Wikipedia einen gleichnamigen Eintrag verzeichnet, der sich auf regimekritische Proteste u.a. in Iran und während des Arabischen Frühlings bezieht.

Auch in der wissenschaftlichen Debatte war die Begeisterung über die neuen Medien teilweise so stark, dass van de Donk u.a. (2004a: xvii) einen „digital idealism“ beklagen.

Häufig werden diese Annahmen an soziale Bewegungen geknüpft: Ihnen wird zuge-  
traut, die demokratischen Defizite, die ‚blinden Flecke‘ des politischen Systems auszu-  
gleichen. Dabei haben sie gegen ihre mächtigen Gegner kaum etwas in der Hand als  
eine ihnen wohlgesonnene Öffentlichkeit, die sie fast ausschließlich über Medien errei-  
chen. Sie sind auf Medien angewiesen. Ein grundlegender Wandel in der Medienland-  
schaft, wie er durch die Einführung digitaler Technologien geschehen ist, muss dem-  
nach auch Protestbewegungen stark beeinflussen. Tatsächlich ist bewiesen, dass dieser  
Wandel bedeutender ist für zivilgesellschaftliche Gruppen als für etablierte Akteure des  
politischen Systems (van de Donk u.a. 2004b: 5).

Im weiteren Verlauf der Debatte um die demokratischen Potenziale des Internets wur-  
den die Erwartungen jedoch zunehmend gedämpft – auch in Bezug auf Protestbewe-  
gungen. Es wurde u.a. darauf verwiesen, dass das Internet bestehende gesellschaftliche  
Strukturen nicht überwinde, sondern verstärke. Wer bereits politisch aktiv sei, der werde  
auch die Potenziale des Internets nutzen. Diejenigen hingegen, die politisch kaum tätig  
waren, würden auch durch das Internet keine Aktivisten (Grunwald u.a. 2005: 55, Rucht  
2013: 260). Unter dem Stichwort *digital divide* wurde ferner davor gewarnt, dass eine  
wachsende Kluft bestehe zwischen jenen Personen, die das Internet nutzen und jenen,  
die keinen Zugang dazu haben (Rucht 2013: 260) beziehungsweise geringe Kompetenz  
in Bezug auf dieses Medium aufweisen (Schönberger 2004: 5). Auch wurde der Nutzen  
internetbasierter Protest- und Mobilisierungsformen angezweifelt sowie auf die unver-  
ändert zentrale Position der Massenmedien hingewiesen (Rucht 2013: 260).

In der Diskussion um die Potenziale des Internets für die politische Teilhabe von Bür-  
gern ist z.T. eine Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener Perspektiven zu  
beobachten: Auf der einen Seite besteht eine technikeuphorische Haltung, die davon  
ausgeht, dass die neuen Medien zu mehr Demokratie und politischer Partizipation der  
Bürger führen. Derartige Annahmen ziehen auf der anderen Seite immer wieder Gegen-  
darstellungen nach sich, in denen die Bedeutung des Internets relativiert oder sogar her-  
untergespielt wird (s.u.a. Rucht 2013; Gladwell 2010).

Nicht nur gilt dieser Konflikt zwischen diesen vermeintlich unvereinbaren Alternativen als „überholt“ (Dolata/Werle 2007: 13); er verschleiert auch den Blick für die tatsächliche Bedeutung des Internets für Protestbewegungen.

Proteste entstehen nicht einfach, weil es neue technische Möglichkeiten gibt – Medientechnik ist immer in einen gewissen sozialen Kontext eingebettet. Zugleich steht außer Frage, dass digitale Technologien das Potenzial haben, Protestkommunikation zu bereichern. Kavada (2012: 35) schlägt zur Betrachtung des Verhältnisses von Protestakteuren und Social Media einen „third way“ zwischen technologischem und sozialem Determinismus vor. Sie nimmt an, dass in der Beziehung zwischen Akteuren und Technologien „affordances“ entstehen, durch die bestimmte Online-Aktivitäten möglich werden:

Thus, the material or design characteristics of social media platforms enable and constrain their use by different actors. However, these affordances also depend on the skills, goals, and culture of their users (Kavada 2012: 35).

Das Internet bietet Protestgruppen konkrete Vorteile, die sie nach ihrem Können und ihren Bedürfnissen nutzen. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern die Nutzung der digitalen Möglichkeiten wiederum auf die Protestkommunikation wirkt, beziehungsweise, ob etwas ‚Neues‘ daraus entsteht.

Dementsprechend wird hier dem Vorschlag Schönbergers gefolgt, der drei Zugänge sieht, um die Bedeutung neuer Technologien für soziale Bewegungen zu untersuchen: Die strukturelle Nähe zwischen Internettechnologien und sozialen Bewegungen, die konkreten Vorteile, die diese Technologien mit sich bringen, sowie die „soziotechnischen Dispositive“ (Schönberger 2004: 12) des Internets und deren Konsequenzen für soziale Bewegungen. Diese Aspekte sollen im Folgenden beleuchtet werden. Auf dieser Grundlage soll schließlich erläutert werden, ob bzw. inwiefern sich eine internetspezifische Protestkommunikation entwickelt hat.

### **5.3 Die „Wahlverwandtschaft“**

Eine gängige Definition sozialer Bewegungen bezeichnet diese als „Netzwerke von Netzwerken“ (Neidhardt 1985: 197) – die Parallele zur Beschreibung des Internets als ‚Netz der Netze‘ hat zu der These geführt, dass eine „Wahlverwandtschaft“ (van de Donk u.a. 2004b: 6) zwischen sozialen Bewegungen und dem Internet besteht. Sowohl das Internet als auch neue soziale Bewegungen zeichnen sich durch eine dezentralisier-

te, nicht hierarchische Struktur aus, in der alles mit allem verknüpft ist, ohne dass ein konkretes Zentrum ausgemacht werden kann (Schönberger 2004: 12).

Es wurde bereits gesagt, dass viele neue soziale Bewegungen sich so stark auf digitale Medien stützen, weil diese Technologien ihren „ideological and organizational needs“ (van de Donk u.a. 2004b: 4) entgegenkommen. Traditionelle soziale Bewegungen, beispielsweise die Arbeiterbewegung, gingen für gewöhnlich aus relativ homogenen Milieus hervor, die eng an bestimmte Regionen und soziale Treffpunkte gebunden waren. Die neuen sozialen Bewegungen hingegen zeichnen sich in der Regel durch eine heterogene Anhängerschaft aus, die eher lose miteinander verbunden ist, deren Ideen sich aber über nationale Grenzen hinweg ausbreiten (ebd.). Während bei den traditionellen Bewegungen die Werte „unity, centralization, formality and strong leadership“ im Vordergrund stehen, richten neue soziale Bewegungen ihre Aktivitäten an Konzepten wie „diversity, decentralisation, informality and grassroot democracy“ (ebd.) aus – dies gilt auch für die neuen sozialen Bewegungen des Internetzeitalters. Mit diesen Bewegungen hat es darüber hinaus einen weiteren Wandel der internen Strukturen gegeben: Im Gegensatz zu ihren Vorgängern, den neuen sozialen Bewegungen, definieren sich die ‚neuen‘ neuen sozialen Bewegungen selten über Führungspersönlichkeiten und eine gemeinsame Ideologie, sondern über „more personal and fluid forms of association“ (Bennett 2004: 127). Den Grund für diesen Wandel sieht Bennett in der Art und Weise, wie in der gegenwärtigen Gesellschaftsform Identität organisiert wird:

In these visions of ‘late’ and ‘post’ modern society, identity becomes a personally reflective (and reflexive) project that is organized and expressed through often elaborately managed lifestyles. Through this process, personal identity narratives replace collective social scripts as the bases for social order. These narratives become interpersonal linkages as network organization begins to displace hierarchical institutions as primary membership and social recognition systems for individuals (Bennett 2004: 126).

Zuvor wurde bereits gesagt, dass das Individuum der funktional differenzierten Gesellschaft aus seinen „Primärbindungen“ herausfällt und von „Identitätssorge“ bedroht ist. Die Identität eines Menschen wird, wie Bennett sagt, zu einem Projekt, das sich in der Adaption bestimmter Lebensstile ausdrückt: Das Individuum bastelt sich seine Identität als Erzählung zurecht.

Diese „personal identity narratives“ bilden schließlich auch die Grundlage für die politischen Bindungen der Individuen. Verbindliche Mitgliedschaften in Parteien oder anderen Organisationen werden zunehmend unattraktiv für die jüngere Generation – politisches Engagement wird individualisiert und drückt sich aus als „an expression of perso-

nal hopes, lifestyles and grievances“ (Bennett/Seegerberg 2012: 743). Weniger als in etablierten Organisationen findet dieses individualisierte Politikverständnis seinen Ausdruck im Rahmen von „electronically managed affinity networks“ (2004: 127), die laut Bennett ein grundlegendes Element politischer Organisation sind (2004: ebd.).

Diese relativ unverbindliche Form der Vernetzung ermögliche es den Menschen, an mehr und unterschiedlicheren politischen Gemeinschaften teilzunehmen als in der nicht-virtuellen Welt (Bennett 2004: 127). Auch Castells (2003: 141) geht davon aus, dass Protest im Zeitalter des Internets recht unverbindlich und spontan stattfindet. Dieser Umstand ist der wesentliche Kritikpunkt in Gladwells vielbeachtetem Artikel „Small change. Why the revolution will not be tweeted“ (2010). Laut Gladwell sind diese „*weak ties*“ (Granovetter 1973), die durch das Internet möglich werden, keine stabile Grundlage für die Bildung einer sozialen Bewegung. Mit Bezug auf die Bürgerrechtsbewegung in den USA geht er davon aus, dass Personen nur dann das notwendige Engagement für Proteste entwickeln, wenn die Protestgruppe auf *strong ties* basiert. Diese Annahme lässt jedoch außer Acht, dass es gerade die *weak ties* sind, auf deren Grundlage sich Informationen optimal weiterverbreiten lassen – bei einer Verbreitung in auf *strong ties* basierenden Gruppen würden diese Informationen dort ‚stecken bleiben‘, wo die engen Bindungen aufhören. Diese Beobachtung lässt sich auf die Botschaften von Protestgruppen übertragen (Lehrer 2010). Die obigen Ausführungen haben zudem gezeigt, dass diese lockeren Netzwerke den Lebensweisen spätmoderner Gesellschaften entsprechen – das Internet ist das passende Kommunikationsmittel der jüngeren neuen sozialen Bewegungen, bei denen es weniger darum geht, bestimmten Personen oder Ideologien zu folgen, sondern entsprechend den persönlichen Identitätskonzepten und Neigungen Netzwerke mit Gleichgesinnten zu bilden und die „Erzählung der eigenen Identität“ an die Kommunikation dieser Netzwerke anzuknüpfen. Die Konsequenzen, die sich auf diese Weise für die Kommunikation sozialer Bewegungen ergeben, werden später genauer beleuchtet.

Dass soziale Bewegungen digitale Medien gemäß ihrer „ideological and organizational needs“ verwenden, bedeutet zugleich, dass in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen den Bewegungen, beziehungsweise zwischen den Akteuren innerhalb der Bewegungen bestehen. Unterschiedliche Wertvorstellungen und Auffassungen über die Ziele von Protest schlagen sich in unterschiedlichen Kommunikationsstrategien nieder, bei denen die partizipatorischen Potenziale des Internets unterschiedlich stark genutzt werden.

Unkonventionelle grassroots-Aktivisten werden eher dazu neigen, dezentrale und interaktive Kommunikationswege des Internets auszuschöpfen als eine formale, hierarchisch strukturierte Organisation wie eine Gewerkschaft (s. hierzu Kavada 2013). Die partizipatorischen Potenziale des Internets sind eben dies: Potenziale, die von Protestgruppen innerhalb eines Kontextes an Wertvorstellungen und Organisationsstrukturen genutzt werden oder nicht.

#### **5.4 Neue Möglichkeiten**

Tatsache ist, dass die neuen Medientechnologien sozialen Bewegungen konkrete Vorteile bieten. Durch das Internet wird es möglich, Inhalte mit relativ geringem technischen Aufwand und ebenso geringen Kosten abzurufen beziehungsweise zugänglich zu machen. Vor allem für finanziell schwache Protestgruppen stellt dies eine erhebliche Verbesserung gegenüber der Notwendigkeit dar, eigene Printerscheine drucken zu lassen. Zudem sind diese Informationen weltweit abrufbar und können stets aktualisiert werden (Schönberger 2004: 14).

Der Umstand, dass Inhalte im Internet relativ einfach zu erstellen und abzurufen sind, hat eine Reihe von Konsequenzen für die Internetnutzung von Protestbewegungen. Diese sollen im Folgenden vorgestellt werden. Zunächst sollen dabei einige Online-Protestformen zur Sprache kommen.

Van Laer und van Aelst (2010: 232 ff.) ordnen das „new digitalised action repertoire“ (2010: 232) sozialer Bewegungen in einer Typologie entlang der Kriterien: „Internet-supported“ und „Internet-based“ an. Diese Bereiche unterscheiden sie nochmals hinsichtlich des Grades an Engagement („high“ und „low threshold“). „Internet-supported“ beschreibt traditionelle Formen von Protest, deren Organisation durch das Internet erleichtert wird. „Internet-based“ hingegen meint Aktionen, die erst durch das Internet möglich werden (ebd. 233). Die von van Laer und van Aelst aufgelisteten Aktivitäten, die durch das Internet unterstützt werden, sind (mit aufsteigendem Engagement): Das Spenden von Geld, Konsumverhalten (im Sinne von Webseiten, die Konsumenten mit Informationen über Produkte versorgen), legale Demonstrationen, internationale Demonstrationen und Treffen, Sit-Ins und Besetzungen sowie gewalttätige Aktionen bzw. Vandalismus. Auf digitalen Technologien basierende Aktionen sind (ebenfalls mit aufsteigendem Engagement): Online-Petitionen, E-Mail-Bomben, Virtuelle Sit-Ins, Pro-

testwebseiten und alternative Medien (wie Indymedia), Culture Jamming und Hacktivism.

„E-Mail-Bombing“ beschreibt einen Vorgang, bei dem auf einen Schlag zahlreiche E-Mails an einen Empfänger geschickt werden, um dessen Server lahmzulegen. Ähnlich funktionieren virtuelle Sit-Ins: Hier greifen zahlreiche Menschen zugleich auf Informationen von einer bestimmten Webseite zu mit dem Ziel, sie abstürzen zu lassen (ebd. 241 f.). Culture Jamming zielt in der Regel auf Werbung ab: Logos und Slogans von Unternehmen werden so verfremdet, dass die eigentliche Botschaft verändert wird – meist mit dem Ziel, das jeweilige Produkt zu kritisieren (ebd. 243).

Der Begriff „Hacktivism“ beschreibt Aktionen, bei denen Online-Protest darauf basiert, dass sich die Aktivisten in fremde Computersysteme einhacken. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von Viren oder andere Attacken auf Server (ebd. 244).

Wie auch bei Aktionen, die offline stattfinden, gibt es bei allen genannten Aktivitäten Vor- und Nachteile, die hier nicht im Einzelnen erörtert werden können. Exemplarisch sei auf den häufig formulierten Einwand verwiesen, dass Aktionen wie das E-Petitioning aufgrund ihres geringen Einsatzes von Seiten der Protestierenden kaum ernst genommen würden. Die Adressaten von Protest sowie die generelle Öffentlichkeit ließen sich deutlich stärker von Aktionen beeindrucken, die mehr persönlichen Einsatz fordern als einen Mausklick (Rucht 2004: 51). *Slacktivism* wird diese Art der Protestform auch genannt – diese Bezeichnung bringt die geschilderten Vorbehalte auf den Punkt. Hier zeigt sich allerdings, dass politischer Protest nach wie vor an den Maßstäben der Offline-Welt gemessen wird – die Unterschrift einer E-Petition wird mit dem Aufwand verglichen, der z.B. durch die Teilnahme an einer Demonstration entsteht.

Oben wurde bereits beschrieben, dass die Art und Weise, mit der Menschen an Protesten teilnehmen, sich verändert hat: Protestakteure formen lose Netzwerke, deren Mitgliedschaft eher unverbindlich, spontan und individuell ist. Dieser *slacktivism* ist möglicherweise der Ausdruck einer politischen Haltung, wie sie im Zeitalter der losen Netzwerke nun einmal zu finden ist.

Auch wenn van Laer und van Elst die letztgenannten Protestaktionen als „Internet-based“ bezeichnen – viele dieser Aktionen gab es bereits, bevor Internettechnologien verfügbar waren. Im Falle des Culture Jamming räumen sie dies selbst ein, fügen aber an, dass das Internet die Möglichkeiten zu dieser Protestform deutlich verbessert hat

(242). Selbiges gilt für Petitionen und alternative Medien. Die Bezeichnung „virtuelle Sit-Ins“ verrät bereits, dass dies nur eine virtuelle Variante einer politischen Protestaktion der nicht-virtuellen Welt ist. Auch Protestwebseiten sind, wenn sie die Potenziale des Internets nicht ausschöpfen, kaum mehr als ein digital verfügbares Flugblatt. Schönberger (2004: 77 ff.) warnt vor einer bloßen Übertragung von Offline-Aktionen in den digitalen Bereich, da auf diese Weise das „soziale Potenzial netzbasierter Kommunikation“ (ebd. 10) nicht ausreichend genutzt werde. Die Geschichte der Medientechnik habe gezeigt, dass Übertragungen von Praktiken von einem ‚alten‘ zu einem ‚neuen‘ Medium für Letzteres langfristig wenig relevant war. Für eine sinnvolle Nutzung der digitalen Technologien sei daher entscheidend, „dem soziotechnischen Potenzial der IKT<sup>7</sup> adäquate Nutzungsweisen zu entwickeln und zu fördern“ (Schönberger 2004: 10). Oben wurde gesagt, dass die Potenziale des Internets zu mehr Partizipation der Bürger in den Möglichkeiten zur Information und interaktiven Kommunikation liegen. Wie machen soziale Bewegungen von diesen Möglichkeiten Gebrauch?

#### **5.4.1 Information**

Das Internet erleichtert die Bereitstellung von und den Zugang zu Informationen. Es ermöglicht einen ‚free flow of information‘; Informationen können sich freier verbreiten, denn sie unterliegen nicht den Konventionen und Selektionsmechanismen der Massenmedien (Bennett 2004: 141).

Im Kampf um die Deutungshoheit einer Situation sind Informationen ein wesentliches taktisches Mittel, um die Öffentlichkeit von der eigenen Perspektive zu überzeugen. Im Internet können Protestbewegungen auch jene Informationen verbreiten, die von den Massenmedien nicht aufgegriffen (van de Donk u.a. 2004b: 19) oder die bewusst unter Verschluss gehalten werden (Schönberger 2004: 16 f.). Vor allem NGOs setzen gezielt auf diese Strategie der Informierung, ebenso wie das Netzwerk Attac, das sich selbst als „Bildungsbewegung“ (Attac: Bildungsangebot) bezeichnet. Ein wesentlicher Teil der Kommunikationsstrategie von Attac basiert darauf, den Menschen Informationen zu bieten, zu denen sie sonst keinen Zugang hätten (Schönberger 2004: 20 ff.). Internetauftritte von Protestgruppen werden auf diese Weise zu alternativen Medien, die Informationen und Perspektiven bieten, die in den Massenmedien unberücksichtigt bleiben.

---

<sup>7</sup> Informations- und Kommunikationstechniken.



### 5.4.2 Interaktive Kommunikation

Die obigen Ausführungen haben das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und neuen Medien sowie die Möglichkeiten dieser Medien für die Kommunikation sozialer Bewegungen beleuchtet. Damit ist aber noch nicht beschrieben, worin sich das Internet signifikant von den Massenmedien unterscheidet. Mit anderen Worten: Warum ist das Internet kein Massenmedium? Dieser Frage soll mit Luhmanns Definition eines Massenmediums begegnet werden. Danach sind solche Medien Massenmedien, bei denen aufgrund ihrer Verbreitungstechnologie eine Kontaktunterbrechung zwischen Medium und Publikum vorliegt – es ist keine Interaktion zwischen Sender und Empfänger gegeben. Massenmedien und Publikum können nicht direkt miteinander kommunizieren – beziehungsweise müssen nicht, um die Kommunikation des Massenmediensystems aufrechtzuerhalten (Luhmann 2009: 26). Das Publikum ist in diesem System eine anonyme Masse, die auf dem Bildschirm der Medien lediglich in Form von Quoten erscheint.

Hierin liegt der Unterschied zum Internet – es ermöglicht eine Interaktion zwischen Sender und Empfänger. Brechts für das Radio formulierter Gedanke eines Zuhörers, der auch sprechen kann, ist mit dem Internet Realität geworden. Der Internetnutzer ist Konsument und Produzent zugleich, der Inhalte entsprechend dem eigenen Interesse abrufen und zugleich Beiträge verfassen, auf Inhalte reagieren, sich mit anderen Nutzern austauschen kann. So stellt Luhmann in einem Interview fest: „Das Internet mit seinen Kommunikationsmöglichkeiten ist [...] kein Massenmedium, denn es ist ja gerade keine einseitige technische Kommunikation, sondern kann individuell genutzt werden“ (Laurin/Luhmann: 2008).

Das Internet ist ein interaktives Medium. Zwar gibt es auch hier massenmediale Angebote, beispielsweise die Online-Ausgaben von Printzeitungen oder Fernsehprogrammen, bei denen eine direkte Interaktion mit dem Publikum nicht erforderlich ist – auch wenn Rückmeldungen von Seiten der Leser deutlich vereinfacht werden, unter anderem durch die Kommentarfunktion von Artikeln. Doch online gibt es weitaus mehr Angebote als die der etablierten Medienhäuser. Die Funktionsweise der Angebote des Web 2.0 basiert darauf, dass Nutzer aktiv auf Medienangebote reagieren und selbst Beiträge oder Videos erstellen und hochladen. Social-Media-Plattformen wie YouTube, Facebook oder Twitter leben allein davon, dass seine Nutzer Medieninhalte ‚ liken ‘ oder kommentieren, mit anderen teilen und eigenständig hinzufügen. Mit relativ geringem Aufwand ist es auch möglich, ein eigenes Blog zu betreiben und die eigenen Gedanken öffentlich zugänglich

zu machen. Ein Vorgang, der vor der Verfügbarkeit digitaler Technologien nur durch großen Aufwand möglich war, beispielsweise durch das Drucken eigener Zeitungen.

Die Kontaktunterbrechung, die für die Massenmedien konstitutiv ist, kann durch das Internet überwunden werden. Natürlich benötigt es dazu bestimmte Kompetenzen; man muss wissen, wie man einen Beitrag ‚postet‘ oder wie man einen Hashtag einsetzt. Dennoch ist die Hürde, in den öffentlichen Diskurs einzutreten, durch das Internet deutlich gesunken.

Für die Anhänger oder Sympathisanten von Protestbewegungen bedeutet dies, dass sie aktiv an Protestkommunikation teilhaben können. Sie können ihre Meinung zu politischen Themen bei Twitter oder auf der Webseite einer Organisation oder Bewegung äußern, können sich über Facebook mit anderen Aktivisten oder Sympathisanten vernetzen, können bei YouTube Videos von Demonstrationen hochladen und kommentieren oder einen Protestslogan ‚teilen‘. Den Gruppierungen und Organisationen innerhalb von Protestbewegungen oder –kampagnen kommt dabei die Aufgabe zu, Interaktivität zu ermöglichen und Mitstreiter zu ermutigen, aktiv zu werden. Dabei kann es deutliche Unterschiede zwischen unterschiedlichen Gruppierungen geben, sogar innerhalb einer Bewegung.

Nicht selten wird kritisiert, dass Protestgruppen den Besuchern ihrer Webseiten nicht oder nur in sehr eingeschränktem Rahmen die Möglichkeit zur Interaktivität bieten (Baringhorst 2009: 625; Schönberger 86 ff.; Rucht 2013: 260) – dies zeigt, dass der Gedanke von gleichberechtigter Kommunikation innerhalb sozialer Bewegungen nicht immer konsequent im Internet praktiziert wird.

Ein Gegenbeispiel bietet in diesem Zusammenhang die Plattform Indymedia, deren Slogan im Titel dieser Arbeit zitiert wird. Indymedia ist ein viel beachtetes (s. u.a. Baringhorst 2009: 619 ff.; Mischerikow 2009: 21; Wall 2003; Wright 2004: 82) Beispiel für die Möglichkeiten der neuen Medien im Hinblick auf die Aspekte Information und Interaktivität.

### **5.4.3 Ein Beispiel: Indymedia**

Indymedia ist ein von Protestgruppen entwickeltes alternatives Informationsnetzwerk, das laut eigener Aussage eine „offene, nichtkommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen“ bietet (Indyme-

dia: Mission Statement). Die Entstehung der Plattform begründen ihre Macher wie folgt:

Seit dem Ende des kalten Krieges ist es zu einer nie dagewesenen Zusammenballung etablierter Medienmacht gekommen. Medienkonzerne verbreiten über unzählige Kanäle ihre vielfach durch politische u./o. wirtschaftliche Interessen gefärbten Informationen und konstruieren somit Kraft ihrer Definitionsmacht ein Bild der Realität, das teilweise in krassem Gegensatz zu einer von vielen Menschen ganz anders erlebten Wirklichkeit steht. Dies erschwert weltweit die Arbeit verschiedenster AktivistInnengruppen, deren Einsatz für mehr Gerechtigkeit von den großen [sic!] Medien systematisch übersehen und deren Anliegen u. Aktivitäten gefiltert, verzerrt oder gar nicht dargestellt werden - solange es nicht ‚ins Bild passt‘ (ebd.).

Indymedia kam beim „Battle of Seattle“, den massiven Protesten im Rahmen der Ministerkonferenz der World Trade Organisation in Seattle 1999, zum ersten Mal zum Einsatz. Während der Proteste bot Indymedia eine alternative Medienplattform, die in Form von Fotos, Videos und Artikeln über die Ereignisse informierte. Indem die Aktivisten auf Indymedia ihre eigene Version der Proteste verbreiteten, konnte die Seite ein Gegengewicht zur Deutungsmacht der Massenmedien bilden. Als „Vorläufer des Web 2.0“ (Mischerikow 2009: 250) basierte Indymedia schon damals auf einer Open-Publishing-Software, die es jedem Interessierten erlaubt, eigene Beiträge auf die Seite zu stellen und die Beiträge der anderen zu kommentieren. Im Laufe der kommenden Jahre bildeten sich weltweit Indymedia-Ableger – die deutsche Seite existiert seit 2001. Die Aussagen eines der Indymedia-Organisatoren unterstreichen die obigen Ausführungen zur strukturellen Nähe zwischen Protestgruppen und den neuen Medien: Er beschreibt Indymedia als „decentralised“ und als auf einer „affinity group“-Struktur basierend (zit. n. Wall 2003: 43). Die „globale Vernetzung von unten“ (Mischerikow 2009: 126) ist dementsprechend ein weiteres Ziel von Indymedia.

Indymedia ist ein Beispiel dafür, wie das interaktive Potenzial digitaler Technologien genutzt werden kann. Es bietet den Bürgern nicht nur den Zugang zu Informationen abseits der Massenmedien, es ermutigt sie auch, selbst aktiv zu werden – indem sie sich mit anderen vernetzen und vor allem, indem sie selbst zu Medienproduzenten werden. Dies meint der Slogan: „Don’t hate the media, become the media“.

Bisher konnte gezeigt werden, dass sich sozialen Bewegungen durch das Internet zahlreiche neue Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen – auch wenn diese Potenziale häufig ungenutzt bleiben, etwa da, wo lediglich Offline-Protestformen für das Internet adaptiert werden. Indymedia hingegen ist ein Beispiel für eine Internetplattform, die die

spezifischen Potenziale des Internets, also seine Möglichkeiten zur Interaktivität, ausschöpft.

Nicht zur Sprache gekommen ist im Zusammenhang mit digitalen Medien bisher eine für Protestkommunikation zentrale Strategie: das Framing. Es wurde bereits beschrieben, welche grundlegende Bedeutung dem Framing einer Protestbewegung zukommt: Demonstrationen, Petitionen, Besetzungen – all diese Protestformen laufen ins Leere, wenn nicht zunächst eine Deutung der Situation und ihrer Lösungswege vorgenommen wird. Aus diesem Grund wurde und wird dem Framing in dieser Arbeit ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Ohne die Untersuchung inhaltlicher Prozesse von Protestkommunikation im Internet bliebe diese Betrachtung oberflächlich.

## **5.5 Das „Mediendispositiv Internet“<sup>8</sup> oder: Gibt es eine internetspezifische Protestkommunikation?**

Wenn Dich jemand fragt, wer hinter diesem Aufruf steht, weißt du, was du antworten kannst: ‚Ich‘ – Weil [sic] es das ist, was wir brauchen, Menschen, die sich die Welt selbst wieder zu eigen machen, ohne Parteien, Gewerkschaften oder Gruppen, die ihnen sagen, was sie tun sollen [...] (echte demokratie jetzt).

Zuvor wurde mit Schönberger festgestellt, dass die viel beschworene Internetnutzung sozialer Bewegungen sich häufig darauf beschränkt, Offline-Praktiken wie Petitionen oder Sit-Ins ins Internet zu übertragen. Die Gefahr dabei ist, dass das Potenzial digitaler Medien für Protest nicht voll ausgeschöpft wird – ihre spezifische Funktionsweise bleibt unberücksichtigt. So stellt sich nun die Frage, wodurch sich Protestkommunikation auf inhaltlicher Ebene auszeichnet, wenn sie online geschieht. Werden auch hier lediglich die Frames, die sich in Zusammenarbeit mit den Massenmedien als erfolgreich erwiesen haben, online umgesetzt? Oder bildet sich etwas Neues, ist so etwas wie ein internetspezifisches Framing zu beobachten?

### **5.5.1 Intern und extern**

Das Potenzial digitaler Medien liegt vor allem in der Möglichkeit zur Interaktivität – wird diese Möglichkeit genutzt, ergeben sich daraus zahlreiche Konsequenzen für Protestkommunikation. Eine davon ist, dass Kommunikation nicht mehr klar in intern und extern zu unterscheiden ist.

---

<sup>8</sup> Schönberger 2004: 77.

Das Thema dieser Arbeit ist die Kommunikation, mit der soziale Bewegungen auf sich und ihre Anliegen aufmerksam machen. Gemäß der üblichen Unterscheidung handelt es sich dabei um externe Kommunikation, also jene, mit der soziale Bewegungen mit ihrer Umwelt – dem politischen System, potenziellen Anhängern, usw. – vor allem über die Massenmedien kommunizieren. Interne Kommunikation hingegen beschreibt die Kommunikation der Aktivisten untereinander, die nicht ‚nach außen‘ dringt. Mit der digitalen Kommunikation verschwimmen diese Grenzen. Rucht (2004: 51) schreibt dazu: „[...] in the case of the internet, the convenient distinction between media that are internal and external to social movements is no longer valid.“

Natürlich können Aktivisten sich nach wie vor unter Ausschluss der Öffentlichkeit austauschen, vernetzen und gegenseitig informieren. Aber Äußerungen, die z.B. in Foren oder in sozialen Netzwerken getätigt werden, können prinzipiell von der Außenwelt wahrgenommen werden. Was im Rahmen einer sozialen Bewegung an Kommunikation geschieht, wird nicht mehr zwangsläufig von wenigen, zentralen Personen festgelegt (Schönberger 2004: 86) – jeder kann sich an der Diskussion zu einem Thema beteiligen, kann seine persönliche Meinung äußern. Natürlich war dies auch vor der Zeit des Internets möglich, allerdings war damit weitaus mehr Aufwand verbunden, was die Hemmschwelle, sich an Protestkommunikation zu beteiligen, deutlich erhöhte – man denke etwa an die Versuche, auf einem Schild bei Demonstrationen seine Botschaft verbreiten zu wollen. Diese Entwicklung bedeutet aber auch, dass Protestkommunikation spontaner und weniger strategisch wird.

Oben wurde bereits auf die Auswirkungen der gesellschaftlichen Individualisierung für politisches Engagement eingegangen: Die junge Generation ist geprägt von einem Verständnis politischer Teilhabe, das nicht oder nur schwer mit einer Mitgliedschaft in einer Partei, Gewerkschaft oder einer ähnlichen etablierten politischen Organisation vereinbar ist. Politisches Engagement wird als individuelle Angelegenheit verstanden, die Ausdruck von persönlichen Lebensentwürfen, Empfindungen und Ansichten ist. So nimmt auch Luhmann (2006: 201) an:

[...] das Neue an den „neuen sozialen Bewegungen“ könnte darin liegen, daß sie von veränderten Individualitätssituationen auszugehen haben oder sich geradezu ihnen verdanken, nämlich Individuen, die individuell auf Identitätssuche sind – massenhaft und trotzdem je für sich.

Diese paradoxe Form des ‚Zusammenseins‘ ist möglich in losen, auf *weak ties* basierenden Netzwerken. Diese hat es auch schon vor der Verbreitung des Internets gegeben,

doch erst mit dem Internet erhalten diese Netzwerkstrukturen ihre vollständige mediale Entsprechung: Die technische Grundlage des Internets ist die weltweite Vernetzung von Computern, was wiederum erst die Online-Vernetzung der Menschen ermöglicht (Bleicher 2010: 9). Bennett und Segerberg (2012: 744) sprechen den Internettechnologien einen zentralen Stellenwert für die Bildung von Netzwerken zu:

These networks are established and scaled through various sorts of digital technologies that are by no means value neutral in enabling quite different kinds of communities to form and diverse actions to be organized, from auctions on eBay to protests in different cultural and social settings.

Es gilt hier im Blick zu behalten, dass es der soziale Kontext ist, in dem diese technischen Möglichkeiten ihre Bedeutung entfalten – die Existenz etwa des Kurznachrichtendienstes Twitter allein bringt die Menschen nicht auf die Straße. Aber Medientechnologien schaffen die Infrastruktur, auf deren Grundlage sich relativ lockere Netzwerke von Menschen bilden können, die bestimmte Lebensentwürfe, Überzeugungen oder Bedürfnisse teilen. Diese Entwicklung hin zur Individualisierung bedeutet nicht, dass Menschen nicht in großer Zahl an politischen Aktivitäten teilnehmen – die Mobilisierung dazu erfolgt allerdings eher über den individuellen Ausdruck als über eine gemeinsam geteilte Ideologie (Bennett/Segerberg 2012: 744) und ist darüber hinaus weniger verbindlich als die Mitarbeit in Organisationen.

Es wurde bereits gesagt, dass zwischen sozialen Bewegungen und dem Internet eine „Wahlverwandtschaft“ besteht – beide Phänomene werden als Netzwerke beschrieben. Im Rahmen seiner Betrachtung des „Mediendispositivs Internet“ zitiert Schönberger (2004: 77) einige Aktivisten, die bereits Ende der 1990er Jahre feststellten, dass die besonderen Vorteile des Internets für Protestgruppen in seiner netzwerkartigen Struktur liegen. Anstatt lediglich Offline-Praktiken in digitale Formen umzuwandeln, sollten Aktivisten laut Schönberger diese neuen Strukturen nutzen, um flexible, horizontale Kommunikationsnetzwerke zu bilden (ebd.).

Diese Idee ist nicht erst durch das Internet entstanden – wie oben beschrieben, zeichnen sich die neuen sozialen Bewegungen gerade durch diese horizontale Netzwerkstruktur aus, und auch Bewegungen wie Occupy Wall Street organisieren diese gleichberechtigte Form von Kommunikation nicht nur über das Internet, sondern über den Austausch in Kleingruppen und Generalversammlungen (Blumenkranz, u.a. 2011: 8; 92). Doch bietet die Vernetzung über das Internet eine völlig andere Reichweite; persönliche Treffen

sind nicht unbedingt nötig, so dass Kommunikation global stattfinden kann. Auch können durch digitale Medien jene Personen in den Kommunikationsfluss einer Bewegung integriert werden, für die der Beitritt zu einer Gruppe (ob hierarchisch organisiert oder nicht) oder die Teilnahme an Demonstrationen eine zu große Hemmschwelle darstellen würde. Durch die digitale Kommunikation verschwimmen die Grenzen zwischen intern und extern, zwischen privat und öffentlich (Bennett/Seegerberg 2012: 752): Die persönliche Meinung, geteilt auf der Facebook-Seite eines Freundes, kann öffentlich wahrgenommen und zu einem Bestandteil der Kommunikation einer sozialen Bewegung werden.

Vor der Zeit des Internets waren soziale Bewegungen in ihrer Kommunikation fast ausschließlich auf die Massenmedien angewiesen. Deren Logik erforderte die Ernennung von Sprechern und die Formulierung klarer Positionen. Beides verlangte einen gewissen organisatorischen Aufwand: Ein Sprecher muss ausfindig gemacht werden, Positionen müssen verhandelt, etwaige Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Protestgruppe überwunden werden (Bennett/Seegerberg 2012: 744; 751). Im Internet können Protestakteure und Sympathisanten von Bewegungen sich jedoch auch unabhängig von den Massenmedien äußern. Ohne deren Funktionsweise berücksichtigen zu müssen, können die Menschen ihre Meinung spontan und individuell vertreten.

Auch wenn die Massenmedien nach wie vor wichtig für die Abbildung der Protestthemen in der Öffentlichkeit sind – die generelle Kommunikation von Bewegungen geht darüber hinaus. Wenn eine Studentin ihre Meinung auf ein Blatt Papier schreibt und unter dem Slogan „We are the 99 percent“ online teilt, ist dies ebenso Protestkommunikation wie die Aussagen von Demonstranten, die in der New York Times zitiert werden. Erstere Aktion findet vermutlich weniger Resonanz in der Öffentlichkeit – und dennoch ist sie Teil der öffentlichen Kommunikation, die innerhalb des Frames der Occupy-Wall-Street-Bewegung stattfindet.

### **5.5.2 Connective action**

Laut Bennett und Seegerberg (2012: 762) lassen sich wesentliche Elemente aktueller Protestbewegungen (z.B. der internationale Protest gegen den Klimawandel, der arabischen Frühling oder die Occupy-Wall-Street-Bewegung) nicht vollständig verstehen, wenn man sie lediglich mit dem klassischen Konzept der *collective action* erfassen will – die oben beschriebenen Entwicklungen machten es erforderlich, von einem neuen Konzept von Protestkommunikation zu sprechen: der „*logic of connective action*“.

Zur Klärung dieses Begriffs ist eine Gegenüberstellung mit dem der *collective action* hilfreich, der bereits in Bezug auf die Framingstrategien von sozialen Bewegungen erläutert wurde. Die Teilhabe an *collective action* erfordert für gewöhnlich den Anschluss an eine etablierte Protestgruppe und deren Ideologie (ebd. 746). Der Schwerpunkt der Protestkommunikation (ebd. 756) liegt auf den *collective action frames* – mit Snow und Benford wurde bereits gesagt, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, bei dem Anhänger sozialer Bewegungen sich auf einen *gemeinsamen* Frame festlegen, innerhalb dessen sich die Protestkommunikation zu einem bestimmten Thema bewegt. Diese Frames benennen das Problem sowie Verantwortliche, einen Plan und Gründe, aus denen sich die Menschen den Protesten anschließen sollten (Snow/Benford 2000: 615 ff.). Als Beispiel für *collective action framing* nennen Bennett und Segerberg eine Protestkoalition eher radikaler Gruppen, die sich für Proteste anlässlich des Treffens der G20 in London 2009 unter dem Namen ‚G20 Meltdown‘ gebildet hat. G20 Meltdown macht die Gruppe der Banker und die G20 als Stellvertreter des Kapitalismus verantwortlich für eine globale wirtschaftliche, politische und ökologische Krise und fordert eine Abkehr vom Kapitalismus. Der von dieser Koalition organisierte Protestmarsch unter dem Namen ‚Storm the Banks‘ wurde angeführt von Reitern, den ‚Horsemen of the Apocalypse‘, mit deren Hilfe die Stadt ‚zurückerobert‘ werden sollte (Bennett/Segerberg 2011: 779). Die Gruppe sprach auf ihrer Webseite ausdrücklich Menschen an, die unter den Folgen der Finanzkrise leiden: „Lost your home? Lost your job? Lost your savings or your pension? *This party is for you!*“ (zit. n. Bennett, Segeberg 2011: 780, Hervorhebung im Original.)<sup>9</sup> Die klare Zuschreibung von Verantwortlichkeit, der Protestmarsch als Spektakel, die Inszenierung eines Konflikts – dieser Protest weist einige von den zuvor beschriebenen, auf die Massenmedien ausgerichteten Kommunikationsstrategien auf. Hierbei handelt es sich um einen Frame, mit dem sich G20 Meltdown deutlich positioniert: Als Problem benennt die Gruppierung ökologische und wirtschaftliche Krisen, als Ursache dafür den Kapitalismus, gegen den man mit den Protesten ein Zeichen setzen muss. Diese klare Positionierung fordert von den potenziellen Unterstützern, ebenso deutlich Position zu beziehen, also sich dem kollektiven Frame anzuschließen – oder ihn abzulehnen (Bennett/Segerberg 2012: 780). Verstärkt wird dieser Effekt durch die Dramatisierung der Situation: Bennett und Segerberg (2011: 779) bezeichnen die Inszenierung des Protestmarsches als „dramatic larger-than-life narrative“.

---

<sup>9</sup> Die Webseite ist nicht mehr aktiv.



Die *logic of connective action* hingegen basiert entsprechend der Entwicklung zu einer individualisierten Gesellschaft auf den „personal identity narratives“ (Bennett 2004: 126) der Protestierenden. Bei diesem Konzept geht es weniger um das Formulieren eines *gemeinsamen* Frames, als um die individuelle Kommunikation, die persönlichen Ansichten der Menschen – Bennett und Segerberg sprechen in diesem Zusammenhang von *personal action frames*, politischen Gedanken, die von zahlreichen Menschen akzeptiert werden können, eben weil sie eine individuelle Ebene ansprechen. Netzwerke, die auf dieser Logik basieren, sind eher unverbindlich und flexibel; sie benötigen weder eine geregelte Koordination durch eine Organisation, noch die Konstruktion einer gemeinsamen Identität im Sinne eines ‚Wir‘ (Bennett/Segerberg 2012: 748).

Bennett und Segerberg (2012: 744) benennen zwei Elemente personalisierter Kommunikation, die sie für Netzwerke, denen die *logic of connective action* zu Grunde liegt, als besonders bedeutsam erachten: die *personal action frames* sowie die digitalen Technologien, die es ermöglichen, diese Frames zu teilen. Dieses ‚Teilen‘ (im Sinne von mitteilen *und* veröffentlichen, ‚posten‘) führt häufig zu weiterer Personalisierung, denn der Personenkreis in sozialen Netzwerken wie Facebook basiert in der Regel auf dem individuellen Netzwerk einer Person (ebd.: 744). Dieses Teilen bezeichnen Bennett und Segerberg (2012: 760) als „Herzstück“ der *connective action*, denn nur auf diese Weise könnten sich politische Aktionen und Inhalte online weiterverbreiten – ihr Erfolg verdankt sich der interaktiven Vernetzung der Menschen.

Bennett und Segerberg nennen verschiedene Beispiele für *connective action*, von denen zwei hier aufgegriffen werden sollen: Während der Proteste im Rahmen des G20-Treffens in London gab es mit Put People First (PPF) eine weitere Protestkoalition, die deutlich erfolgreicher war als G20 Meltdown. Diese Koalition setzte sich zusammen aus bekannten NGOs wie Oxfam, Friends of the Earth, Save the Children und World Vision (Bennett/Segerberg 2012: 740). Teil der PPF-Kampagne war ein Protestmarsch, an dem sich etwa 35.000 Menschen beteiligten. Diese NGOs hatten einen deutlichen Anteil an der Mobilisierung der Protestteilnehmer – Bennett und Segerberg weisen jedoch darauf hin, dass sie eher im Hintergrund agierten und darauf verzichteten, einen *collective action frame* vorzugeben. Ebenso zurückhaltend waren die Organisationen damit, das Zustandekommen der Proteste als eigene Leistung zu kennzeichnen. Stattdessen setzte die Protestkoalition auf „easy-to-personalize action themes“ und digitale Medien (ebd.

2012: 742). Hier zeigt sich ein deutlicher Gegensatz zu den konventionelleren Protestakteuren, für die oben mit Baringhorst (1998: 333) festgestellt wurde, dass ihre Kommunikation darauf ausgerichtet sein sollte, dass bestimmte Protestaktionen oder -botschaften ausdrücklich ihnen ‚gehören‘.

Bereits der Name ‚Put People First‘ formuliert den Frame der Kampagne: An erster Stelle stehen die Menschen und ihre Anliegen. Auch diese Koalition kritisiert ein „financial model that has created an economy fuelled by ever-increasing debt, both financial and environmental“ (Put People First); auf der Webseite findet sich ein Katalog an recht detaillierten Forderungen u.a. nach der Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltsektor und einer Demokratisierung der Strukturen der Weltbank (Put People First: About Us). Die Protestanliegen sind also durchaus klar formuliert, jedoch weniger dogmatisch als die von G20 Meltdown; sie erfordern von den Mitstreitern der Proteste nicht, sich der Überzeugung anzuschließen, dass das Wirtschaftssystem als Ganzes abgelehnt werden sollte. Viel deutlicher als die Problemdiagnose und die Forderungen steht jedoch die Botschaft ‚Put People First‘ im Vordergrund – Bennett und Segerberg (2011: 9 f.) konnten nachweisen, dass dies die häufigste Wortgruppe auf der Webseite der Protestkoalition ist. Dieser Frame erlaubt eine Protestteilnahme aus vielfältigen persönlichen Gründen – im Gegensatz zu G20 Meltdown, wo vor allem jene Menschen angesprochen werden, die konkret von Problemen wie Arbeitslosigkeit oder Geldverlust betroffen sind. So ist durchaus denkbar, dass einige der Protestteilnehmer wenig Interesse an mehr Arbeitsplätzen im Umweltbereich haben – ihre persönlichen Anliegen können sie dennoch in dem Frame ‚Put People First‘ unterbringen.

Diese Personalisierung spiegelt sich auch in der Gestaltung der Webseite von PPF. Die Seite ist nicht etwa auf die politischen Forderungen der einzelnen Organisatoren ausgelegt, sondern bietet eine Vielzahl an „social technologies“ (Bennett, Segeberg 2012: 745), die interaktive Kommunikation ermöglichen. Das hervorstechendste Beispiel für diese Möglichkeiten ist die Aufforderung: „Send Your Own Message to the G20“. Besucher der Seite können ihre Botschaften in ein Textfeld schreiben; diese werden später auf der Webseite angezeigt. In zahlreichen dieser Nachrichten spiegelt sich die Botschaft „Put People First“ wider; ebenso werden persönliche Gedanken über die Wirtschaftskrise geäußert (Bennett/Segeberg 2012: 745). Zudem ermuntert die Seite dazu, von der eigenen Webseite (oder einem sozialen Netzwerk) auf sie zu verlinken sowie Videos und Fotos der Proteste zu posten. Ferner wird dort ein html-Code bereitgestellt,

mit dem Banner mit den entsprechenden Slogans auf der eigenen Seite eingebunden werden können (Put People First: Get involved; Bennett/Seeger 2011: 782).

Eine weitere Bewegung, der die *logic of connective action* zugrunde liegt, ist die Occupy-Wall-Street-Bewegung, insbesondere ihr Frame „We are the 99 percent“ (Bennett/Seeger 2012: 744). Dieser Frame wurde verbreitet über die Plattform Tumblr, über die man mit wenig Aufwand ein eigenes Blog betreiben kann. Das „We are the 99 percent“-Blog basiert darauf, dass Menschen ihre Geschichte oder ihre Meinung auf ein Blatt Papier schreiben, dieses (und häufig auch sich selbst) fotografieren und auf die Tumblr-Seite stellen. Die Lebensgeschichten dieser Menschen handeln häufig von finanziellen Problemen, von dem Verlust des Arbeitsplatzes, von Krankheit oder Zukunftsängsten. Viele nutzen dieses Blog aber auch, um ihre Meinung zu äußern oder ihre Empfindungen mitzuteilen. Beispiele dafür sind die folgenden Zitate:

The best and brightest of my generation are bagging your groceries.<sup>10</sup>

My value in this world does not depend on how much \$ I make, what degree I have, how many possessions I own.<sup>11</sup>

I was once a proud American... But, that is gone.<sup>12</sup>

Auch kommen Menschen zu Wort, die sich privilegiert fühlen und ihre Solidarität mit der Bewegung bekunden:

I understand the privilege granted by my upbringing. Does Wall Street?<sup>13</sup>

I shouldn't be the lucky one, I should be the norm. I am 99%.<sup>14</sup>

Diese Aussagen zeigen, dass sich von diesem Frame auch Menschen angesprochen fühlen, die nicht unmittelbar negativ betroffen sind von wirtschaftlicher oder sozialer Ungleichheit – zwei der deutlichsten Kritikpunkte der Occupy-Bewegung. Offensichtlich ist dieser Frame geeignet, vielfältige Meinungen, Erzählungen, Gefühle und Lebensentwürfe einzubinden.

---

<sup>10</sup> Beitrag vom 5.11.2011 <http://wearethe99percent.tumblr.com/post/12383562975/occupywallst-org-i-worked-two-part-time-jobs-to> (26.9.2014).

<sup>11</sup> Beitrag vom 5.11.2011: <http://wearethe99percent.tumblr.com/image/12383423893> (26.9.2014).

<sup>12</sup> Beitrag vom 4.11.2011: <http://wearethe99percent.tumblr.com/image/12342049745> (26.9.2014).

<sup>13</sup> Beitrag vom 7.11.2011: <http://wearethe99percent.tumblr.com/image/12467539598> (26.9.2014).

<sup>14</sup> Beitrag vom 4.11.2011: <http://wearethe99percent.tumblr.com/post/12342019997/i-am-a-lucky-one-my-husband-has-a-good-secure> (26.9.2014).

Obwohl sich auch hier zahlreiche Betroffene zu Wort melden, weist dieser Frame große Unterschiede zu dem von G20 Meltdown auf – vor allem ist er breiter; fast jeder kann sich als Teil der „99 percent“ fühlen, hat die Möglichkeit, seine eigene Geschichte in diesen Rahmen hineinzuschreiben. Die Teilnahme an der Aktion erfordert zunächst wenig: Der finanzielle und zeitliche Einsatz ist durch das Medium Internet gering. Zugleich müssen die Teilnehmer kaum von einer bestimmten Ideologie oder einer Deutung überzeugt werden (Bennett/Seegerberg 2012: 744); sie können mit dem, was sie sind und was sie ausdrücken möchten, Teil dieser *connective action* sein. Mithilfe einer derartigen digitalen Kommunikation verschwimmen die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatleben: Die private Lebensgeschichte, von Hand geschrieben und abfotografiert im heimischen Schlafzimmer, kann über das Internet eine breite Öffentlichkeit erreichen und zum Sinnbild einer Bewegung werden. So kann das Individuum Teil einer Bewegung sein, ohne zuvor die formalisierte Aufnahme einer Organisation durchlaufen oder mit anderen Menschen auf der Straße demonstriert zu haben – die Hürden, die für die Teilnahme erforderlich sind, verringern sich enorm.

Dieses Blog gibt den Menschen zudem die Gelegenheit, ihre persönliche Geschichte ausführlich zu erzählen – unterstrichen wird die Individualität ihrer Botschaften dadurch, dass sie meist von Hand geschrieben und dass die Verfasser häufig selbst zu sehen sind. Natürlich liest nicht jeder Besucher des Blogs sämtliche, aktuell<sup>15</sup> 231 Beiträge – es ist dennoch davon auszugehen, dass die Personen, die auf diesem Blog erscheinen, deutlicher als Individuen in Erscheinung treten als Teilnehmer einer Demonstration, über die in den Massenmedien berichtet wird – dort sind sie vor allem ‚die Demonstranten‘, eine kollektive Gruppe mit kollektiven Ansichten. Ohne digitale Technologien wäre eine solche individualisierte Darstellung wohl kaum möglich.

Die *personal action frames* „Put People First“ und „We are the 99 percent“ können recht einfach angeeignet und auf das eigene Leben übertragen werden – ideologische Voraussetzungen oder gute Kenntnisse der Sachlage sind nicht nötig. Dementsprechend einladend sind die Frames, sie mit dem Umfeld zu teilen. So werden sie zu *memes* – gedanklichen Einheiten, die über Kommunikation eine weitreichende

---

<sup>15</sup> Stand: 26.9.2014.

Verbreitung finden. Diese Verbreitung findet statt durch die persönliche Aneignung eines *meme*, das in Netzwerken geteilt, von anderen aufgegriffen und wiederum in personalisierter Form weiterverbreitet wird (Bennett/Segeberg 2012: 745).

Mit der zunehmenden Nutzung der interaktiven Möglichkeiten digitaler Medien ist es üblich geworden, persönliche Inhalte online zu teilen – eine ideale Voraussetzung für die Verbreitung von *memes*. Die hier beschriebenen Online-Auftritte von Protestbewegungen setzen bewusst auf diesen Mechanismus: Die PPF-Webseite ermuntert ihre Besucher dazu, die Inhalte der Seite in anderen sozialen Medien zu verbreiten, ebenso wie die persönlichen Gedanken, die sie mit dem Frame ‚Put People First‘ verbinden. Das Tumblr-Blog erlaubt es, die Beiträge zum Thema „We are the 99 percent“ zu kommentieren, zu ‚ liken ‘ oder zu teilen – und natürlich, mit der eigenen Geschichte oder Meinung zu diesem Blog beizutragen.

Dieser interaktive Vorgang des Teilens ist zentral für die Funktionsweise des Social Web sowie für die *logic of connective action*: Ein Gedanke, ein Frame wandert als Slogan, Foto, Video, persönliche Geschichte, Hashtag oder Lied durch das Internet; was mit ihm geschieht, wie er ausgelegt wird, ist Sache derer, die ihn sich aneignen – ideologische oder strategische Vorgaben von Organisationen oder Gruppierungen treten in den Hintergrund.

Der große Erfolg der PPF-Kampagne ist nicht allein dem Frame und der Webseite zu verdanken – er ist auch darauf zurückzuführen, dass etablierte NGOs an der Organisation der Proteste mitgewirkt haben. Im Falle der Occupy-Bewegung und der Verbreitung des Frames „We are the 99 percent“ hingegen seien laut Bennett und Segeberg etablierte Organisationen oder Anführer nicht zu erkennen gewesen (Bennett/Segeberg 2012: 742). Vor diesem Hintergrund stellen die Autoren die These auf, dass im Rahmen dieser Bewegung den digitalen Technologien die Rolle einer Organisation zukomme:

The most obvious organizational forms were the layers of social technologies and websites that carried news reported by participants and displayed tools for personalized networking” (2012: 754).

### **5.5.3 Eine neue Form von Protestkommunikation**

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass das Internet eine neue Form von Kommunikation begünstigt, die *connective action*, bei der Protestkommunikation persönlich ist, weniger strategisch, und individuell interpretiert werden kann. Wall (2003: 44 f.)

kommt zu einer ähnlichen Feststellung, wenn sie die Kommunikationsstrategien der „street groups“, die verstärkt auf interaktive Online-Kommunikation setzen, mit den eher konventionellen Methoden der NGOs im Rahmen des „Battle of Seattle“ vergleicht:

Certainly with participatory communication tactics, groups are more likely to lose control of their message and identity, but sometimes the goal is to inspire individuals to participate in their own forms of resistance. Unlike the NGO reformers, the street groups did not seek to supply a pre-packaged identity. Rather, their identity was open to interpretation and, indeed, dependent upon the creative resources of participants.

Diese Art der Protestkommunikation ist zurückzuführen auf eine generelle gesellschaftliche Haltung, die das Individuelle betont. Individualität können Menschen dann ausleben, wenn sie selbst aktiv werden. Dies ist im Internet möglich. Über Social Media können sich die Unterstützer einer Bewegung deren Frames zu eigen machen, sie teilen und individuell weiterentwickeln. Vor diesem Hintergrund lässt sich die folgende These aufstellen: Dort, wo die Menschen selbstständig und individuell aktiv werden, setzt sich eher eine flexible und persönliche Form von Protestkommunikation durch – im Gegensatz zu einer wohlüberlegten, meist dogmatischen Protestkommunikation, die dazu konzipiert ist, den Selektoren der Massenmedien zu entsprechen. Die eigene Geschichte und die eigene Meinung mit seinem sozialen Netzwerk zu teilen, entspricht eher dem Lebensstil der individualisierten Generation, als einem vorgegebenen Deutungsmuster zu folgen.

Der Aufwand, sich einem offenen Frame wie „We are the 99 percent“ anzuschließen, ist gering: Das Posten eines Beitrags bei Twitter erfordert weitaus weniger Aufwand als das Bemalen eines Plakates, das man den ganzen Tag bei einer Demonstration mit sich herumträgt. Auch der mentale Aufwand ist, da der Frame die persönliche Ebene anspricht, gering: Man muss sich nicht erst ausführlich mit einem Thema auseinandersetzen und eventuell eigene Vorbehalte überwinden, sondern kann mit dem Frame machen, was man will.

Diese Feststellungen schreien nach dem Vorwurf des *slacktivism*, der vermutlich nicht ganz unbegründet ist. Allerdings: Zahlreiche soziale Bewegungen stützen sich nicht nur auf das eine oder andere Medium. Ihre Protestkommunikation ist ein Mix aus Kooperationen mit Massenmedien und der dazugehörigen Inszenierung von Pseudoereignissen, Online-Kommunikation und weiteren Kommunikationsstrategien. Bennett und Segerberg stufen beispielsweise PPF in dieser Hinsicht als hybrid ein: Es sind etablierte NGOs, die hinter dem Aufruf zu den Demonstrationen stehen und die organisatorischen

Voraussetzungen für sie schaffen. Diese Organisationen geben jedoch keine starren *collective action frames* vor, sondern bieten mit ‚Put People First‘ einen Frame an, der individuell zugänglich ist und einfach über persönliche soziale Netzwerke und die PPF-Webseite verbreitet werden kann. Diese Proteste weisen sowohl Merkmale von *connective* als auch *collective action* auf (Bennett/Seegerberg 2012: 755 ff.).

Die *connective action* kann große Bedeutung für Bewegungen haben – sie allein macht jedoch noch keine soziale Bewegung aus (Bennett/Seegerberg 2012: 745). Allerdings kann *connective action* zahlreiche Menschen für *collective actions* wie Demonstrationen mobilisieren und möglicherweise neue Gruppen an Protestierenden erschließen, nämlich solche, die sich nicht von hierarchisch aufgebauten Organisationen angesprochen fühlen und abgeschreckt werden von den Erfordernissen, die *collective action* mit sich bringt – für diese Gruppen kann die unverbindliche Vernetzung über persönliche Gedanken ein Einstieg in politisches Engagement sein.

## **5.6 Protestkommunikation zwischen Massenmedien und Internet**

Die Vorteile, die die neuen Medien mit sich bringen, verändern das Verhältnis von Protestbewegungen und Massenmedien. Oben wurde beschrieben, wie stark Protestbewegungen von der Gunst der Massenmedien abhängig sind – hier sei an das Zitat von Raschke erinnert: „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt.“ Diese Aussage muss überdacht werden. Massenmedien sind in Zeiten des Internets nicht mehr der einzige Zugang zur Öffentlichkeit. Musste Protest früher die Aufmerksamkeit der Gatekeeper der Massenmedien gewinnen, so können Protestbewegungen und ihre Sympathisanten ihre Anliegen heute auch online publizieren, unabhängig davon, ob Journalisten darüber berichten oder nicht (Bennett 2004: 141). Vor allem die Anwendungen des Web 2.0 ermöglichen eine völlig neue Form des Umgangs mit Medien: Menschen können Medien konsumieren, sie können aber auch selbst zu Produzenten von Medieninhalten werden. Durch die neuen Medien ist es prinzipiell möglich geworden, dass Protestkommunikation nicht mehr auf die Selektoren der Massenmedien ausgerichtet sein muss und dementsprechend der ständigen Gefahr einer inhaltlichen Verkürzung und Entschärfung ausgesetzt ist – oder sogar selbst blind für Themen wird, die nicht mediengerecht aufbereitet werden können. Kurz: dass soziale Bewegungen unabhängig von den Massenmedien Informationen verbreiten und ihre Meinungen vertreten können.

Uneingeschränkte Euphorie über die Unabhängigkeit von den Massenmedien ist allerdings nicht angebracht: Geht es darum, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, nehmen die Massenmedien nach wie vor eine zentrale Stellung ein. Der Erfolg von Protestkommunikation im Internet scheint bisher noch daran gemessen zu werden, inwiefern diese Resonanz bei den Massenmedien erzeugt. Baringhorst (2009: 626) verweist mit Bezug auf die Untersuchung der Webseiten von Anti-Corporate-Campaigns darauf, dass auf jeder dieser Webseiten Verweise auf die Resonanz der Protestaktionen in den Massenmedien zu finden waren. In der Literatur zum Thema ‚soziale Bewegungen und Internet‘ wird häufig auf Fälle verwiesen, in denen Protestaktionen sich zunächst im Internet verbreiteten – und dann von den Massenmedien aufgegriffen wurden. Ein solcher, häufig zitierter Fall ist die Aktion des Culture Jammers Jonah Peretti. Dieser bestellte im Rahmen einer Kundenaktion des Sportartikelherstellers Nike, bei der man einen Schuh mit einem persönlichen Aufdruck kreieren konnte, einen Schuh mit der Aufschrift ‚sweatshop‘. Nikes Weigerung, diesem Wunsch nachzukommen, führte zu einem E-Mailwechsel zwischen Peretti und dem Unternehmen, den Peretti an seine Freunde weiterleitete. Der Schriftwechsel fand daraufhin eine so starke Verbreitung, dass die Massenmedien darüber berichteten (s. u.a. Bennett 2004: 142; Rucht 2013: 259).

Derartige Beispiele werden häufig als Beleg dafür angeführt, dass die Massenmedien nicht mehr das alleinige Informationsmonopol besitzen und Protestgruppen daher nicht mehr so stark auf diese angewiesen seien; durch das Internet allein könnten Protestaktionen einen massiven Zuspruch erhalten. Dass zugleich betont wird, dass diese Botschaften es schließlich doch in die Massenmedien ‚schaffen‘, ist ein Widerspruch in sich – er offenbart, dass die Massenmedien nach wie vor als die zentrale Instanz betrachtet werden, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit zu informieren.

Problematisch ist dieser Fokus auf die Massenmedien, weil mit der Nutzung digitaler Technologien eine neue Form von Protestkommunikation möglich geworden ist: die der *connective action*. Die Occupy-Bewegung in den USA wurde häufig dafür kritisiert, kein klares Thema zu haben, keine eindeutigen Positionen zu formulieren – auch die Teilnehmer der Occupy-Proteste sind sich dessen bewusst (Blumenkranz, u.a. 2011: 13 ff.). Dieser Umstand ist erstens damit zu erklären, dass die Occupy-Bewegung sich dem Ideal horizontaler Kommunikation verschrieben hat, bei der verschiedenste Perspektiven zugelassen werden sollen. Zweitens organisiert die Bewegung ihre horizontalen Strukturen mithilfe digitaler Medien, die ein solches Nebeneinander verschiedener An-



sichten nicht nur zulassen, sondern begünstigen. Das Internet als Organisationsform erfordert keine Überbrückung unterschiedlicher Perspektiven; es kann sie alle nebeneinander gelten lassen. Die Massenmedien hingegen erwarten klare Positionen und Ansprechpartner, die diese vertreten.

Wie wenig die Massenmedien in der Lage sind, sich auf diese Vielfalt an Perspektiven einzulassen, belegt das folgende, von Bennett und Segerberg angeführte Beispiel.<sup>16</sup> Dieses bezieht sich auf die G20-Protteste in Pittsburgh, bei denen eine Vielzahl an politischen Botschaften kommuniziert wurde. Bennett und Segerberg beschreiben, wie die im Fernsehen ausgestrahlte Comedy-Nachrichtensendung „The Daily Show“ auf diese Protteste reagierte:

The Daily Show sent a correspondent to Pittsburgh and reported on a spectrum of messages that included: a Free Tibet matching cymbal band, Palestinian peace advocates, placards condemning genocide in Darfur, hemp and marijuana awareness slogans, and denunciations of the beef industry, along with the more expected condemnations of globalization and capitalism. One protester carried a sign saying ‘I protest everything’, and another dressed as Batman stated that he was protesting the choice of Christian Bale to portray his movie hero. The correspondent concluded that the Pittsburgh protests lacked unity of focus and turned for advice to some people who knew how to get the job done: members of the Tea Party [...] When asked what the Pittsburgh protesters were doing wrong, they all agreed that there was a message problem. One said, ‘I still don’t know what their message is’ [...] (Bennett/Segerberg 2012: 761).<sup>17</sup>

Solange Massenmedien bedeutsam für soziale Bewegungen bleiben, wird das, was oben als *connective action* beschrieben wurde, also das Nebeneinander zahlreicher individueller und flexibler Kommunikationen, höchstens als Vorstufe zur ‚tatsächlichen‘ Protestkommunikation, der *collective action* angesehen werden, die mit Sprechern und eindeutigen Botschaften dem System der Massenmedien jene Kommunikationen liefert, die es verarbeiten kann. Dass es dennoch Protteste wie die in Pittsburgh gibt, dass die Occupy-Bewegung sich bemüht, das allzu deutliche Hervortreten einzelner Führungspersönlichkeiten und einzelner Forderungen zu vermeiden, auch wenn es auf diese Weise schwieriger wird, die massenmedialen Selektoren zu passieren – all dies zeugt möglicherweise von einem gewachsenen Selbstbewusstsein, das in Kauf nimmt, nicht optimal in den Massenmedien vertreten zu sein, wenn dadurch an den eigenen Überzeugungen der flachen Hierarchien und konsequenten Vernetzung festgehalten werden kann.

---

<sup>16</sup> Bennett und Segeberg bringen dieses Beispiel in einem anderen Kontext an: Ihnen geht es darum, den Unterschied zwischen den Protesten in Pittsburgh und der deutlich besser organisierten PPF-Kampagne aufzuzeigen.

<sup>17</sup> The Daily Show 2009. Der Beitrag ist in Deutschland nicht verfügbar.

## 9. Fazit

Auf Grundlage von Luhmanns Systemtheorie konnte gezeigt werden, dass sozialen Bewegungen die Funktion zukommt, auf jene gesellschaftlichen Probleme aufmerksam zu machen, die von anderen Funktionssystemen übersehen werden. Dazu sind Bewegungen auf die Massenmedien angewiesen, deren eigene Funktionsweise bestimmte Anforderungen an Protestkommunikation stellt: Massenmedien berichten ausschließlich über das, was für sie als Information gilt, willkommen sind Konflikte, Skandale und andere Inhalte, die ihren Selektoren entsprechen – soziale Bewegungen, die von den Massenmedien wahrgenommen werden möchten, liefern diese Informationen, indem sie spektakuläre Ereignisse inszenieren, Normverstöße anprangern, Täter und Opfer sowie klare Forderungen präsentieren. Dieses „heimliche Bündnis“ ist lohnend für beide Seiten, allerdings ist das Machtverhältnis zugunsten der Massenmedien verschoben. Noch gilt: Um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, muss Protestkommunikation sich der Logik des Massenmediensystems anpassen.

Durch das Internet ist es sozialen Bewegungen prinzipiell möglich geworden, unabhängig von den Massenmedien zu kommunizieren – dies ist einer der Gründe, aus denen stets große Hoffnung in das Internet als neues Kommunikationsmedium für soziale Bewegungen gesetzt wurde. Tatsächlich – dies konnte in dieser Arbeit gezeigt werden – bietet das Internet sozialen Bewegungen konkrete Vorteile, allen voran die für dieses Medium spezifische Möglichkeit zur Interaktivität.

Mit Bennetts und Segerbergs Konzept der *connective action* konnte zudem gezeigt werden, dass mit der Nutzung des Internets auch eine spezifische Form von Protestkommunikation einhergeht, die sich von jener Kommunikation unterscheidet, die auf die Massenmedien ausgerichtet ist. Das Konzept beschreibt eine lose vernetzte, dezentrale Form von Kommunikation, die erst mit dem Internet ihre mediale Entsprechung gefunden hat. Diese Kommunikation ist offener und individueller als die klassischen *collective action frames*, sie betont – gemäß den Prinzipien einer individualisierten Gesellschaft – den persönlichen Zugang, den die Menschen zu einer Bewegung haben und ermuntert mithilfe von „social technologies“ dazu, sich aktiv in den Kommunikationsprozess und damit in das Framing der Bewegung einzubringen.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Arbeit ist, dass dort, wo Protestkommunikation viele Menschen in einen freien Kommunikationsfluss, wie er online möglich ist, einbindet,

die expressive und individuelle Ebene von Protest an Bedeutung gewinnt. Selbstverwirklichung ist nicht mehr nur eine Motivation, aus der man sich einer Protestgruppe oder -aktion anschließt – sie kann zu einem wesentlichen Element des Framings von Protestgruppen werden. Die so entstehenden Frames können zwangsläufig nicht so eindeutig und zielgerichtet ausfallen, wie die Botschaften, die Bewegungsorganisationen wie Greenpeace für die Massenmedien bereithalten. Soziale Bewegungen, die ihr Framing bewusst öffnen, müssen damit leben, dass die entstehenden Kommunikationen diffus und widersprüchlich sein können – auch auf die Gefahr hin, dass die Massenmedien diese wenig klaren Botschaften ignorieren (oder sich über sie lustig machen).

Soziale Bewegungen, die zunehmend auf Online-Kommunikation setzen, werden sich auch in Zukunft den Vorwurf des *slacktivism* gefallen lassen müssen. Mit zunehmender Verlagerung von Protestaktionen in die digitale Welt stellt sich jedoch die Frage, ob es zeitgemäß ist, Online-Protestaktionen weiterhin an den Maßstäben der Offline-Welt zu messen, wie Skeptiker wie Gladwell oder Rucht es tun: Sind Proteste und politisches Engagement tatsächlich nur dann ‚echt‘, wenn sie auf der Straße stattfinden?

Vermutlich wird es notwendig werden, neue Kriterien für die Wahrnehmung dessen zu entwickeln, was als ernstzunehmender Protest gilt – ob online oder offline.

Denn bei all der Skepsis gegenüber den Möglichkeiten für politisches Engagement im Internet sollte nicht vergessen werden, dass es sich dabei um ein außerordentlich junges Medium handelt. Soziale Bewegungen stehen – wie andere gesellschaftliche Bereiche auch – in ihrer Internetnutzung noch am Anfang.

## 10. Literaturverzeichnis

Baraldi, Claudio, Giancarlo Corsi und Elena Esposito: GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999.

Baringhorst, Sigrid: Zur Mediatisierung des politischen Protests. Von der Institutionen- zur „Greenpeace-Demokratie“? In: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung). Hrsg. von Ulrich Sarcinelli. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. S. 326-342.

Baringhorst, Sigrid: Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In: Politik in der Mediendemokratie. Hrsg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. S. 609-634.

Bennett, W. Lance: Communicating global activism: strengths and vulnerabilities of networked politics. In: Cyberprotest. New media, citizens and social movements. Hrsg. von Wim van de Donk, Brian D. Loader, Paul G. Nixon und Dieter Rucht. London, New York: Routledge 2004. S. 123-146.

Bennett, W. Lance und Alexandra Segerberg: Digital media and the personalization of collective action. In: Information, Communication & Society Jg. 14, Nr. 6 (2011). S. 770-799.

Bennett, W. Lance und Alexandra Segerberg: The logic of connective action. Information, Communication & Society Jg. 15, Nr. 5 (2012). S. 739-768.

Berghaus, Margot: Luhmann leicht gemacht. Eine Einführung in die Systemtheorie. 3. überarbeitete und ergänzte Auflage. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2011.

Bleicher, Joan Kristin: Internet. Konstanz: UVK 2010.

Blumenkranz, Carla, Keith Gessen, Christopher Glazek, Mark Greif, Sarah Leonard, Kathleen Ross, Nikil Saval, Eli Schmitt und Astra Taylor: Szenen aus dem besetzten New York. In: Occupy! Die ersten Wochen in New York. Eine Dokumentation. Hrsg. von dens. Berlin: Suhrkamp 2011. S. 7-37.

Brecht, Bertolt: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. In: Ders.: Gesammelte Werke Band 18. Schriften zur Literatur und Kunst I. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1968. S. 127-134.

Cammearts, Bart, Alice Mattoni und Patrick McCurdy: Introduction. In: Mediation and protest movements. Hrsg. von dens. Bristol, Chicago: Intellect 2013. S. 1-20.

Castells, Manuel: The internet galaxy. Reflections on the internet, business, and society. (Reprint). New York: Oxford University Press 2003.

Dolata, Ulrich und Raymund Werle: Einführung. In: Gesellschaft und die Macht der Technik. Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung. (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Band 58). Hrsg. von dens. Frankfurt, New York: Campus 2007. S. 13-14.

Donk, Wim van de, Brian D. Loader, Paul G. Nixon und Dieter Rucht: Preface. In: Cyberprotest. New media, citizens and social movements. Hrsg. von dens. London, New York: Routledge 2004a. S. xvii-xix.

Donk, Wim van de, Brian D. Loader, Paul G. Nixon und Dieter Rucht: Introduction: social movements and ICTs. In: Cyberprotest. New media, citizens and social movements. Hrsg. von dens. London, New York: Routledge 2004b. S. 1-25.

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“: Siebter Zwischenbericht. Demokratie und Staat. Drucksache 17/12290 (2013). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712290.pdf> (22.1.2015).

Frogier de Ponlevoy, David: Protest in der Gummizelle. Spiegel Online 2007. <http://www.spiegel.de/einestages/10-jahre-studentenstreik-a-948784.html> (21.12.2014).

Gerhards, Jürgen und Friedhelm Neidhardt: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung 1990.

Gladwell, Malcom: Small change. Why the revolution will not be tweeted. The New Yorker 2010. <http://www.newyorker.com/magazine/2010/10/04/small-change-3> (22.1.2015).

Goffman, Erving: Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Übersetzt von Hermann Vetter. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977.

Granovetter, Mark S.: The strength of weak ties. American Journal of Sociology Jg. 78, Nr. 6 (1973). S. 1360-1380.

Grunwald, Armin, Gerhard Banse, Christopher Coenen und Leonhard Hennen: Internet und Demokratie. Endbericht zum TA-Projekt Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten. TAB-Arbeitsbericht Nr. 100. Berlin: 2005. <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab100.pdf> (19.1.2015).

Gunkel, Christoph: Krieg in der Nordsee. Spiegel Online 2010. <http://www.spiegel.de/einestages/besetzung-der-brent-spar-a-948877.html> (25.8.2014).

Hellmann, Kai-Uwe: Systemtheorie und neue soziale Bewegungen: Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

Hellmann, Kai-Uwe – Interview mit Niklas Luhmann: Systemtheorie und Protestbewegungen. In: Niklas Luhmann: Protest. Hrsg. von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1996. S. 175-200.

Kavada, Anastasia: Engagement, bonding, and identity across multiple platforms: Avaaz on Facebook, YouTube, and MySpace. *MedieKultur – Journal of media and communication research* Jg. 52 (2012) S. 28-48.

Kavada, Anastasia: Internet cultures and protest movements: the cultural links between strategy, organizing and online communication. In: *Mediation and protest movements*. Hrsg. von Bart Cammaerts, Alice Mattoni und Patrick McCurdy. Bristol, Chicago: Intellect 2013. S. 75-94.

Laer, Jeroen Van und Peter Van Aelst: Cyber-protest and civil society: the internet and action repertoires in social movements. In: *Handbook of internet crime*. Hrsg. von Yvonne Jewkes und Majid Yar. Portland, Or.: Willan Publishing 2010. S. 230-254.

Laurin, Stefan: Interview mit Niklas Luhmann: „Das Internet ist kein Massenmedium“. Erschienen 1997 in *Unicum*. Abgerufen auf [ruhrbarone.de](http://www.ruhrbarone.de) 2008. <http://www.ruhrbarone.de/niklas-luhmann-%E2%80%9Edas-internet-ist-kein-massenmedium%E2%80%9C/1109> (22.1.2015).

Lehrer, Jonah: Weak ties, Twitter and revolution. *Wired* 2010. <http://www.wired.com/2010/09/weak-ties-twitter-and-revolutions/> (3.1.2015).

Lindner, Ralf: Internet und Politik. In: *Lexikon der Politikwissenschaft*. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. Hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. München: C.H. Beck 2005. S. 414-416.

Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984.

Luhmann, Niklas: *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: de Gruyter 1991.

Luhmann, Niklas: Dabeisein und Dagegensein. Anregungen zu einem Nachruf auf die Bundesrepublik. In: Ders.: *Protest*. Hrsg. von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1996. S. 156-159.

Luhmann, Niklas: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998.

Luhmann, Niklas: *Beobachtungen der Moderne*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006.

Luhmann, Niklas: *Die Realität der Massenmedien*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Mischerikow, Andrej: Aneignung und Umnutzung. Medientechnik und soziale Bewegungen. In: *Kommt herunter, reißt euch ein... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Hrsg. von Klaus Schönberger und Ove Sutter. Berlin, Hamburg: Assoziation A 2009. S. 240-253.

Neidhardt, Friedhelm: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Stefan Hradil. Opladen: Leske und Budrich 1985.

Neuberger, Christoph: Web 2.0. In: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. 2. Auflage. Hrsg. von Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren. Wiesbaden: Springer VS 2013. S. 368.

Pfetsch, Barbara: Pseudoereignis: In: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Hrsg. von Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. S. 713-714.

Radkau, Joachim: Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung. bpb.de 2011. <http://www.bpb.de/apuz/59680/eine-kurze-geschichte-der-deutschen-antiatomkraftbewegung?p=all> (5.1.2015).

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1987.

Rucht, Dieter: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Hrsg. von Friedhelm Neidhardt. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994. S. 337-358.

Rucht, Dieter: Protest und Protestereignisanalyse: Einleitende Bemerkungen. In: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Hrsg. von Dieter Rucht. Frankfurt a.M.: Campus 2001. S. 7-25.

Rucht, Dieter: The quadruple ‚A‘. Media strategies of protest movements since the 1960s. In: Cyberprotest. New media, citizens and social movements. Hrsg. von Wim van de Donk, Brian D. Loader, Paul G. Nixon und Dieter Rucht. London, New York: Routledge 2004. S. 29-56.

Rucht, Dieter: Soziale Bewegungen. In: Lexikon der Politikwissenschaft. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. Hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. München: C.H. Beck 2005. S. 902-905.

Rucht, Dieter: Protest movements and their media usages. In: Mediation and protest movements. Hrsg. von Bart Cammaerts, Alice Mattoni und Patrick McCurdy. Bristol, Chicago: Intellect 2013. S. 249-268.

Schießl, Michaela: David ohne Schleuder. Der Spiegel Spezialheft 11/1995. S. 37. <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/9227022> (15.1.2015).

Schmitt-Beck, Rüdiger: Kommunikation (Neuer) Sozialer Bewegungen. In: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Hrsg. von Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998. S. 473-481.

Schönberger, Klaus: Persistenz und Rekombination. NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen zwischen traditionellen und weiterentwickelten Praktiken politischen

Handelns in netzbasierter Kommunikation. Gutachten im Auftrag des Deutschen Bundestages, vorgelegt dem Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag im Rahmen der Ausschreibung zum TA-Projekt „Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten“. Berlin 2004.

Vgl. Grunwald u.a.: Internet und Demokratie. Endbericht zum TA-Projekt Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten. TAB-Arbeitsbericht Nr. 100. Berlin: 2005.

Schultze, Rainer-Olaf: Demokratie. In: Lexikon der Politikwissenschaft. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. Hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. München: C.H. Beck 2005. S. 128-132.

Schweiger, Wolfgang: Internet. In: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. 2. Auflage. Hrsg. von Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren. Wiesbaden: Springer VS 2013a. S. 134-135.

Schweiger, Wolfgang: WWW (Web). In: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. 2. Auflage. Hrsg. von Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren. Wiesbaden: Springer VS 2013b. S. 379-380.

Snow, David A. und Robert D. Benford: Master frames and cycles of protest. In: Frontiers in social movement theory. Hrsg. von Aldon D. Morris und Carol McClurg Mueller. New Haven, Conn.: Yale University Press 1992. S. 133-155.

Snow, David A. und Robert D. Benford: Framing processes and social movements: An overview and assessment. In: Annual review of sociology Jg. 26 (2000). S. 611-639.

Steiner, Adrian und Otfried Jarren: Intermediäre Organisationen unter Medieneinfluss? Zum Wandel der politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und Bewegungen. In: Politik in der Mediendemokratie. Hrsg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. S. 251-269.

Sullivan, Andrew: The revolution will be twittered. The Atlantic 2009. <http://www.theatlantic.com/daily-dish/archive/2009/06/the-revolution-will-be-tweeted/200478/> (9.8.2014).

Taylor, Verta und Nella van Dyke: „Get up, stand up“: Tactical repertoires of social movements. In: The Blackwell companion to social movements. 1. publ. in paperback. Hrsg. von David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi. Malden, Ma.: Blackwell Publishing 2007. S. 262-293.

Teune, Simon: Communicating dissent. Diversity of expression in the protest against the G8 summit in Heiligendamm. In: Protest beyond borders. Contentious politics in Europe since 1945. Hrsg. von Hara Kouki und Eduardo Romanos. New York: Berghahn Books 2011. S. 86-102.

Wall, Melissa A.: Press conferences or puppets. NGOs' vs. street groups' communication in the Battle of Seattle. In: the public Jg. 10, Nr. 1 (2003). S. 33-48.



Wright, Steve: Informing, communicating and ICTs in contemporary anti-capitalist movements. In: Cyberprotest. New media, citizens and social movements. Hrsg. von Wim van de Donk, Brian D. Loader, Paul G. Nixon und Dieter Rucht: London, New York: Routledge 2004. S. 77-94.

### **Internetquellen ohne Verfasser**

Attac: Bildungsangebot. <http://www.attac.de/bildungsangebot/> (19.1.2015).

Bild.de 2010: Jetzt fließt Blut. <http://www.bild.de/politik/2010/stuttgart-21/jetzt-fliesst-blut-14144846.bild.html> (14.12.2014).

Campact: Stoppt TTIP! Keine Geschenke für Monsanto, BASF & Co. <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/> (27.8.2014).

echte demokratie jetzt: <http://www.echte-demokratie-jetzt.de/15-o/> (20.12.2014). Übersetzt von: <http://15october.net/> (Dieser Link ist nicht mehr aktiv).

Indymedia: Mission statement. <http://de.indymedia.org/mission-statement> (3.10.2014).

Kein mensch ist illegal: Über uns. <http://www.kmii-koeln.de/kein-mensch-ist-illegal> (27.8.2014).

Occupy Wall Street. <http://occupywallst.org/> (27.8.2014).

Put People First. <http://www.putpeoplefirst.org.uk/> (19.1.2015).

Put People First: About us. <http://www.putpeoplefirst.org.uk/about-us/> (19.1.2015).

Put People First: Get involved. <http://www.putpeoplefirst.org.uk/resources> (19.1.2015).

Silent Climate Parade: News. <http://climateparade.org/> (21.12.2014).

Spiegel Online 2004: Weltweite Demos: Hunderttausende protestieren gegen Bushs Irak-Krieg. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/weltweite-demos-hunderttausende-protestieren-gegen-bushs-irak-krieg-a-291675.html> (23.9.2014).

Spiegel Online 2013: Fukushima-Jahrestag: Tausende protestieren gegen Atomkraft. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fukushima-jahrestag-tausende-protestieren-gegen-atomkraft-a-820655.html> (25.8.2014).

Initiative Leben in Stuttgart: Stuttgart 21: Zusammenstellung unserer Kritikpunkte. Leben in Stuttgart: <http://www.leben-in-stuttgart.de/s%2021%20kritik/flugblatt.htm> (27.8.2014).

We are the 99 percent. <http://wearethe99percent.tumblr.com/> (19.1.2015).

welt.de 2014: Diese Tomatenschlacht hilft gegen das Importverbot.  
<http://www.welt.de/wirtschaft/article132246653/Diese-Tomatenschlacht-hilft-gegen-das-Importverbot.html> (21.12.2014).

Wikipedia: Twitter Revolution. [http://en.wikipedia.org/wiki/Twitter\\_Revolution](http://en.wikipedia.org/wiki/Twitter_Revolution)  
(25.8.2014).

## Eidesstattliche Erklärung

**Ist jeder an der TU Berlin verfassten schriftlichen Arbeit eigenhändig  
unterzeichnet beizufügen!**

Hiermit erkläre ich an Eides statt gegenüber der Fakultät I der Technischen Universität Berlin, dass die vorliegende, dieser Erklärung angefügte Arbeit selbstständig und nur unter Zuhilfenahme der im Literaturverzeichnis genannten Quellen und Hilfsmittel angefertigt wurde. Alle Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Ich reiche die Arbeit erstmals als Prüfungsleistung ein.

### Titel der schriftlichen Arbeit

---

### VerfasserIn/VerfasserInnen\*

Name

Vorname

Matr.-Nr.

---

### Betreuende/r DozentIn

Name

Vorname

---

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich über fachübliche Zitierregeln unterrichtet worden bin und verstanden habe. Die im betroffenen Fachgebiet üblichen Zitiervorschriften sind eingehalten worden. Eine Überprüfung der Arbeit auf Plagiate mithilfe elektronischer Hilfsmittel darf vorgenommen werden.

---

Ort, Datum

Unterschrift\*\*

\*Bei Gruppenarbeiten sind die Unterschriften aller VerfasserInnen erforderlich.

\*\*Durch die Unterschrift bürgen Sie für den vollumfänglichen Inhalt der Endversion dieser schriftlichen Arbeit.